

SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE
DER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE IM
WARTBURGKREIS UND IN EISENACH/WUTHA-FARNRODA

FRIEDERIKE GÜNTHER, STEFFEN PRÄGER & JULIANE DÖSCHNER

ERFURT, DEZEMBER 2023



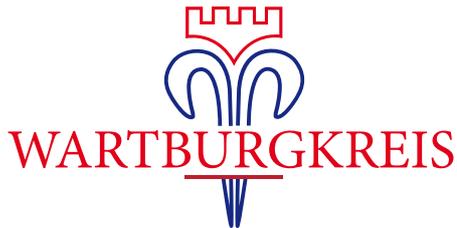
WANDELWERFT
Prozesse & Beratung

Impressum

Eine Studie der Wandelwerft GmbH

Im Auftrag vom

in Kooperation mit



EISENACH



Und den Partnerschaften für Demokratie



Gefördert durch

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat  Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Autor*innen:

Friederike Günther
Steffen Präger
Juliane Döschner

Wandelwerft GmbH

Salinenstraße 34
99086 Erfurt

Dezember 2023

Inhaltsverzeichnis

1. EXECUTIVE SUMMARY	1
2. EINLEITUNG	3
3. METHODIK.....	4
3.1 EXPERT*INNENINTERVIEWS.....	5
3.2 FOKUSGRUPPENINTERVIEWS	6
3.3 VALIDIERUNGSWORKSHOP	6
4. SITUATIONSANALYSE.....	7
4.1 EIN BLICK AUF DEN WARTBURGKREIS UND EISENACH ANHAND AUSGEWÄHLTER INDIKATOREN	7
4.1.1 <i>Siedlungsstruktur, Demographie und Sozioökonomie</i>	<i>7</i>
4.1.2 <i>Wahlen, politische Einstellungen und Probleme mit Rechtsextremismus</i>	<i>10</i>
4.2 DIE PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE	13
4.2.1 <i>Denk bunt im Wartburgkreis</i>	<i>14</i>
4.2.2 <i>Vielfalt tut gut in Eisenach und in Wutha-Farnroda.....</i>	<i>16</i>
4.2.3 <i>Geförderte Projekte der Partnerschaften für Demokratie 2020- 2023: Überblick und Analyse ..</i>	<i>17</i>
5. RESSOURCENANALYSE.....	22
5.1 SENSIBILISIERUNG UND ENGAGEMENT FÜR DEMOKRATIE, TOLERANZ & WELTOFFENHEIT	23
5.1.1 <i>Demokratisches Miteinander</i>	<i>23</i>
5.1.2 <i>Engagement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.....</i>	<i>25</i>
5.1.3 <i>Angebote kultureller und politischer Bildung</i>	<i>31</i>
5.2 KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG	34
5.2.1 <i>Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung</i>	<i>35</i>
5.2.2 <i>Strukturelle Implementierung von Jugendbeteiligung</i>	<i>39</i>
5.2.3 <i>Anerkennung und Unterstützung für jugendliches Engagement.....</i>	<i>42</i>
5.3 BEKANNTHEIT, ZUGANG UND VERANKERUNG DER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE	48
5.3.1 <i>Bekanntheit und Außenwahrnehmung der Partnerschaften für Demokratie.....</i>	<i>48</i>
5.3.2 <i>Niedrigschwelliger Zugang zur Förderung</i>	<i>51</i>
5.3.3 <i>Qualifizierung der Akteur*innen</i>	<i>53</i>
5.3.4 <i>Verankerung der Partnerschaften für Demokratie</i>	<i>55</i>
6. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	57
6.1 KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG	57
6.1.1 <i>Mehr Begegnungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche</i>	<i>57</i>
6.1.2 <i>Netzwerke und Schlüsselpersonen für Kinder- und Jugendbeteiligung</i>	<i>59</i>
6.1.3 <i>Zertifikatsprogramm für Projektakteur*innen</i>	<i>60</i>
6.1.4 <i>Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema</i>	<i>61</i>
6.2 QUALITÄT UND INNOVATION.....	61
6.2.1 <i>Verbesserung der Zugänglichkeit zur Projektförderung</i>	<i>61</i>
6.2.2 <i>Ausbau eines kooperativen Qualifizierungsangebots</i>	<i>62</i>
6.2.3 <i>Ermöglichung von experimentellen und innovativen Formaten</i>	<i>62</i>
6.3 SICHTBARKEIT UND WIRKRÄUME	63
6.3.1 <i>Verbesserung der Sichtbarkeit und des Images der Partnerschaften für Demokratie.....</i>	<i>63</i>
6.3.2 <i>Begegnungsformate.....</i>	<i>64</i>
6.3.3 <i>Intervention auf Social Media</i>	<i>65</i>

6.3.4	<i>Lokale Kooperationen</i>	66
6.4	ZUSAMMENARBEIT DER PARTNERSCHAFTEN FÜR DEMOKRATIE UND VERANKERUNG DER DEMOKRATIEFÖRDERUNG IM WARTBURGKREIS.....	66
7.	QUELLEN	68
8.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	72
9.	ANHANG	72
9.1	FRAGEBOGEN EXPERT*INNENINTERVIEWS.....	72
9.2	FRAGEBOGEN FOKUSGRUPPENINTERVIEWS.....	73

1. Executive Summary

Im Wartburgkreis gibt es zwei lokale Partnerschaften für Demokratie (PfD), die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DENK BUNT“ unterstützt werden: „Denk bunt im Wartburgkreis“ und „Vielfalt tut gut“ in Eisenach und Wutha-Farnroda. Die Wandelwerft GmbH wurde vom Landratsamt Wartburgkreis mit der Erstellung der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse (SRA) beider Partnerschaften beauftragt. Der Analyse lagen folgende Fragestellungen zugrunde: *Wie lassen sich die Ziele der Partnerschaften für Demokratie wirkungsvoll erreichen? Welche Ressourcen haben beide Partnerschaften bereits heute dafür und welche benötigen sie noch?*

Für die Beschreibung der Situation im Wartburgkreis anhand ausgewählter Indikatoren in den Bereichen Demographie, Sozioökonomie und Politik nutzten wir Sekundärdaten sowie über die Region angefertigte Studien. Darüber hinaus analysierten wir die im Rahmen der beiden Partnerschaften für Demokratie geförderten Projekte aus den Jahren 2020 bis 2023. Aufgrund des Forschungsinteresses empfahl sich für die Ressourcenanalyse eine Kombination verschiedener qualitativer Befragungen. Diese bauten in drei Schritten aufeinander auf und beinhalteten acht Expert*inneninterviews und neun Fokusgruppendifkussionen, in denen insgesamt 32 Personen aus Zivilgesellschaft, Bildung, Kirche, Sport, Verwaltung und Politik befragt wurden, sowie einen Validierungsworkshop mit Mitgliedern der Begleitausschüsse der Partnerschaften. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich von Juli bis Dezember 2023.

Die Analyse der Situation und Ressourcen offenbarte Chancen (z.B. die erfahrene und gute Begleitung der Projektträger durch die Partnerschaften für Demokratie oder die engagierten Jugendlichen im Landkreis), aber auch Herausforderungen (z.B. eine Diskursverschiebung zu Ungunsten der Demokratieförderung oder Schwierigkeiten bei der Gewinnung bestimmter Zielgruppen). Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung der explizit demokratischen und weltoffenen Zivilgesellschaft sowie des Ankämpfens gegen die rechtsextremen Strukturen hat seit dem Bestehen der Partnerschaften für Demokratie nicht an Aktualität verloren.

Aus der Situations- und Ressourcenanalyse leiten wir folgende Handlungsempfehlungen ab:

Aufbau und Etablierung von weiteren Begegnungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Dazu zählen der Aufbau eines oder mehrerer selbstorganisierter Orte als Anlaufpunkte für jugendliches Engagement, die Durchführung sowohl von öffentlichkeitswirksamen, zentralen Großveranstaltungen als auch von dezentralen, kleinen Veranstaltungen an den Wohnorten der Kinder und Jugendlichen sowie der Ausbau der Kommunikation über digitale Kanäle.

Netzwerke und Schlüsselpersonen für Kinder- und Jugendbeteiligung. Der Anspruch, im ländlichen Raum an möglichst vielen Orten zu wirken, kommt mit eigenen Herausforderungen, die sich nur durch einen gemeinsamen, vernetzten Ansatz bewältigen lassen. Wir empfehlen zunächst die ergebnisoffene Analyse bereits bestehender Netzwerkstrukturen. Ein Netzwerk sollte wichtige Anlaufstellen der Kinder- und Jugendbeteiligung vereinen. Darüber hinaus empfiehlt sich die systematische Erfassung und Ansprache von Organisationen, die junge Menschen vor allem in der Fläche erreichen

(z.B. freie Träger im Bildungsbereich, Sport, Feuerwehr). Wir raten dazu, Schlüsselpersonen in den Netzwerken zu identifizieren und für Kinder und Jugendliche wie auch für alle anderen Beteiligten sichtbar(er) zu machen.

Zertifikatsprogramm für Projektakteur*innen in der Kinder- und Jugendbeteiligung. Um zu einem gemeinsam geteilten, verbindlichen Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung zu kommen, den Prozess der Implementierung in den Organisationen im Landkreis anzustoßen oder zu beschleunigen und Schlüsselpersonen wirksam zu befähigen, empfiehlt sich ein zertifiziertes Qualifizierungsprogramm für alle, die in ihrer Profession oder im Ehrenamt schwerpunktmäßig mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema. Wir empfehlen, das Thema in den verschiedenen Planungskorridoren als Querschnittsthema aufzustellen, entsprechend personell zu untersetzen und in der Verwaltungshierarchie zum Beispiel im Rahmen einer Stabstelle anzusiedeln. Die Partnerschaften und ihre Jugendforen können und müssen hier als zentrale Schnittstelle mitgedacht werden. Vor allem die Kinder und Jugendlichen hätten so eine Ansprechperson und Übersetzer*in gegenüber den Verwaltungsstrukturen.

Verbesserung der Zugänglichkeit zur Projektförderung. Ein vereinfachtes Antragsverfahren, insbesondere bei niedrigen Fördersummen, könnte das Programm für neue Projektmacher*innen oder zur Erprobung neuer, innovativer Formate attraktiver machen.

Ausbau eines kooperativen Qualifizierungsangebotes. In der Projektbegleitung besonders erfolgreich waren bisher qualifizierende Maßnahmen mit Workshopcharakter. Hier empfiehlt sich die Weiterführung und der Ausbau der Qualifizierungsmodule durch strategische Kooperationen mit etablierten Anbieter*innen wie Hochschulen oder regionalen Bildungsträgern. Damit würde die regionale Akteurslandschaft gestärkt. Die Module behandeln Schlüsselqualifikationen, die auch für andere Förderprogramme nützlich sind – unter Umständen lassen sich so mehr Ressourcen zur Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte im Landkreis aufschließen.

Ermöglichung von experimentellen und innovativen Formaten. Um Beteiligung, auch bei Personen, die bisher nicht durch die Partnerschaften für Demokratie erreicht werden, zu stimulieren, empfiehlt es sich, innovative Formate zu testen. Dafür wäre eine spezielle Ausschreibung im Rahmen der Projektförderung denkbar. Ein ermutigendes Beispiel (das eine eigene lokale Interpretation benötigt) gibt es bei den *Stadtmenschen* in Altenburg, mit denen wir einen Erfahrungsaustausch empfehlen.

Verbesserung der Sichtbarkeit und des Images der Partnerschaften für Demokratie. Um neue, aber auch „abgewandte“ Projektmacher*innen zu gewinnen, beschreiben wir ein Bündel von Kommunikationsmaßnahmen in den Bereichen Analyse und Strategie, Vereinfachung der Kommunikation sowie Verstärkung der Sichtbarkeit der geförderten Projekte.

Durchführung von Begegnungsformaten. Empfehlenswert sind möglichst niedrigschwellige Begegnungsformate, über die Bürger*innen miteinander in Austausch, sowie Formate, über die Bürger*innen mit Entscheidungsträger*innen in einen strukturierten und respektvollen Dialog kommen, um Entscheidungen nachvollziehen zu können, am Diskurs teilzunehmen und die eigenen Sichtweisen in ein Gespräch einzubringen. Im Wartburgkreis gab es bereits einige erfolgreiche Formate, auf die zurückgegriffen werden kann.

Intervention auf Social Media. Wir empfehlen, Social Media nicht nur als diffuse Werbetafel für die eigenen Aktivitäten zu begreifen, sondern aktiv an Diskursen teilzunehmen. Mithilfe aufmerksamer Intervention in Feeds und Chatgruppen kann man bewusster Manipulation und Hetze entgegenwirken und Falschinformationen korrigieren. Dabei erfordert ein gutes und kontinuierliches Wirken personelle Verbindlichkeit.

Aufbau lokaler Kooperationen. Um neue Zielgruppen zu erreichen, empfiehlt sich die Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen. Dafür ist eine Erfassung des eigenen Netzwerks und dessen Lücken notwendig, um diese systematisch und durch strategische Partnerschaften schließen zu können. Besonders Organisationen, die lokal wirken und in der Fläche agieren, wie die Kreissportbünde, die Kirchen, die freiwilligen Feuerwehren, aber auch lokale Wirtschaftsunternehmen, könnten dafür interessant sein.

Zusammenarbeit der Partnerschaften für Demokratie und Verankerung der Demokratieförderung im Wartburgkreis. Vor dem Hintergrund der Situationsanalyse und der starken rechtsextremen Strukturen in der Region, aber auch der Größe des Landkreises, empfehlen wir dringend, das derzeitige Niveau der Förderung und des damit verbundenen personellen Aufwands mindestens beizubehalten. Die beiden Partnerschaften sollten ihre Zusammenarbeit fortsetzen und weiter intensivieren, um die Grundlagen für die nächste Programmgeneration zur Demokratieförderung zu legen.

2. Einleitung

Der Blick auf die aktuellen Zustimmungswerte für gesichert rechtsextreme Parteien in Thüringen legt die Befürchtung nahe, dass Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Freistaat bedroht sind (vgl. o.A., 05.02.2024). Die lokalen Partnerschaften für Demokratie haben zum Ziel, dem entgegenzuwirken, indem kommunale Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft miteinander verzahnt agieren. Letztere sollen einerseits selbst befähigt und ermutigt werden und andererseits Andere dabei unterstützen, den rechtsextremen Tendenzen mit einer demokratischen Kultur entschlossen entgegenzutreten (vgl. Weil et al., 2012, S. 5). Im Wartburgkreis gibt es zwei lokale Partnerschaften für Demokratie, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DENK BUNT“ unterstützt werden: „Denk bunt im Wartburgkreis“, die seit 2011 existiert, und „Vielfalt tut gut“ in Eisenach und Wutha-Farnroda, die seit 2007 besteht.

Die Wandelwerft¹ wurde vom Landratsamt Wartburgkreis mit der Erstellung der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse (SRA) beider Partnerschaften für Demokratie beauftragt. Sie soll den Partnerschaften dazu dienen, ihre strategische Ausrichtung zu überprüfen und -entsprechend den Ergebnissen – gegebenenfalls durch die Umsetzung der abgeleiteten Handlungsempfehlungen neu zu justieren. Fokus der SRA ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die inhaltliche Schwerpunktsetzung, die Aktivierung des ländlichen Raums sowie für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der Zusammenarbeit mit regionalen Partner*innen. Der Analyse lagen folgende Fragestellungen zugrunde: *Wie lassen sich die Ziele*

¹ Mehr Informationen: <https://www.wandelwerft.de/>.

der Partnerschaften für Demokratie wirkungsvoll erreichen? Welche Ressourcen haben beide Partnerschaften für Demokratie bereits heute dafür und welche benötigen sie noch?

Zur Beantwortung der Fragestellungen wendeten wir einen Methodenmix an, der im folgenden Kapitel näher aufgeschlüsselt wird (siehe 3, S. 4). Um ein Verständnis für die Rahmenbedingungen der Arbeit beider Partnerschaften zu vermitteln, beschreiben wir anschließend anhand ausgewählter Indikatoren zum einen die Siedlungsstruktur, Demographie und Sozioökonomie des Wartburgkreises² (siehe 4.1.1, S. 7) und zum anderen das Wahlverhalten, politische Einstellungen und Probleme mit Rechtsextremismus (siehe 4.1.2, S. 10). Im nächsten Schritt werden beide Partnerschaften für Demokratie vorgestellt sowie die von ihnen in den Jahren 2020 bis 2023 geförderten Projekte analysiert (siehe 4.2, S. 13). An diese Situationsanalyse schließt sich die Ressourcenanalyse an. Deren Auswertung orientiert sich an folgenden inhaltlichen Schwerpunkten: Sensibilisierung und Engagement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (siehe 5.1, S. 23); Kenntnis und Zugangshürden bezüglich kultureller und politischer Bildung (siehe 5.1.3, S. 31); Kinder- und Jugendbeteiligung (siehe 5.2, S. 34) sowie Zugang, Bekanntheit und Verankerungen der Partnerschaften (siehe 5.3, S. 48). Aus der Auswertung beider Analysen leiten wir Handlungsempfehlungen für die kommenden vier Jahre ab (siehe 6, S. 57). Diese haben einen klaren Fokus auf die Partnerschaften für Demokratie, ihre Umsetzung verlangt allerdings ergänzend ein systematisches Wirken weiterer Stakeholder.

3. Methodik

Für die Beschreibung der Situation im Wartburgkreis anhand ausgewählter Indikatoren in den Bereichen Demographie, Sozioökonomie und Politik nutzten wir zum einen Sekundärdaten, etwa aus amtlichen Statistiken und dem Thüringen-Monitor, und zum anderen über die Region angefertigte Studien. Darüber hinaus analysierten wir die im Rahmen der beiden Partnerschaften geförderten Projekte aus den Jahren 2020 bis 2023 und werteten sie hinsichtlich der Projektträger und der Förderung sowie der Projekthalte und -methoden aus.

In einem zweiten Schritt führten wir eine Ressourcenanalyse durch. Als Ressource im Allgemeinen sei an dieser Stelle ein Bestand an materiellen und/ oder immateriellen Mitteln definiert, die zur Verfolgung eines Ziels dienlich bzw. notwendig sind oder um spezifische Anforderungen zu bewältigen. Im Rahmen dieser Ressourcenanalyse identifizieren wir demnach materielle und immaterielle Mittel, die zur Erreichung des Ziels der Demokratieförderung im Wartburgkreis beitragen (können).

Aufgrund des Forschungsinteresses empfahl sich für die Ressourcenanalyse eine Kombination verschiedener qualitativer Erhebungen, denn die Beantwortung der Fragestellungen erfordert ein tiefgreifendes Verständnis und eine Beschreibung der Sichtweise relevanter Akteur*innen sowie deren Erfahrungen, Meinungen und soziale Interaktionen.

Die qualitative Befragung ermöglicht durch die individuellen Perspektiven und Kontexte die Bildung von Mustern und Thesen, ohne Anspruch auf eine vollständige Darstellung aller Sichtweisen. Die Befragung baute in drei Schritten aufeinander auf: Um das inhaltliche Feld sowie das Netzwerk relevanter Akteur*innen abzustecken, erarbeiteten wir relevante Kategorien,

² Schreiben wir vom Wartburgkreis, ist damit der Landkreis inklusive der Wartburgstadt Eisenach gemeint. Die Spezifika in der Trennung zwischen Stadt und Kreis machen wir gesondert deutlich.

nach denen wir Expert*innen identifizierten (für die Kategorien siehe 3.1, S. 5). Diese interviewten wir, um erstens relevante Fragestellungen, Probleme und Themenfelder auszumachen und zweitens um die für die Beantwortung der Forschungsfrage wesentlichen Akteursgruppen zu erkennen. Aus den Expert*inneninterviews bildeten wir erste Thesen, die wir dann im nächsten Schritt in den Fokusgruppeninterviews diskutierten und einordneten. Aus den Erkenntnissen schärften und finalisierten wir die Thesen und leiteten Handlungsempfehlungen ab. Diese ließen wir im letzten Schritt in einem Workshop mit den Mitgliedern der Begleitausschüsse validieren. Insgesamt wurden in acht Expert*inneninterviews und neun Fokusgruppendifkussionen 32 Personen aus Zivilgesellschaft, Bildung, Kirche, Sport, Verwaltung und Politik befragt. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich von Juli 2023 bis Januar 2024.

3.1 Expert*inneninterviews

Wir begannen die Erhebung mit Einzelgesprächen zur Positionsbestimmung relevanter Akteur*innen und um ihre Perspektive auf die Partnerschaften für Demokratie einzuholen. Daraus gewannen wir zum einen wichtige Erkenntnisse für die Zusammensetzung der Fokusgruppen. Zum anderen identifizierten wir Handlungsfelder, auf deren Basis wir den Gesprächsfaden für die Fokusgruppeninterviews herleiteten und Thesen herausarbeiteten, die in den Fokusgruppen diskutiert werden sollten.

Wir arbeiteten mit einem teilstandardisierten Fragebogen entlang dessen sich die Expert*inneninterviews strukturierten.³ Die Fragen richteten sich auf die Bewertung der bisherigen Arbeit der Partnerschaften für Demokratie samt Erfolgen und Misserfolgen, zukünftige Herausforderungen und Schwerpunkte, bisher in der Arbeit der Partnerschaften nicht aufgegriffene oder umgesetzte Themen sowie weitere Ansprechpartner*innen.

In enger Abstimmung mit dem Auftraggeber identifizierten wir relevante Akteur*innen für die Erhebung. Bei diesen Expert*innen handelt es sich um Personen, die aufgrund ihres Engagements bzw. ihres Berufes über besonderes Wissen und Erfahrungen im konkreten Sozialraum verfügen. Anhand des folgenden Kategoriensystems benannte der Auftraggeber die Expert*innen:

1. Personen aus den Verwaltungsstrukturen, die an der Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie a) beteiligt sind/ b) nicht beteiligt sind
2. Personen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, die für die Programmumsetzung sehr wichtig und a) eingebunden/ b) nicht eingebunden sind
3. Personen, die mit ihren Bildungsinstitutionen, Jugendfreizeiteinrichtungen o.Ä. an der Programmumsetzung a) mitwirken bzw. davon profitiert haben/ b) nicht mitwirken bzw. nicht davon profitiert haben
4. Öffentliche Fürsprecher*innen/ öffentliche Gegensprecher*innen
5. Sonstige: Personen, die keiner der oben genannten Kategorien zuzuordnen sind, aber dennoch aufgrund ihres Wissens und ihrer Erfahrungen Schlüsselpersonen sind

³ Der Fragebogen für die Expert*inneninterviews befindet sich im Anhang (siehe 9.1, S. 72).

Aus der Verwaltungsstruktur wurden eine Gemeindemitarbeiterin aus Wutha-Farnroda, eine Verwaltungsmitarbeiterin der Stadt Eisenach und ein Verwaltungsmitarbeiter aus dem Wartburgkreis interviewt. Grundsätzlich zeichnete die Expert*innen aus, dass sie meist mehrere Ämter in Personalunion ausübten. Insbesondere in den Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen flossen so Perspektiven aus dem Kirchenkreis, von einem lokalen Verein mit Schwerpunkt auf Demokratieförderung, von einem regionalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, vom Kreisjugendring, von der Naturfreundejugend und vom Kreissportbund ein.

Insgesamt wurden acht Interviews von je ca. 90 Minuten Länge im Zeitraum vom 25. Juli bis zum 8. September 2023 durchgeführt. Sieben Interviews wurden via Zoom und eines via Telefon geführt, aufgezeichnet und transkribiert.

3.2 Fokusgruppeninterviews

In neun Fokusgruppen mit jeweils zwei bis vier Teilnehmer*innen führten wir leitfadengestützte Gruppendiskussionen durch. Wir arbeiteten mit einem teilstandardisierten Interviewleitfaden, der sich aus den in den Expert*inneninterviews herauskristallisierten Handlungsfeldern ableitete.⁴ Auch der Zuschnitt der Fokusgruppen resultierte aus der Analyse relevanter Stakeholder*innen und Zielgruppen im ersten Erhebungsschritt. Die Fokusgruppen setzten sich aus Vertreter*innen folgender Institutionen aus Eisenach, Wutha-Farnroda und dem Wartburgkreis zusammen; auf eine ausgewogene Verteilung wurde geachtet:

- Engagierte Jugendliche
- freie Träger und Träger der freien Jugendhilfe
- Bildung, Kirche, Sport
- Politik und Verwaltung

Die insgesamt neun ca. 90-minütigen Gruppendiskussionen erfolgten online im Zeitraum vom 1. November bis zum 29. November 2023 und wurden aufgezeichnet. Wesentliche Aussagen wurden softwaregestützt transkribiert und weiterverarbeitet.

Die aus den Gruppendiskussionen gewonnenen Informationen nutzen wir zur abschließenden Definition der Handlungsfelder sowie deren Anreicherung. Auch diskutierten wir die in den Expert*inneninterviews hergeleiteten Thesen. Zudem kategorisierten und leiteten wir Erkenntnisse über die Ressourcen ab.

3.3 Validierungsworkshop

Die Ergebnisse unserer Analysen präsentierten wir abschließend dem Auftraggeber und den Begleitausschüssen der Partnerschaften für Demokratie in einer Online-Veranstaltung am 24. Januar 2024.

Hier erhielten alle 19 Teilhaber*innen die Gelegenheit, die Erkenntnisse einzuordnen und zu gewichten. Im Kern wurden mit den vorliegenden Thesen und den Erkenntnissen aus den Handlungsfeldern die abgeleiteten Handlungsempfehlungen diskutiert.

⁴ Der Fragebogen für die Fokusgruppeninterviews befindet sich im Anhang (siehe 9.2, S. 73).

4. Situationsanalyse

4.1 Ein Blick auf den Wartburgkreis und Eisenach anhand ausgewählter Indikatoren

4.1.1 *Siedlungsstruktur, Demographie und Sozioökonomie*

Der Wartburgkreis liegt im Westen von Thüringen und grenzt an Hessen. Nachbarkreise sind in Thüringen im Norden der Unstrut-Hainich-Kreis, im Osten der Landkreis Gotha und im Südosten der Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Nachbarkreise in Hessen sind im Süden und Südwesten der Landkreis Fulda und im Westen die Landkreise Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis. Raumordnerisch gehört der Wartburgkreis zur Planungsregion Südwestthüringen und ist Mitglied der Planungsgemeinschaft Südwestthüringen.

Der Verwaltungssitz des Wartburgkreises, dessen Partnerschaft für Demokratie ein Gegenstand dieser Situations- und Ressourcenanalyse ist, liegt in Bad Salzungen. Die größte Stadt des Landkreises ist jedoch Eisenach. Eisenach war von 1998 bis zum 30. Juni 2021 kreisfreie Stadt und gehört seither zum Wartburgkreis.⁵ Gemeinsam mit Wutha-Farnroda hat Eisenach eine Partnerschaft für Demokratie, die ebenso Gegenstand des vorliegenden Berichts ist. Mit 6.327 Einwohner*innen (Stand: 2023) ist Wutha-Farnroda die siebtgrößte Gemeinde im Landkreis.

Der Wartburgkreis ist mit Blick auf seine Siedlungsstruktur ländlich. Das zeigt sich an der Bevölkerungsdichte von 93 Einwohner*innen pro Quadratkilometer (Stand: 2020) ohne Eisenach bzw. von 117 Einwohner*innen pro Quadratkilometer (Stand: 2022) mit Eisenach. Zum Vergleich: in Erfurt leben 790 Personen auf einem Quadratkilometer, im Spitzenreiter München sind es fast 4.800 und im deutschen Durchschnitt 232 Personen (vgl. Demografieportal, 2024). Auch der Blick auf die Einwohner*innenzahlen der Gemeinden des Landkreises spiegelt die ländliche Struktur wider (siehe Abbildung 1).

⁵ Für einen differenzierten Blick sowohl auf den Wartburgkreis als auch auf Eisenach betrachten wir einige Entwicklungen getrennt bis 2020. Ab 2021 liegen die Sozialstrukturdaten wieder für den gesamten Landkreis vor ohne extra Werte für Eisenach.

Gemeinde	Einwohner*innen
Eisenach, Stadt	42.221
Bad Salzungen, Stadt	23.415
Gerstungen	9.106
Bad Liebenstein, Stadt	7.742
Dermbach	7.320
Werra-Suhl-Tal, Stadt	6.389
Wutha-Farnroda	6.327
Hörselberg-Hainich	6.127
Treffurt, Stadt	6.017
Ruhla, Stadt	5.462
Krayenberggemeinde	5.110
Vacha, Stadt	5.107
Geisa, Stadt	4.777
Amt Creuzburg, Stadt	4.721
Barchfeld-Immelborn	4.603
Unterebreizbach	3.391
Seebach	1.802
Leimbach	1.724
Krauthausen	1.585
Buttlar	1.267
Schleid	1.023
Weilar	838
Wiesenthal	746
Berka v. d. Hainich	737
Lauterbach	659
Bischofroda	644
Oechsen	598
Nazza	539
Empfertshausen	535
Frankenroda	319
Hallungen	193
Gerstengrund	66

Abbildung 1: Gemeinden des Wartburgkreises, geordnet nach Anzahl der Einwohner*innen (eigene Darstellung auf Basis von Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik, 2023)

Wie in vielen ländlichen Regionen Deutschlands schrumpft und altert auch die Bevölkerung des Wartburgkreises. Lebten im Jahr 2005 noch 138.337 Personen im Landkreis, ging die Zahl bis zum Jahr 2020 stetig zurück auf 117.967. Im Detail zeigt sich, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung, also die Differenz aus Lebendgeborenen und Gestorbenen, im Betrachtungszeitraum seit 2005 stets einen negativen Wert aufweist (Minimum: -498, Maximum: -814).

Bei der räumlichen Bevölkerungsbewegung, also der Differenz aus den Zuzügen in und den Fortzügen aus dem Landkreis, zeigt sich ein ähnlicher Trend. Allerdings weisen die Werte eine breitere Streuung auf, mit positiven Werten in den Jahren 2014 und 2015 (Minimum: 454, Maximum: -1071). Die Zuzüge gleichen die negative natürliche Bevölkerungsbewegung seit 2005 jedoch nicht aus, mit Ausnahme eines kleinen Bevölkerungswachstums im Jahr 2022 – allerdings nach der Einkreisung Eisenachs. Zudem ist der Altenquotient (Anzahl der Personen im Alter von 60 Jahren und älter gegenüber von 100 Personen der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren) mit 74,3 sehr hoch. Der Jugendquotient (Anzahl der Personen im Alter von unter 20 Jahren gegenüber von 100 Personen der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahren) ist mit 35,2 eher niedrig (Stand: 2020). Mit diesen demografischen Entwicklungen gehen typische Herausforderungen wie zum Beispiel Lücken in der medizinischen Versorgung und Fachkräftemangel im Allgemeinen einher.

Die Trends in der demografischen Entwicklung zeigen in der Mittelstadt Eisenach in eine ähnliche Richtung, allerdings weniger eindeutig. Dies liegt vor allem an der räumlichen Bevölkerungsbewegung. Auch in Eisenach schrumpft die Bevölkerung. Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist stets negativ. Die räumliche Bevölkerungsbewegung weist jedoch in einigen Jahren positive Werte auf. Mögliche Gründe dafür könnten die Anziehung als zentraler Ort und Arbeitsort im Landkreis sowie die Zuwanderung geflüchteter Menschen sein. Dadurch war in den Jahren 2014 bis 2017 eine positive Entwicklung der Einwohner*innenzahlen zu verzeichnen. Analog zum Landkreis verweist der Blick auf die Bevölkerungsquotienten auf eine alternde Bevölkerung (siehe Abbildung 2 für eine zusammenfassende Gegenüberstellung).

Der Wartburgkreis steht im Hinblick auf sozioökonomische Faktoren nicht schlecht da. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner*in liegt mit 22.098 Euro (Stand: 2020) zwar leicht unter dem deutschen Durchschnitt, aber dennoch im Mittelfeld (vgl. Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 2024). Die Arbeitslosenquote ist mit fünf Prozent (Stand: sowohl 2020 als auch 2023 mit Eisenach) sogar etwas niedriger als der deutsche Durchschnitt (vgl. statista, 2024). Eisenach steht in dieser Hinsicht vor größeren sozioökonomischen Herausforderungen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner*in ist mit 20.742 Euro (Stand: 2020) sehr niedrig. Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,7 Prozent (Stand: 2020) und damit höher als im deutschen Durchschnitt. Die Quote ist seit 2007 (11,9 Prozent) zwar zurückgegangen. Allerdings ist der Anteil an Jugendlichen von 15 bis unter 25 Jahren mit 10,5 Prozent (Stand: 2020) besonders hoch. Diese Indikatoren deuten durchaus auf prekärere Lebenslagen und weniger Perspektiven in Eisenach hin, besonders für junge Menschen. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund besorgniserregend, dass „sozioökonomische Risikofaktoren zukünftig den Spielraum für rechtspopulistische und wohlstandsnationalistische Mobilisierung in der Region noch erhöhen könnten“ (Salheiser, 2021, S. 6).

Indikatoren	Wartburgkreis	Eisenach
<i>Natürliche Bevölkerungsbe- wegung</i>	Stets negativ seit 2005	Stets negativ seit 2005
<i>Räumliche Bevölkerungsbe- wegung</i>	Trend negativ seit 2005 Aber breitere Streuung und positive Werte in 2014 und 2015	Trend negativ 2005 bis 2013 Positive Werte 2014 bis 2017
<i>Altenquotient</i>	Sehr hoch	Hoch
<i>Jugendquotient</i>	Eher niedrig	Eher niedrig
<i>Verfügbares Einkommen Haushalte</i>	Mittelfeld	Sehr niedrig
<i>Arbeitslosenquote</i>	< deutscher Durchschnitt	> deutscher Durchschnitt Bei Jugendlichen besonders hoch
<i>Demografietyt nach Wegwei- ser Kommune⁶</i>		„Alternde Städte und Ge- meinden mit sozio-ökonomi- schen Herausforderungen“

Abbildung 2: Zusammenfassende Gegenüberstellung ausgewählter Indikatoren aus Demografie und Sozioökonomie für den Wartburgkreis und Eisenach (eigene Darstellung auf Basis von Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik, 2022)

4.1.2 Wahlen, politische Einstellungen und Probleme mit Rechts- extremismus

Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse zur Problematik des Rechtsextremismus mit Fokus auf Eisenach findet sich bei Salheiser (2021). Der Forschungsbericht enthält auch eine detaillierte Darstellung, Analyse und Einordnung der Wahlergebnisse der AfD und NPD in Eisenach und im Wartburgkreis von 2013 bis 2019 sowie Ansätze zu deren Erklärung (vgl. Salheiser, 2021, S. 48 ff.). Ein Auszug:

„Eines der prägnantesten Anzeichen für die Problemkonstellation des Rechtsextremismus im lokalen Kontext der Stadt Eisenach und im Wartburgkreis sind die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse der NPD. ... In Eisenach hat die AfD über die Jahre Stimmenzuwächse erzielen können – sie errang 2019 bei der Stadtratswahl 11,7% der Stimmen und damit vier Sitze im Stadtrat. Sie lag damit aber unter dem Landesschnitt, anders als im Wartburgkreis, wo die AfD ungefähr die gleichen Anteilswerte wie im Landesschnitt hatte. Bei den letzten Wahlen auf Bundes- (2017) und Landesebene (2019) war die AfD in der Wartburgstadt und im umliegenden Landkreis ähnlich stark wie in anderen Regionen des Freistaates. Gegenüber den vorherigen Wahlen hatte die NPD zwar ihre Anteilswerte z. T. halbiert, sie war aber nicht soweit „abgesackt“ wie anderenorts und blieb damit überdurchschnittlich stark. Besonders für Eisenach gilt:

⁶ Der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung enthält ausgewählte kommunale Daten, erstellt eine Typisierung und formuliert je Demografietyt Handlungsempfehlungen für kommunale Akteure: <https://www.wegweiser-kommune.de>

Die AfD muss sich die Stimmen mit der NPD teilen, insofern letztere zur jeweiligen Wahl antritt bzw. Kandidat:innen aufstellt. Im Wartburgkreis wurde die anzunehmende Wähler:innenwanderung von der NPD zur AfD viel deutlicher, allerdings bleibt selbst hier die NPD erkennbar stärker als im Landesdurchschnitt.“ (Salheiser, 2021, S. 48-49)

Seither lässt sich feststellen: Während die AfD zur Bundestagswahl 2021 einen leichten Zuwachs an Stimmen verzeichnen konnte, verliert die NPD Stimmenanteile. Zur Kreistagswahl 2021, die aufgrund der Einkreisung Eisenachs stattfand, tritt sie gar nicht an (siehe Abbildung 3). Ein Zeichen für den Rückzug der Partei? Laut eigener Aussage nicht: Die NPD-Fraktion im Eisenacher Stadtrat rief zur Wahl der AfD auf. Es ginge ihnen um eine „Kräftebündelung“, da „sich die AfD programmatisch der NPD immer weiter annähert und in einigen wesentlichen Punkten kaum mehr von uns unterscheidet“ (Die Heimat-Fraktion Eisenach, 2021). Daran sollten tatsächlich wenig Zweifel bestehen, da die AfD in Thüringen vom Landesverfassungsschutz 2021 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurde und Björn Höcke, Initiator des (von ihm 2020 auf Druck des Bundesvorstands aufgelösten) völkisch-nationalistischen "Flügels" innerhalb der AfD, Partei- und Fraktionsvorsitz im Landtag innehat. Ein weiterer Grund für den AfD-Wahlauf Ruf dürfte sein, dass die Partei im Landkreis deutlich weniger Stimmen erzielte als im Eisenacher Stadtrat, wo die NPD-Fraktion mit 10,2 Prozent der Stimmen und vier Sitzen genauso groß ist wie die Fraktionen der SPD, Grünen und AfD (vgl. Budler, 2021).

	WAK	EA	Thüringen	WAK	EA	Thüringen
	AfD			NPD		
Bundestag Erststimme 2021	24,8	21,5	23,7	-	-	-
<i>Bundestag Erststimme 2017</i>	21,5	17,7		1,8	5,1	
Bundestag Zweitstimme 2021	24,3	20,5	24,0	0,5	0,9	0,3
<i>Bundestag Zweitstimme 2017</i>	22,5	19,0		1,8	4,1	
Kreistag 2021	15,1	15,1	Nicht zu- treffend	Nicht an- getreten	Nicht an- getreten	Nicht zu- treffend
<i>Kreistag bzw. Stadtrat 2019</i>	16,5	11,7		2,3	10,2	

Abbildung 3: Wahlergebnisse der AfD und NPD bei den Wahlen 2021 und 2017 bzw. 2019 im Wartburgkreis (Fort-schreibung von Salheiser, 2021, S. 48-49; eigene Darstellung auf Basis von Daten des Thüringer Landeamtes für Statistik, 2024)

Für eine intensive Auseinandersetzung mit der Arbeit der beiden Parteien innerhalb und au-ßerhalb der Parlamente Eisenachs und des Wartburgkreises sei Salheiser (2021) sowie Weil und Koch (2012) empfohlen.

Der Thüringen-Monitor ist eine seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführte Befragung zu politi-schen Einstellungen der Bevölkerung in Thüringen.

Für die Jahre 2012 bis 2018 lässt sich zunächst feststellen, dass rechtsextreme Einstellungen in Eisenach und im Wartburgkreis nicht auffällig höher sind als die Landesmittelwerte.⁷ (Zum Vergleich: Im Altenburger Land wurden besonders hohe Rechtsextremismuswerte gemessen.) Das bedeutet aber dennoch, dass in Eisenach 21 Prozent und im Wartburgkreis 17 Prozent der Bevölkerung rechtsextreme Einstellungen aufweisen. Rechtsextreme Einstellungen setzen sich aus den beiden Dimensionen Ethnozentrismus und Neo-Nationalsozialismus zusammen.⁸ Dabei stimmen 9 Prozent der Befragten Aussagen zu neo-nationalsozialistischer Ideologie zu und 36 bzw. 40 Prozent Aussagen zu Ethnozentrismus (siehe Abbildung 4). Salheiser (2021, S. 57) kommt zu dem Schluss, dass „ein relativ hohes „Grundlevel“ der Verbreitung ethnozentrischer Ressentiments in der Bevölkerung ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz, Ignoranz oder Indifferenz gegenüber rechtsextremen Szeneaktivitäten, rechtsextremer politischer Mobilisierung sowie rassistischer Gewalt befördert“.

		Eisenach	Wartburgkreis	Thüringen
rechtsextreme Einstellungen	Anteil	21	17	19
	Mittelwert	1,9	1,9	1,9
Ethnozentrismus	Anteil	40	36	39
	Mittelwert	2,3	2,3	2,4
neo-nationalsozialistische Ideologie	Anteil	9	9	8
	Mittelwert	1,6	1,6	1,6
Ablehnung von Asylsuchenden (2014-2018)	Anteil	68	68	64
	Mittelwert	3,0	3,0	3,0
Alter (Anteil der Befragten über 65 Jahren)		56	53	53
Geschlecht (weiblich)		39	53	51
Bildung (Abitur u. höher)		18	18	22
Autoritarismus		50	52	52
Deprivation (Benachteiligungsgefühle)		19	23	24
Ostdeprivation (Benachteiligung Ostdeutscher)		15	11	12
Statusverlustangst		29	44	40
Mangelnde Demokratieunterstützung		16	17	17
Demokratieunzufriedenheit		40	52	47
Geringe politische Selbstwirksamkeit		67	72	72
Politisches Interesse (1-5)		3,1	3,1	3,1
Parteienverdrossenheit		71	85	76
Kriminalitätsfurcht		12	19	18

Abbildung 11: Einstellungswerte und Befragtenmerkmale des Thüringen-Monitors (2012–2018) (mehrere Jahrgänge zusammengefasst); Quelle: Best et al. 2018: 160 (Anteilswerte in Prozent – wegen des zu beachtenden Stichprobenfehlers ganzzahlig gerundet; Altersmittelwerte in Jahren; Skalenmittelwerte i. d. R. zwischen 1 = „lehne völlig ab“ und 4 = „stimme voll und ganz zu“.)

Abbildung 4: Einstellungswerte und Befragtenmerkmale des Thüringen-Monitors 2012-2018 (Quelle: Salheiser, 2021, S. 57)

⁷ Eine eigene Analyse der aktuellen Wellen des Thüringen Monitors bezüglich der politischen Einstellungen der Menschen im Wartburgkreis ist leider nicht möglich, da die jährlich miterhobene Variable „Kreis“ zu Anonymisierungszwecken aus dem Datensatz gelöscht wurde.

⁸ Ethnozentrismus „kennzeichnet die Bewertung von Fremdgruppen unter ausschließlicher Bezugnahme auf die stets als normalen Beurteilungsmaßstab gesetzte Eigengruppe. Damit geht in der Regel einher, dass die Eigengruppe überhöht und die Fremdgruppen abgewertet werden“. Neo-Nationalsozialismus „kennzeichnet die affirmative Haltung zur NS-Diktatur in Deutschland zwischen 1933 und 1945 und zu ihren Ideologemen“ (Reiser et al. 2022, S. 77f.).

Für die Beschreibung der Situation ist auch ein Schlaglicht auf politisch motivierte Kriminalität erforderlich. Eisenach gilt als Hotspot der Neonazi-Szene. Rechte Kriminalität beschränkt sich hier nicht auf Graffiti an Hauswänden – in der NPD-Landeszentrale Flieder Volkshaus⁹ trainierte die rechtsextreme Kampfsportgruppe Knockout 51 für den Straßenkampf, immer wieder kommt es zu Gewaltdelikten. Im Bereich politisch motivierter Kriminalität von rechts wies Eisenach seit mindestens 2014 bis 2018 die thüringenweit höchsten Kriminalitätsziffern auf, hingegen der Wartburgkreis die niedrigsten – „Dies lässt nicht nur gewisse Erfassungslücken oder eine geringere Sensibilität für dortige Vorfälle vermuten, sondern dürfte ein weiteres Indiz für die „Sogwirkung“ der Wartburgstadt auf ihr Umland sein“ (Salheiser, 2021, S. 28f.). Die Einschätzung aus dem Jahr 2021, dass das Gefährdungspotenzial durch gewalttätige Rechtsextreme hoch und dauerhaft sei (vgl. Salheiser, 2021, S. 30), bestätigt sich heute. Die politisch motivierte Kriminalität ist im Wartburgkreis 2022 sogar deutlich angestiegen, mit einem Schwerpunkt auf Fällen mit rechter Ideologie. Im Jahr 2021 waren es 26 Fälle, im Jahr 2022 143 (vgl. Zlotowicz, 2023). Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts läuft ein Prozess am Oberlandesgericht Jena gegen vier Mitglieder von Knockout 51 wegen Delikten seit den Jahren 2020, unter anderem Bildung einer kriminellen Vereinigung, Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung. Mit diesen Delikten bauten die Neonazis einen Angstrom insbesondere für politische Gegner*innen und rassistisch abgewertete Personen auf.

Der Blick auf die aktuellen Zustimmungswerte für gesichert rechtsextreme Parteien und die ihnen zugrunde liegenden politischen Einstellungen lässt vermuten, dass Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit überall in Thüringen bedroht sind. Im Wartburgkreis und insbesondere in Eisenach, wo sich ihre offen rechtsextremen Feinde organisieren, verdichtet sich diese Situation. Die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung der explizit demokratischen und welt-offenen Zivilgesellschaft sowie des Ankämpfens gegen die rechtsextremen Strukturen hat seit dem Bestehen der Partnerschaften für Demokratie nicht an Aktualität verloren. Hinzu kommt (vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und in Teilen auch der sozioökonomischen Lage) im Sinne der Zukunftsfähigkeit, dass Angebote insbesondere für junge Menschen wichtig sind.

4.2 Die Partnerschaften für Demokratie

Im vorhergehenden Kapitel wurden Schlaglichter auf problematische Aspekte im Landkreis gerichtet. Blicken wir nun auf Menschen, die sich aktiv für Demokratie engagieren. Im Wartburgkreis gibt es zwei lokale Partnerschaften für Demokratie (PfD), die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „DENK BUNT“ unterstützt werden. Entsprechend der Kernziele des Bundesprogramms teilen alle Partnerschaften drei zentrale Handlungsfelder: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen.

⁹ „Die NPD verfügt in Eisenach seit 2014 über eine Immobilie, die sie als Landespartei zentrale und Veranstaltungsort für Rechtsrockkonzerte nutzt. Die zum „Volkshaus“ deklarierte Landespartei zentrale ist zugleich Anlaufpunkt für militante rechtsextreme Kampfsportler sowie „Stadtteilzentrum“ für Bürger:innen, die die Räumlichkeiten für private Feiern nutzen oder dort Discoabende besuchen. Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe auf rassistisch abgewertete und als „links“, „alternativ“ bzw. nicht-rechts gedeutete bzw. bekannte Personen treten in der Stadt gehäuft auf.“ (Salheiser, 2021, S. 6)

4.2.1 Denk bunt im Wartburgkreis¹⁰

In der Partnerschaft für Demokratie "Denk bunt im Wartburgkreis" kommen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerschaftlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die Situation vor Ort abgestimmte Strategie und ein Handlungskonzept und fördern durch konkrete Einzelmaßnahmen die Zivilgesellschaft im Wartburgkreis.

Der **Begleitausschuss** ist ein strategisch handelndes und regelmäßig tagendes Gremium zur Entwicklung, Implementierung sowie nachhaltigen Verankerung der Partnerschaft für Demokratie. Er

- unterstützt und begleitet die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in der PfD,
- legt die Eckpunkte des Handlungskonzeptes nach Beratung in der Demokratiekonferenz fest,
- analysiert lokale bzw. regionale Unterstützungsmöglichkeiten und organisiert deren Einbindung,
- berät die Koordinierungs- und Fachstelle (in Trägerschaft des Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes Landesverband Thüringen e.V.) und das federführende Amt (im Landratsamt) in der praktischen Arbeit, insbesondere bei der Umsetzung und Fortschreibung sowie der nachhaltigen Verankerung,
- berät über die Projekte, die zur Umsetzung der Zielstellungen der PfD durchgeführt werden sollen, spricht eine Förderempfehlung (für finanzielle Mittel aus dem Aktions- und Initiativefonds) aus und nimmt im Rahmen von Projektpatenschaften eine Begleitung und Beratung der Projekte bzw. deren Träger wahr.

Schwerpunkte der Projektförderung der PfD sind

- Informations-, Bildungs- bzw. Qualifizierungsangebote zu Grund- und Menschenrechten, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Extremismus usw. mit dem Ziel der Sensibilisierung und Aufklärung,
- die Erprobung und Etablierung innovativer Kommunikations- und Teilnehmungsformate sowie die Schaffung von Räumen der Begegnung, des Austausches, der Diskussion und Debatte,
- die Stärkung der Medienkompetenz im Rahmen der Demokratiebildung (Fake News, Verschwörungserzählungen, Hate Speech usw.).

Der Begleitausschusses setzt sich seit 2020 wie folgt zusammen:

- Kreisbeigeordneter (Vertretung Landrat)
- Interne Koordinierungsstelle (federführendes Amt)
- Vertreter*in Jugendamt/Jugendarbeit
- Vertreter*in Netzwerk Prävention
- Vertreter*in Netzwerk Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus
- Vertreter*in Polizei
- Vertreter*in Feuerwehr
- Vertreter*in Schulamt
- Vertreter*in Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes Landesverband Thüringen

¹⁰ Das Kapitel basiert auf der Website der PfD: <https://www.denkbunt-wartburgkreis.de>.

- Vertreter*in Bündnis für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit im Wartburgkreis
- Vertreter*in Kinder- und Jugendkunstschule Wartburgkreis
- Vertreter*in Kreissportjugend Bad Salzungen
- Vertreter*in Kreissportjugend Eisenach
- Vertreter*in DGB Wartburgkreis
- Vertreter*in der Kirchen
- Vertreter*in Netzwerk Integration
- Vertreter*in Jugendarbeit Planungsregion 1 (Johanniter-Unfall-Hilfe)
- Vertreter*in Jugendarbeit Planungsregion 2 (AWO Landesverband Thüringen)
- Vertreter*in Jugendarbeit Planungsregion 3 (Caritasverband Geisa-Fulda)
- 3 Vertreter*innen Jugend
- 2 zivilgesellschaftlich engagierte Bürger*innen
- Externe Koordinierungsstelle (nicht stimmberechtigt)

Die Pfd Wartburgkreis ist in der **Demokratiewerkstatt**, einem Ladenlokal in Bad Salzungen, verortet. Die Demokratiewerkstatt ist Ideenlabor und Erprobungsraum zur Stärkung und Umsetzung einer demokratischen Zivilgesellschaft. Es bietet Beratungs- und Besprechungsräume für Initiativen, Jugendgremien, Projektgruppen und Bündnisse, die sich für Demokratie einsetzen. Der Ort kann für themenspezifische Veranstaltungen kostenfrei genutzt werden und ist mit entsprechendem Moderations- und Präsentationsmitteln ausgestattet. Die großen Schaufenster sind Werbefläche für Projektpartner und Programminhalte, Themenwochen, Veranstaltungsankündigungen, Ausstellungen und Projektberichte. Die Demokratiewerkstatt ist in Trägerschaft der externen Koordinierungsstelle, also dem Sozialwerk des demokratischen Frauenbundes Landesverband Thüringen e.V.

Das **Jugendforum** Wartburgkreis ist ein Beteiligungsformat, das aus der Partnerschaft für Demokratie heraus entstanden ist. Es soll den Interessen junger Menschen in der Region gegenüber Politik und „Erwachsenengesellschaft“ eine Stimme geben und insgesamt Kinder- und Jugendbeteiligung anstoßen. Das Jugendforum Wartburgkreis setzt sich aus drei Strukturen zusammen:

1. Die offene Jugendgruppe: Hier können sich alle jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren aus dem Wartburgkreis beteiligen und einbringen. Die offene Jugendgruppe ist selbstorganisiert und trifft sich einmal monatlich, zumeist in der Demokratiewerkstatt, wobei immer auch eine digitale Teilnahme möglich ist. Zu den Tätigkeitsbereichen zählt:
 - Vergabe der Gelder aus dem Jugendfonds der Pfd für Projektideen von Jugendlichen für Jugendliche
 - o finanzielle Förderung
 - o Begleitung und Beratung der Projektideen
 - Organisation politischer und kultureller (Bildungs-)Veranstaltungen von Jugendlichen für Jugendliche
2. Regionale Jugendmeetings: Auf regionalen Jugendmeetings kommen Jugendliche vor Ort zusammen, tauschen sich darüber aus, was sie stört und was sie sich wünschen, überlegen gemeinsam, wo sie wie mitbestimmen dürfen, können und wollen. Sie planen konkrete Projekte und setzen diese gemeinsam um.
3. Vernetzungsstruktur für jugendliche Vertreter*innen aus dem Wartburgkreis

4.2.2 Vielfalt tut gut in Eisenach und in Wutha-Farnroda¹¹

In der lokalen Partnerschaft für Demokratie Eisenach und Wutha-Farnroda stehen alle Einwohner*innen im Vordergrund, die gemeinsam für demokratische Werte und Vielfalt sowie gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit agieren. Unter dem Motto „Vielfalt tut gut“ unterstützt die Partnerschaft unterschiedliche Projekte finanziell auf Basis einer mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung entwickelten Strategie. Verortet und für die Bürger*innen erreichbar ist die Partnerschaft im **Treffpunkt Demokratie**, der 2020 eröffnet wurde und sich im Eisenacher Stadtzentrum befindet.

Das zentrale Steuerungsgremium ist der regelmäßig tagende **Begleitausschuss**. Dort arbeiten Vertreter*innen aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände, Religionsgemeinschaften sowie bürgerschaftlich Engagierte) partnerschaftlich zusammen. Die Zusammensetzung des Begleitausschusses wurde durch einen Beschluss des Stadtrates Eisenach und des Gemeinderates Wutha-Farnroda legitimiert. Der Begleitausschuss

- fungiert als strategisch handelndes, zentrales Gremium: Er entwickelt anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen eine Strategie und formuliert jährlich Ziele. Diese sind Grundlage für die Förderung unterschiedlicher Projekte.
- prüft und beurteilt Projektanträge und spricht Förderempfehlungen (für finanzielle Mittel aus dem Aktions- und Initiativfonds) aus.

Unterstützt wird der Begleitausschuss durch das federführende Amt in der Stadtverwaltung Eisenach und durch die Koordinierungs- und Fachstelle bei der Ziola GmbH.

Der Begleitausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen (11 Personen)

- Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus Wutha-Farnroda
- Ausländerbeirat Eisenach
- AWO AJS gGmbH
- Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach
- Jugendforum Eisenach
- Kreissportbund Eisenach e.V.
- Liga der Wohlfahrtsverbände
- Präventionsrat gegen politischen Extremismus Eisenach
- Seniorenbeirat Eisenach
- Jugendring Wartburgkreis e.V.
- Netzwerk "Miteinander füreinander"

Vertreter/innen von kommunaler Verwaltung und regionalen Behörden (8 Personen)

- Bürgermeister Wutha-Farnroda
- Jugendamt Wartburgkreis
- Oberbürgermeisterin Eisenach
- Ordnungsamt Eisenach
- Ordnungsverwaltung/Soziales Wutha-Farnroda
- Polizeiinspektion Eisenach
- Staatliches Schulamt Westthüringen
- Federführendes Amt

¹¹ Das Kapitel basiert auf der Website der Pfd: <http://www.vielfalt-wartburgregion.de>.

Auch das **Jugendforum** Eisenach ist Teil der PfD. Das Forum setzt auf freiwilliges Engagement und Selbstorganisation und ist offen für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 12 und 27 Jahren. Zu den Tätigkeitsbereichen zählt:

- Vergabe der Gelder aus dem Jugendfonds der PfD für Projektideen von Jugendlichen für Jugendliche
 - o finanzielle Förderung
 - o Begleitung und Beratung der Projektideen
- Vorbereitung und Mitgestaltung der Stadtjugendmeetings in Eisenach
- Organisation politischer und kultureller (Bildungs-)Veranstaltungen von Jugendlichen für Jugendliche

4.2.3 Geförderte Projekte der Partnerschaften für Demokratie 2020-2023: Überblick und Analyse

In diesem Kapitel geben wir einen Überblick über die geförderten Projekte der Partnerschaften zwischen 2020 und 2023: Wer verwirklichte welche Projekte wo? Und was lässt sich daraus erkennen?

Hinsichtlich des Durchführungsortes der über den Aktions- und Initiativfonds geförderten Projekte zeigt sich in der PfD Eisenach und Wutha-Farnroda ein klarer Schwerpunkt auf Eisenach. Hier wurden nahezu alle Projekte zwischen 2020 und 2023 verwirklicht, mit Ausnahme des Nachbarschaftstreffs in Wutha-Farnroda sowie eines mehrfach durchgeführten Seminars, das in Eisenach und Weimar stattfand (siehe Abbildung 5). Die Durchführungsorte der durch die PfD Wartburgkreis geförderten Projekte sind, entsprechend der Förderregion, geografisch breiter gestreut. Dabei gab es 22 Projekte, die an mehreren Orten durchgeführt wurden. Einen Schwerpunkt bildet Bad Salzungen als Kreisstadt und Sitz der Demokratiewerkstatt mit 16 Projekten (siehe Abbildung 6).

Durchführungsort	Anzahl Projekte
Eisenach	28
Weimar und Eisenach	6
Wutha-Farnroda	5
Wartburgkreis	1
	40

Abbildung 5: Durchführungsorte der Projekte der PfD Eisenach und Wutha-Farnroda (eigene Berechnung)
* ohne Kleinstprojekte bis zu einer Fördersumme von 500 Euro

Durchführungsort	Anzahl Projekte
Wartburgkreis	22
Bad Salzungen	16
Geisa	8
Bad Liebenstein	6
Gerstungen	5
Vacha	3
Untereibach	2
Creuzburg, Dermbach, Fladungen, Geisa und Dresden, Krauernberggemeinde, Mihla, Oberellen, Oetzbach/ Bremen, Stadtlengsfeld, Tiefenort/ Bad Salzungen, Vukorarin (Kroatien), Werra-Suhl-Tal	je 1
	74

Abbildung 6: Durchführungsorte der Projekte der PfD Wartburgkreis (eigene Berechnung)

Bezüglich der Projektträger zeigt sich in der PfD Eisenach und Wutha-Farnroda gleichzeitig Vielfalt und Konzentration. Einerseits haben von den insgesamt 17 Projektträgern zwölf jeweils ein Projekt und zwei jeweils zwei Projekte durchgeführt, was auf eine Vielfalt der Projektträger hindeutet. Gleichzeitig zeigt sich eine deutliche Konzentration. Es gibt eine „Top 3“ der Projektträger (entspricht 18 Prozent), die 52 Prozent der bewilligten Projekte und 75 Prozent der Fördersumme auf sich vereint. Dabei handelt es sich um professionelle Organisationen, von denen zwei mit etablierten Projekten wiederholt gefördert werden und eine mit Anträgen für vielfältige Projekte erfolgreich ist. In der PfD Wartburgkreis zeigt sich eine ähnliche Tendenz, allerdings deutlich abgeschwächt. Von den insgesamt 32 Projektträgern führten 25 jeweils ein Projekt und drei jeweils zwei Projekte durch, was die Vielfalt der Projektträger zeigt. Daneben ergibt sich eine „Top 4“ (entspricht 12,5 Prozent), die 42 Prozent der bewilligten Projekte und 54 Prozent der Fördersumme auf sich vereint (siehe Abbildungen 7, 8 und 9).

	Eisenach und Wutha-Farnroda		Wartburgkreis	
	Anzahl Träger	Anzahl Projekte	Anzahl Träger	Anzahl Projekte
Ein Projekt	12	12	25	25
Zwei Projekte	2	4	3	6
> zwei Projekte	3	17	4	22
Summen	17	33	32	53

Abbildung 7: Verteilung der Projekte auf Projektträger (eigene Berechnung)

* Eingeflossen ist die beantragte (Eisenach und Wutha-Farnroda) bzw. bewilligte (Wartburgkreis) Fördersumme aus dem Aktions- und Initiativfonds ohne Kleinstprojekte bis 500 Euro, ohne das Jugendforum und den -fonds sowie für den Wartburgkreis ohne das Kommunale Konfliktmanagement.

	Alle 17 Projektträger	Top 3 (absolut)	Top 3 (in Prozent)
Anzahl Projekte	33	17	52
Fördersumme (Euro)	225.769	169.936	75

Abbildung 8: Konzentration der Projekte und Fördermittel in der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda (eigene Berechnung)

* Eingeflossen ist die beantragte Fördersumme aus dem Aktions- und Initiativfonds ohne Kleinprojekte bis 500 Euro sowie ohne das Jugendforum und den -fonds.

** Top = Träger, denen mehr als zwei Projekte zwischen 2020 und 2023 bewilligt wurden.

	Alle 32 Projektträger	Top 4 (absolut)	Top 4 (in Prozent)
Anzahl Projekte	53	22	42
Fördersumme (Euro)	225.415	121.123	54

Abbildung 9: Konzentration der Projekte und Fördermittel in der Pfd Wartburgkreis (eigene Berechnung)

* Eingeflossen ist die bewilligte Fördersumme aus dem Aktions- und Initiativfonds ohne Kleinprojekte bis 500 Euro, ohne das Jugendforum und den -fonds sowie ohne das Kommunale Konfliktmanagement.

** Top = Träger, denen mehr als zwei Projekte zwischen 2020 und 2023 bewilligt wurden.

Im Hinblick auf die Maßnahmenarten der geförderten Projekte überwiegen in beiden Partnerschaften pädagogische Angebote, wie zum Beispiel Schulprojekte, Workshops und Bildungsfahrten, und kulturelle Angebote, wie zum Beispiel Theaterspielen oder Filmvorführungen, mit insgesamt etwa zwei Dritteln aller Projekte (siehe Abbildungen 10 und 11). Einen weiteren wichtigen Bereich stellt die Jugendbeteiligung dar, insbesondere in der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda mit 18 Prozent der Projekte. Daneben förderten beide Partnerschaften niedrigschwellige Begegnungsangebote wie Feste oder Nachbarschaftstreffs, Ausstellungen mit Begleitprogramm und weitere.

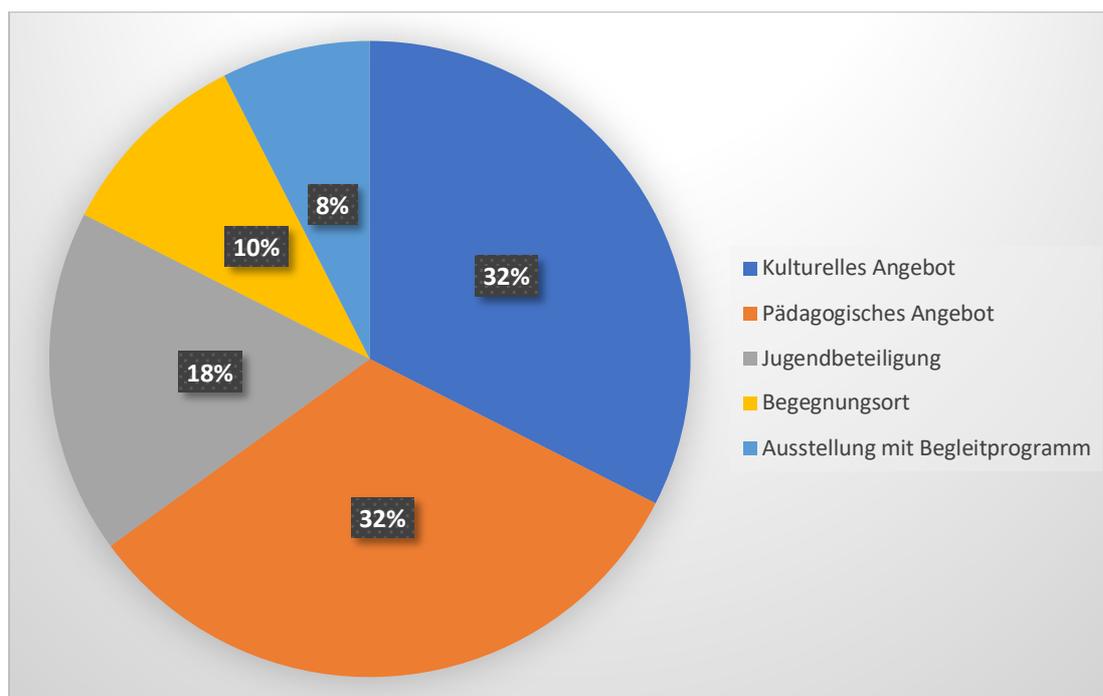


Abbildung 10: Projekte der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda nach Maßnahmenarten (eigene Berechnung)

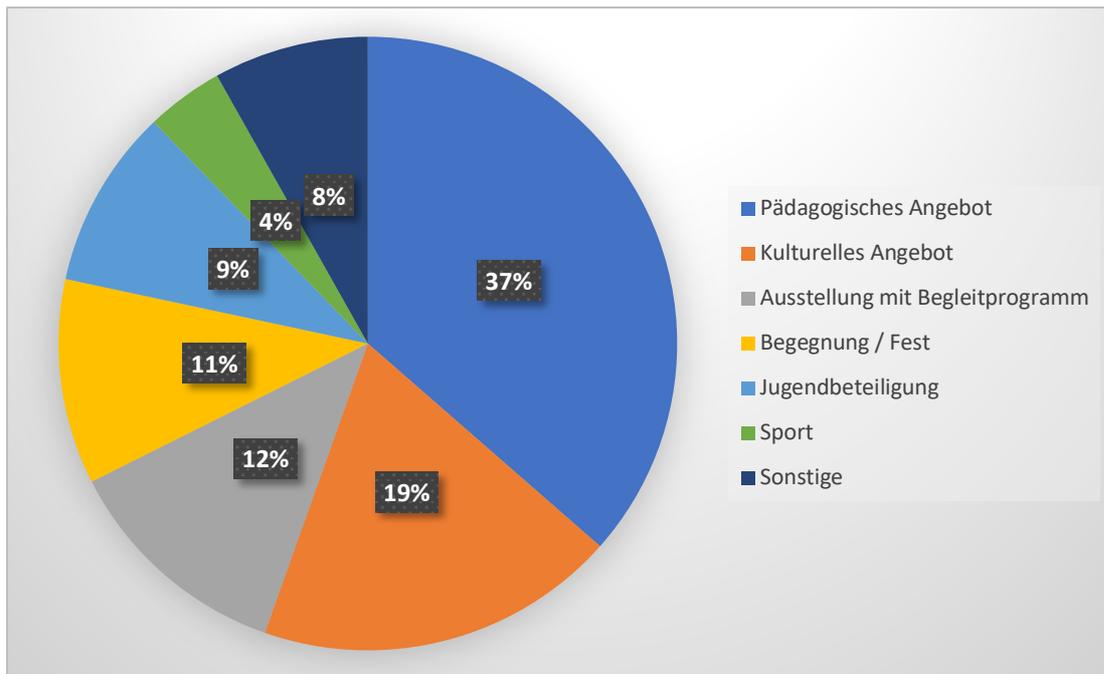


Abbildung 11: Projekte der Pfd Wartburgkreis nach Maßnahmenarten (eigene Berechnung)

Wir ordneten die Projekthinhalte drei verschiedenen Aspekten der Förderung liberaler Demokratie zu (siehe Abbildungen 12 und 13):

- Demokratische Prozesse, wie zum Beispiel Wahlen, andere Partizipationsformen oder Interessenvermittlung (blau)
- Liberal-demokratische Werte, wie zum Beispiel individuelle Freiheit, Vielfalt und Toleranz (rot)
- Gemeinschaft, wie zum Beispiel Teilhabe und Inklusion oder gesellschaftlicher Zusammenhalt (gelb)

Inhaltlich decken die geförderten Projekte beider Partnerschaften ein breites Spektrum ab. Zu beachten ist hier, dass Kleinprojekte bis zu einer Fördersumme von 500 Euro für die Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda nicht erfasst wurden – es ist also von einer noch größeren Vielfalt auszugehen als sich hier darstellt. In beiden Partnerschaften scheint das Setzen von Themenschwerpunkten zu funktionieren, um Projektideen zu initiieren; in Eisenach und Wutha-Farnroda gab es dadurch eine Reihe von Projekten zum Nationalsozialistischen Untergrund (Themenbereich Rechtsextremismus), im Wartburgkreis zeigt sich das Gleiche für den Schwerpunkt Jüdisches Leben. Nicht alle Projekte basieren auf neuen Ideen, manche werden auch wiederholt beantragt, aber an anderen Orten mit anderen Teilnehmenden durchgeführt, so dass neue Personen mit den Inhalten erreicht werden. In der Pfd Wartburgkreis zeichnet sich hinsichtlich der Anzahl der Projekte ein Schwerpunkt im Themenbereich „Demokratisches Miteinander und Vielfalt leben“ ab. Hier könnte sich ein tieferer Blick lohnen, um herauszufinden, welche Projekte darauf fokussiert sind, ein positives Narrativ zu Demokratie zu erzeugen, und welche sich klar mit demokratiefeindlichen Phänomenen auseinandersetzen (Wohlfühlen versus Konfrontation) – und ggf. auf eine größere Ausgewogenheit hinwirken. Insgesamt bestätigt die Analyse der Projekthinhalte, dass sich dort die Ziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wiederfinden: Demokratie fördern, Vielfalt gestalten, Extremismus vorbeugen.

Themenbereich	Anzahl Projekte
Ausgrenzung und Diskriminierung	7
Gesellschaftliches, demokratisches Miteinander und Vielfalt leben	7
Jugendbeteiligung	7
Kulturelle Teilhabe und Inklusion	5
Rechtsextremismus	4
Demokratische Prozesse erleben	3
Geschlechterrollen und -identitäten, sexuelle Orientierung	2
Sonstige	2
Antisemitismus	1
Über Geschichte in Diskurs über Demokratie	1
Wahlen	1
	40

Abbildung 12: Projekte der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda nach Themenbereichen (eigene Berechnung)

* ohne Kleinstprojekte bis zu einer Fördersumme von 500 Euro

Themenbereich	Anzahl Projekte
Gesellschaftliches, demokratisches Miteinander und Vielfalt leben	18
Jugendbeteiligung	10
Sonstige	8
Über Geschichte in Diskurs über Demokratie	7
Demokratische Prozesse erleben	7
Jüdisches Leben	6
Ausgrenzung und Diskriminierung	4
Antisemitismus	3
Rechtsextremismus	3
Beteiligung/ Partizipation	3
Geschlechterrollen und -identitäten, sexuelle Orientierung	2
Kommunales Konfliktmanagement	2
Kulturelle Teilhabe und Inklusion	1
	74

Abbildung 13: Projekte der Pfd Wartburgkreis nach Themenbereichen (eigene Berechnung)

5. Ressourcenanalyse

Für die Ressourcenanalyse wurden mehr als 80 relevante Akteur*innen identifiziert und eingeladen. 32 Personen sind unserer Einladung gefolgt und wurden qualitativ befragt. Hier die Übersicht der Befragten:

#	Bezeichnung	Kürzel
1	Gemeindemitarbeiterin	GM
2	Mitarbeiter Wartburgkreis	MWA
3	Entscheidungsträger Kirche Eisenach	KE
4	Mitarbeiterin Jugendverband	MJV
5	Mitarbeiter Kreissportbund Bad Salzungen	KSB
6	Mitarbeiterin Stadtverwaltung Eisenach	MSE
7	Leiter eines Begegnungsortes	BO
8	Mitarbeiterin Wohlfahrtsverband Thüringen	MWV
9	Mitarbeiterin Kreissportbund Eisenach	KSE
10	Entscheidungsträger Kirche Eisenach	EKE
11	Leiterin eines Jugendhauses in Eisenach	JHE
12	Leitende Mitarbeiterin Freier Träger	MFT
13	Mitarbeiterin Jugendamt Wartburgkreis	JAW
14	Mitarbeiterin Wartburgkreis	MWB
15	Mitglied Jugendforum Eisenach	FJE1
16	Mitglied Jugendforum Eisenach	FJE2
17	Mitarbeiterin Freier Träger kulturelle Bildung Wartburgkreis	FTW
18	Mitglied Junge Union Wartburgkreis	JUW
19	Mitarbeiterin Freier Träger für Bildende Kunst Eisenach	MFTB
20	Mitarbeiterin Kreissportbund Bad Salzungen	MKB2
21	Mitarbeiterin Wohlfahrtsverband	MWV2
22	Schulsozialarbeiter Eisenach	SSE
23	Leiter einer Stiftung	LST
24	Projektleiter Freier Träger	PLF
25	Vorsitzende Wohlfahrtsverband	VWV
26	Mitarbeiterin Wartburgkreis	MWC
27	Kreispolitiker	WBD
28	Bürgermeister	BMW
29	Referentin Stadtverwaltung	BME
30	Mitarbeiter Kreisverwaltung	PGK
31	Mitarbeiter Freier Träger	MKN
32	Mitarbeiterin Freier Träger	MFTE

In den Befragungen kristallisierten sich Themenschwerpunkte heraus, die wir zu Handlungsfeldern clusterten. Entlang dieser Handlungsfelder lassen sich im Folgenden die Ressourcen der Partnerschaften für Demokratie und des Landkreises einordnen. Die Handlungsfelder sind:

- Sensibilisierung und Engagement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit: Hier geht es um die Ausgangsbedingungen für ein tolerantes Miteinander, bereits bestehende Ressourcen für bürgerliches Engagement und den Einsatz politischer und kultureller Bildungsarbeit.
- Kinder- und Jugendbeteiligung: Dieses Handlungsfeld fasst das lokale Verständnis von Partizipation zusammen und betrachtet den aktuellen Stand der strukturellen Implementierung von Jugendbeteiligung. Denn Kinder und Jugendliche sind ein wichtiger Hebel für bürgerschaftliches Engagement und eine besondere Zielgruppe der Partnerschaften für Demokratie.
- Bekanntheit, Zugang und Verankerung der Partnerschaften für Demokratie: Das letzte Handlungsfeld fokussiert darauf, welche Ressourcen die Partnerschaften für Demokratie haben, um ihre Ziele noch wirksamer zu erreichen. Dafür sind deren Bekanntheit/ Image, der Zugang zur Projektförderung sowie deren Rückhalt in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft wichtige Ressourcen.

5.1 Sensibilisierung und Engagement für Demokratie, Toleranz & Weltoffenheit

Der Schwerpunkt beider Partnerschaften für Demokratie liegt in der Förderung politischer Teilhabe der Bürger*innen sowie einer toleranten, vielfältigen und demokratischen Zivilgesellschaft (vgl. Denk bunt im Wartburgkreis, 2022; Vielfalt tut gut, 2022). Im Folgenden werden kurz die diesbezüglichen Ausgangsbedingungen aus Sicht der Befragten geschildert, um darauf aufbauend die Ressourcen für demokratisches Engagement und hinsichtlich kultureller bzw. politischer Bildung aufzuzeigen.

5.1.1 Demokratisches Miteinander

Sorge um die politische Zukunft

Sorge vor den sich womöglich verändernden Machtverhältnissen durch die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen 2024 äußern viele der Befragten (vgl. VWV, MWC, FTW). Konkreter bezweifelt ein Befragter, dass demokratische Parteien weiterhin Mehrheiten miteinander organisieren können (vgl. LST). Dann wäre die Handlungs- und Regierungsfähigkeit auf kommunaler, Kreis- und Landesebene nicht mehr gegeben. Dagegen argumentiert ein Kreispolitiker: Er halte demokratische Institutionen für absolut funktionsfähig, die Presse sei wehrhafter denn je. Er glaube auch, dass die politischen Gremien, angefangen vom Gemeinderat bis in die Landes- und Bundespolitik, funktionieren (vgl. WBD).

Entfremdung von politischen Entscheidungsfindungsprozessen

Gleichzeitig beobachtet einer der Befragten eine Entfremdung von demokratischen Entscheidungsprozessen. Viele Menschen würden gar nicht mehr wissen, wie es zu politischen Entscheidungen kommt und dass sie häufig Resultat aus Abwägungs- und Aushandlungsprozessen seien (vgl. LST).

Die Menschen würden sich aber nicht von der Demokratie selbst entfremden. Außerdem fände eine Entkopplung der globalen Ereignisse von der eigenen Lebenswelt statt. Hier sieht er die hiesige Politik und auch die Zivilgesellschaft in der Verantwortung, lokale Antworten auf globale Fragen zu finden. Bisher sei das zum Beispiel dem Wartburgkreis, in dem er wirke, noch nicht gelungen. Die Abwesenheit entsprechender Antworten ließe Platz für Verschwörungserzählungen, obwohl es eigentlich eine klare Faktenlagen gäbe. Mit einer klaren Kommunikation Orientierung zu geben wäre eine gute Reaktion (vgl. ebd.).

Polarisierung des Diskurses

Die Befragten berichten über einen „Rechtsruck“ (MKB2, PLF), einige von Übergriffen auf sie und ihre Familie (vgl. SSE). Es sei alles wichtig, was dieser Entwicklung etwas entgegenstelle (vgl. MKB2). Ein weiterer Befragter bekräftigte, dass es die Partnerschaften für Demokratie brauche (siehe auch 4.1.2, S. 10). Die Aufklärung müsse vor allem bei den Kindern anfangen, das sei ganz wichtig. Es könne gar nicht genug Arbeit in diesem Sektor geben (vgl. PLF). Diese sei aber erschwert, weil außerhalb der jeweiligen sozialen Bezugsgruppen die Fronten so verhärtet wären, dass die Labels „Demokratie leben“ oder „Vielfalt tut gut“ als linksideologisch wahrgenommen und daher rundheraus abgelehnt würden (vgl. MFT). Gerade in Eisenach beschreiben die Befragten, dass eine öffentliche Positionierung gegen Rechtsextremismus oder für Menschenrechte mit einer politisch linken Einstellung verbunden werde, die ähnlich extrem wie die des rechten Lagers bewertet wird. Verwaltung, Politik und „Eisenacher“ wollen nicht zu einem Lager zugeordnet werden (vgl. FJE2).¹²

Dies deckt sich mit den Schilderungen einiger Befragter, die Sorge haben, zum linken Spektrum gezählt zu werden, wenn sie geförderte Veranstaltungen der Partnerschaften für Demokratie besuchen.¹³ Obwohl sich eine Befragte sehr für Demokratie interessiere, fühle sie sich von den Veranstaltungen wenig angesprochen, weil die Besucher*innen den Eindruck eines eingeschworenen Kreises machen (vgl. FTW). Die Veranstaltungen seien nicht für die breite Masse. Zudem sei man in einer kleinen Stadt wie Eisenach eben wahrnehmbar. Gerade, wenn man eine - von außen zugeschrieben linke - Position einnehme, in einer Stadt, die doch sehr rechts sei, dann könne das viele Menschen abschrecken (vgl. ebd.). Außerdem treffe man aufgrund der Größe der Stadt Menschen mit der Gegenposition in anderen Kontexten wieder (z.B. Kindergarten, Schule, Arbeit). Wie solle man sich da noch begegnen, ins Gespräch kommen?

Zur hiesigen Diskurskultur bemerkt eine andere Befragte, dass der Ton rauer werde. Es bleibe weniger Zeit, genau zuzuhören und Menschen zu Wort kommen zu lassen (vgl. MFTB). Für einige Befragte ist die Frage wichtig, wie man Menschen dazu bringen kann, miteinander zu sprechen und Meinungen stehen zu lassen, selbst wenn es nicht die eigene ist? Wie kann man „zivilisiert“ widersprechen, aber trotzdem im Gespräch bleiben (MFT)? Diesem Konflikt entziehen sich immer mehr Menschen. Einer der Befragten nennt dieses Phänomen analog zur „stillen Mitte“¹⁴ die „abwägende Mitte“ (LST):

¹² Dagegen argumentiert eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, dass die Verwaltung sehr wohl eine klare Haltung bewahre. So positionierte sich die Oberbürgermeisterin gegen die NPD, indem sie ihnen den Handschlag verwehrt und sich dies auch vor Gericht erstritt (vgl. MSE).

¹³ Dieses Ergebnis birgt wichtige Implikationen für die Öffentlichkeitsarbeit der Pfd und damit eine wichtige Ressource und Veränderungsmöglichkeit (siehe 5.3.1, S. 48 sowie 6.3.1, S. 63).

¹⁴ Gemeint ist das Phänomen einer breiten gesellschaftlichen Mitte, die depolitisiert ist und relativ passiv und leise am gesellschaftlichen Diskurs teilnimmt (vgl. Sternberg, 2023).

Diese sei dadurch gekennzeichnet, dass sie sich klare Bekenntnisse der Mehrheitsgesellschaft wünsche, sich aber selbst nicht dazu traue, aus Sorge, einem linken Spektrum zugeschrieben zu werden. Dies sei dann das Argument der „abwägenden Mitte“, sich nicht öffentlich zu positionieren, zu demonstrieren oder Veranstaltungen zu besuchen. Gleichzeitig fühle sich „die“ „abwägende Mitte“ gar nicht in der Lage mitzudiskutieren, weil sie - das behauptete sie zumindest von sich selbst - nicht genug über ein Thema wisse (vgl. ebd.). Das führe dann dazu, dass Menschen Veranstaltungen meiden, welche eigentlich niedrigschwellig angelegt sind und auf die Vermittlung von Grundlagenwissen abzielen. Das würde dann zum Kreislauf (vgl. ebd.). Entsprechend werde die Mitte immer stiller und die politischen Randpositionen immer lauter. Dabei wünschen sich zum Beispiel befragte Jugendliche von den Erwachsenen, dass sie als Vorbilder öffentlich gegen rechtsextreme Positionen eintreten (vgl. FJE1). Das würde engagierten Jugendlichen Mut machen, sich weiter zivilgesellschaftlich und für Menschenrechte einzusetzen (vgl. FJE2).

Aus dem Rechtsruck resultiert also eine Deutungsverschiebung von Grundwerten der bürgerlichen Mitte hin zu einer dezidiert linken Position, die in Eisenach besonders deutlich zu Tage tritt. Die bürgerliche Mitte befürchtet, dass ein aktives Eintreten für diese Grundwerte in gesellschaftlicher Diskreditierung resultiert und verstummt daher. Befragte haben das Gefühl, dass es an anerkannten Personen der Öffentlichkeit fehlt, die sich vorbildhaft öffentlich positionieren.

Hier offenbart sich eine wichtige Ressource. Eine fundierte Analyse darüber, woher die Zuschreibungen als linke Positionen kommen, scheint sehr sinnvoll. Es ist zu befürchten, dass es sich um eine adaptierte rechte Argumentationslogik handelt, die in den Diskurs der Mehrheitsgesellschaft diffundiert. Gezieltere Aufklärungsarbeit vermag dem entgegenzuwirken. Dies wäre auch im Sinne der Partnerschaften für Demokratie, deren Image stark von diesem Diskurs geprägt wird (siehe 5.3, S. 48 sowie 6.3.1, S. 63). Ein anderer programmatischer Ansatzpunkt für die Partnerschaften ist der deutliche Wunsch vieler Befragter, wieder miteinander über Bedürfnisse, Herausforderungen und Befürchtungen ins Gespräch zu kommen und sich (auf Augenhöhe) zu begegnen. Hierfür braucht es eine stärkere Fokussierung auf niedrigschwellige Begegnungsformate im Bereich politischer und kultureller Bildung (siehe 5.1.3, S. 33 sowie 6.3.2, S. 64).

5.1.2 Engagement für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Neben einer „abwägenden Mitte“ gibt es eine engagierte Bürgerschaft im Wartburgkreis, die eine wichtige Ressource darstellt. Sie zu unterstützen und weitere Menschen zu aktivieren ist ein Schlüssel zu lebendiger demokratischer Praxis und ein Leitziel der Partnerschaften für Demokratie (vgl. Denk bunt, 2022, Vielfalt tut gut, 2022). Welche Faktoren begünstigen also Engagement im Wartburgkreis? Welche Ressourcen sind vorhanden und welche lassen sich ausbauen?

Befragte geben an, dass sich in ihren Strukturen immer weniger Menschen ehrenamtlich engagieren und es oft die Gleichen sind, weil sie in mehreren Vereinen tätig sind (vgl. MFTB). Ein befragter Kreispolitiker beobachtet, dass eine Phase in Deutschland hinter uns liege, in der man gelernt hätte, dass es nicht notwendig ist, sich zu beteiligen (vgl. WBD). Jede*r könne - ohne politische Anstrengung - nach persönlicher Glückseligkeit und Reichtum streben, unabhängig davon, wie die politischen Machtverhältnisse gestaltet sind.

Diese Phase sehe er aber nun ans Ende gekommen. Multiple Krisen verunsicherten jede*n Einzelne*n. Das heißt für ihn, dass sich die Bürger*innen zwangsläufig wieder mehr beteiligen müssen, damit es „in die richtige Richtung“ gehe. Dies passiere aktuell vor allem durch die junge Generation, die sehr politisch sei. Daher habe er keine Sorge - die jungen Menschen würden das politische, zivilgesellschaftliche Handeln einfach in Anspruch nehmen. Diese Argumentation verdeutlicht, wie wichtig Jugendliche für die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements und auch politischer Beteiligung sind. (vgl. ebd.)

Ressource: Jugendliche

Jugendliche nicht zu beteiligen wäre fatal für das Funktionieren der Demokratie, auch weil sie wichtiger Bestandteil einer aktiven Wählerschaft seien, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Kommunalwahlrechts ab 16 Jahren (vgl. WBD). Befragte in Verwaltung und Politik bestätigen, dass Jugendbeteiligung das Kernthema für die Zukunft (vgl. WDB) und „genauer genommen jetzt schon Riesenthema“ (JAW) sei. Auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und von Schulen bekräftigen, dass es essenziell sei, junge Menschen an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen zu beteiligen (vgl. BO) und ihnen die Möglichkeit zu geben, am gemeinschaftlichen Leben zu partizipieren (vgl. MKB2).

Dabei wird die derzeitige Jugendgeneration im Wartburgkreis und Eisenach als politisch interessiert wahrgenommen (vgl. WBD) - anders als die „abwägende Mitte“ der Erwachsenen. Das birgt eine große Ressource. Die Einschätzung des politischen Entscheidungsträgers bestätigen die befragten Jugendlichen. Sie finden es wichtig, sich selbst zu beteiligen und andere Altersgenoss*innen dazu zu motivieren. Ihr Antrieb: Die lokalen Rahmenbedingungen zu verändern, so dass sich Jugendliche, aber auch alle anderen Menschen unterschiedlicher Altersgruppen (z.B. Senior*innen) beteiligen können und insbesondere dann eine Stimme erhalten, wenn es um Entscheidungen geht, die sie selbst betreffen (vgl. FJE1).

Neben dem politischen Engagement erzählen die Jugendlichen, dass sich viele Altersgenoss*innen auch lokal, z.B. in örtlichen Kirmesvereinen oder im Angelverein, engagieren und dort Verantwortung übernehmen (vgl. FJE2). Oft sei den Jugendlichen im ländlichen Raum die Tragweite ihres Engagements und ihr Beitrag zu einer funktionierenden Gesellschaft nicht bewusst, obwohl sie in mehreren Vereinen gleichzeitig tätig seien (vgl. MJV). Hier bietet sich ein interessanter Anknüpfungspunkt hinsichtlich der Identifikation und Ansprache von engagierten Jugendlichen im ländlichen Raum (siehe S. 28 sowie 6.1.2, S.59). Die Verbundenheit mit ihrer Heimat sei teilweise so hoch, dass Jugendliche, die weggezogen sind, noch immer regelmäßig aus anderen Landkreisen nach Hause kommen, um sich in einem Ehrenamt einzubringen. So wird beispielsweise die leitende Mitarbeiterin eines freien Trägers von zwei Student*innen, die schon seit drei Jahren nicht mehr vor Ort wohnen, bei der Durchführung von Bildungsprojekten unterstützt (vgl. MFT). Welche Bedingungen für die Ermöglichung von Jugendbeteiligung im Landkreis strukturell vorherrschen, werden in Kapitel 5.2.2 (S. 39) ausführlicher dargelegt.

Ressource: Finanzen und Raum

Engagement ermöglicht Begegnungen und damit Momente, in denen „gesellschaftlicher Kitt“ entsteht und Demokratie gelebt und gestärkt werden kann. Aus Sicht der Befragten gibt es zuträgliche Rahmenbedingungen, die Engagement erleichtern. Zum einen spielen Ressourcen eine Rolle. Menschen müssten oft eigenes Geld in die Hand nehmen, um sich zu engagieren, könnten dies aber teilweise aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht (vgl. MFTB).

Eine Befragte gab an, dass ihr eine Rentnerin schilderte, dass sie sich die Kosten eines ÖPNV-Tickets für den Weg zur Betreuung eines Angebots nicht leisten kann (vgl. ebd.). Dieselbe Mitarbeiterin eines freien Trägers machte darüber hinaus gute Erfahrungen damit, Menschen die für ihr Engagement notwendigen Ressourcen unbürokratisch anzuvertrauen, um es ihnen damit im Rahmen eines Angebots des Trägers zu ermöglichen, sich einzubringen. Sie erzählte von einem positiven Schneeballeffekt in Sachen Engagement durch die Einbeziehung ukrainischer Frauen in die Organisation eines Familienfestes. Die Frauen erhielten von ihr ein Budget für das Backen von Kuchen. Dabei blieb es aber nicht: Sie übernahmen Verantwortung für die Ausgestaltung der gesamten Veranstaltung, sorgten außerdem für Dekoration und kamen in ihren traditionellen Trachten. Zudem bereiteten über die angesprochenen Frauen hinaus insgesamt 15 Aktive das Fest vor, brachten dann ihre 30 Kinder und diese wiederum ihre Klassenkamerad*innen mit, die aktiv an den angebotenen Workshops zur politischen Bildung teilnahmen. Hier waren sicherlich das entgegengebrachte Vertrauen und der Einsatz von Ressourcen erfolgreiche Hebel zur Ermöglichung von Ehrenamt (vgl. ebd.). Mit einer geringen finanziellen Unterstützung, ob in Form einer Mikroförderung oder der Erstattung von Fahrtkosten, lässt sich ehrenamtliches Engagement ermöglichen und stimulieren.

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Unterstützung von Ehrenamt sind Treff- und Anlaufpunkte für organisierte Engagierte, insbesondere für Jugendliche, aber auch für Senior*innen.¹⁵ Das Jugendforum als niedrigschwelliges Mitbestimmungsgremium ist aus Sicht der befragten Jugendlichen die einzige Anlaufstelle, wenn man sich politisch engagieren will (vgl. FJE2). Dazu kommen Veranstaltungen, die dazu dienen, Jugendliche über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren (z.B. *WAKE up*, *Jugendkulturnacht*). Für eine befragte Jugendliche war dies der Initialpunkt ihres Engagements, als sie beim *WAKE up* (siehe 5.2.3) an Workshops teilnahm, sich dann in eine Interessent*innenliste eintrug und seitdem fester Bestandteil des Jugendforums ist (vgl. FJE2). Ansonsten gäbe es kaum Anlaufstellen in Eisenach, wo sie sich über Beteiligungsmöglichkeiten informieren könne (vgl. FTW).

Oft würden Jugendliche im öffentlichen Raum in Eisenach als Störfaktor wahrgenommen (vgl. MJV).¹⁶ Um darauf aufmerksam zu machen, fand unter anderem die *Jugendkulturnacht* statt (vgl. ebd.) (siehe 5.2.3, S. 42). Für Selbstorganisation würden keine altersgeeigneten Treffpunkte zur Verfügung stehen, in denen sich die Jugendlichen sicher fühlten (vgl. ebd.). Eine Befragte führt aus, dass zum Beispiel öffentlichen Cafés diese Sicherheit nicht immer böten, da nicht immer klar ist, ob dort auch Neonazis als Stammkunden ein- und ausgingen (vgl. ebd.). Ansonsten gebe es nur einen vom Zentrum abgelegenen, nach Aussagen der Jugendliche für sie schwer erreichbaren Raum, den Nachbarschaftstreff, das Büro der Linken und den Demokratieladen (welcher jedoch noch nicht in regelmäßigen Betrieb sei). Beim ansässigen Jugendclub stünde für spontane Anfragen meist kein Raum zur Verfügung. Befragte Jugendliche glaubten, dass das womöglich auch so gewollt wäre (vgl. FJE2). Außerhalb Eisenachs ergibt sich ein ähnliches Bild, wohingegen die Demokratiewerkstatt in Bad Salzungen als niedrigschwelliger Begegnungsort bereits etablierter und regelmäßiger genutzt zu sein scheint.

¹⁵ Zum Beispiel die Computersenioren aus Bad Liebenstein: Diese Initiative wurde von einer fünfund-siebzighjährigen Frau ins Leben gerufen, die Senior*innen in Zeiten schließender Bankfilialen die Selbstversorgung, z.B. durch Online-Banking, ermöglichen will. Der einzige Raum, den sie fanden, kostet pro Treffen 50 Euro, sodass die Frau permanent vor allem damit beschäftigt sei, die Miete zusammenzukriegen, damit die Treffen dort stattfinden können (vgl. FTW).

¹⁶ Dies führte in der Vergangenheit zu einem Aushandlungsprozess in Form von Gesprächsrunden zwischen Vertreter*innen des Jugendforums und der zuständigen Behörden, um Lösungen zu finden.

Für die Partnerschaften für Demokratie kann es sich lohnen, genauer zu prüfen, welche Barrieren für den Zugang zu Engagement und welche Bedarfe darüber hinaus bestehen. Wie kann der Demokratieladen in Eisenach zu einem niedrigschwelligen, selbstorganisierten Treffpunkt z.B. für Jugendlichen werden (siehe 6.1.1, S. 57)? Welche Ressourcen braucht es, um Engagement anzuregen? Können unkomplizierte Kleinstförderungen Initiativen ermutigen, sich zu engagieren?

Ressource: Mobilität und Integrierung der Engagementstrukturen

Die Einkreisung Eisenachs in den Wartburgkreis birgt viele Potentiale für die beiden Partnerschaften für Demokratie, weil dadurch politische Grenzen, die in Widerspruch zur Lebenswelt von Engagierten (insbesondere Jugendlichen) stehen, nun leichter überwunden werden können. Dabei gilt es, die strukturelle Veränderung in eine alltägliche Praxis zu überführen. Die Partnerschaften sind etablierte, erfahrene Strukturen mit lokaler Verankerung, die bereits Schritte gehen, um diese Praxis zu etablieren. Dies passiert durch einen intensiven, kollegialen Austausch miteinander (vgl. MFTE). So wurde beispielsweise ein einheitlicher Antrag auf Projektförderung eingeführt, der für beide Partnerschaften gilt. Leider scheint das den Zielgruppen nicht immer bekannt zu sein. Einige Befragte schilderten, dass die Teilung in zwei Partnerschaften die Arbeit der Projektumsetzenden teilweise behindere und dazu führe, dass die eigentlichen Zielgruppen nicht immer von den Projekten profitieren können. Eine leitende Mitarbeiterin eines freien Trägers erzählte von einem Projekt, in dem Schüler*innen aus dem Gebiet der einen Partnerschaft zu einer Veranstaltung einen vergünstigten Eintrittspreis erhielten, die aus dem Gebiet der anderen Partnerschaft aber den vollen Preis bezahlen mussten (vgl. MFT). Eine andere Projektumsetzende erklärte, wenn sie ein Projekt für beide Gebiete realisierte, musste sie früher zwei unterschiedliche Formulare ausfüllen, in zwei Begleitausschüsse gehen und genau darauf achten, für wie viele Kinder in Eisenach und im Wartburgkreis beantragt wurde und nur so viele entsprechend mitnehmen. Letzteres decke sich nicht mit ihrem Arbeitsalltag (vgl. KSE). Da diese Erzählung in Zusammenhang mit Gründen diskutiert wurde, warum keine weiteren Anträge im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie gestellt werden, empfiehlt sich zu prüfen, ob Verfahrenserleichterungen gut genug an die jeweiligen Zielgruppen kommuniziert wurden (siehe 6.2.1, S. 61) bzw. ob weitere Erleichterungen sinnvoll und möglich sind (z.B. die Prüfung von Projektanträgen für beide Partnerschaften durch nur einen Begleitausschuss; siehe 6.4, S. 66).

Mehrere Befragte sehen weiteres Potential in der Restrukturierung der Partnerschaften für Demokratie: Die bisherige räumliche Aufteilung sei ungünstig (vgl. JAW, MJV). Eine Partnerschaft hätte mit Eisenach und Wutha-Farnroda eine verhältnismäßig kleine Fläche, während die andere für den ganzen restlichen Wartburgkreis verantwortlich sei. Dies sei mit den gegebenen personellen Ressourcen nicht zu schaffen (vgl. JAW). Eigentlich sei nicht die politische, sondern mit dem Rennsteig die geografische Grenze ausschlaggebend. Daher plädieren einige Befragte für eine Aufteilung der Fördergebiete in einen nördlichen und einen südlichen Teil des Wartburgkreises (vgl. MBW, VWV). Andere wiederum empfinden die aktuelle Trennung beider Partnerschaften als hinderlich für die Ermöglichung von Partizipation (vgl. JAW) und plädieren für deren gänzliche Aufhebung. Ein befragter Politiker aus dem Wartburgkreis bestätigte diese Ansicht und sprach von bereits bestehenden Verwebungen, die nicht vor politischen Grenzen Halt machen würden und davon, dass man sich gegenseitig ergänzen könne (vgl. WBD).

Deswegen sehe er auch die bereits vorangetriebene Vernetzung zum Thema Jugendbeteiligung in beiden Partnerschaften für Demokratie als positiven Anfang und unterstütze das (vgl. ebd.).

Die Verwehungen passierten automatisch aufgrund der Rahmenbedingungen für Jugendbeteiligung. Jene seien in Eisenach günstiger (vgl. MKB2): eine höhere Anzahl Jugendlicher auf kleinerem Raum sowie kurze Wege zwischen zuhause, Schule und dem Ort des Engagements, die mit Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr bewältigbar sind (vgl. ebd.). Im Wartburgkreis sei das kaum möglich. Die Dezentralität führe zu unzumutbaren Distanzen, um sich zu treffen oder jugendspezifische Angebote wahrzunehmen (vgl. MBW, EKE). Hinzu kommt der eingeschränkte öffentliche Nahverkehr, der es insbesondere Minderjährigen im ländlichen Raum kaum ermöglicht, am späten Nachmittag von ihrem Heimatdorf aus zu Angeboten (vgl. FTW) oder zum Beispiel nach Bad Salzungen zur Sitzung des Jugendforums zu kommen. Einige Jugendliche gehen in Eisenach zur Schule, wohnen aber im Wartburgkreis. Aufgrund der eben aufgeführten Barrieren und des Umstandes, dass die eigene Bezugsgruppe, in der man sich engagieren will, eher an der Schule als am Heimatort angedockt ist, passiere es öfter, dass sich Jugendliche im Eisenacher Jugendforum oder gar in beiden Jugendforen engagieren (vgl. FJE1). Die persönliche Überschneidung habe auch einen positiven Effekt, weil dadurch ein intensiver Austausch sowie Vernetzung stattfinde und die Jugendforen voneinander lernen (vgl. MJV).

In diesem Sinne könnte diskutiert werden, ob und wie sich die zwei Jugendforen miteinander verbinden lassen. Ein vielversprechender Lösungsansatz besteht darin, sich an den jugendlichen Lebenswelten, wie zum Beispiel ihrem Heimatort, zu orientieren, anstatt bereits engagierte junge Menschen an einem zentralen Ort zu versammeln. Bei Veranstaltungen habe man gute Erfahrungen damit gemacht, die Jugendlichen gebündelt zum nächsten Ort zu fahren (vgl. MWV2). Wie das aussehen kann, schildert eine Mitarbeiterin im Wohlfahrtsverband:

„Wenn die [Jugendlichen, Anmerk. d. Aut.] jetzt von Geisa und allen Orten dahinter kommen und da erstmal über eine Stunde hinreisen müssen - das wird nicht passieren. Heißt man kann ja trotzdem das Jugendforum [...] am Leben halten, indem man die Jugendlichen hier aus unserer Region [...] anspricht und einbezieht, ohne dass sie an diesem Standardtreffen mit teilnehmen, sondern dass die einfach anderweitig Projekte realisieren können. [Die letzte Verantwortliche fürs Jugendforum, Anmerk. d. Aut., siehe 5.2.3, S. 45] die kam dann auch mal in den Jugendclub Otzbach gefahren. Alle Jugendlichen, die von uns interessiert waren, haben wir mit dorthin gebracht und dann wurde dort im Kleinen wieder was besprochen, was für die kleinen Dörfer super zutreffend ist, weil letztendlich ist ja da die Demokratieförderung auch wieder wichtig und war ja auch notwendig. Dann hat es auch funktioniert. Aber ich glaube in der Zeit, wo sie jetzt weg ist und wir jetzt keinen Ansprechpartner haben, ist deswegen auch nichts passiert.“
(ebd.)

Dieser dezentrale Ansatz zur Implementierung von Jugendbeteiligung ermöglicht es, junge Menschen zu erreichen, die bereits engagiert oder daran interessiert sind, aber bisher nicht auf die Partnerschaften für Demokratie aufmerksam geworden sind bzw. nicht den Weg zu ihnen gefunden haben. So kamen sie bei Veranstaltungen darüber ins Gespräch, was sich bei ihnen vor Ort ändern soll und was ihre Bedarfe sind und entwickelten teilweise konkrete Projektideen daraus, z.B.:

*„In diesem Dorf, [...] da waren wirklich total unpolitisierte Jugendliche, die gerne im Angelverein sind. Und ich habe dann mit denen erstmal angefangen zu sammeln: Wo engagiert ihr euch eigentlich? Und dann ist ihnen nichts eingefallen. Dann habe ich sie gefragt, in welchem Verein sie aktiv sind. Dann haben wir festgestellt, dass jeder von denen in mindestens ein, zwei, drei Vereinen aktiv war oder ist und dann das rauszuarbeiten: ‚Ey, ihr engagiert euch da und ihr macht ja auch eine Form von Demokratie und Beteiligung, weil ihr da ja auch in Gremien gewählt werdet‘. Da waren Stellvertreter von Vereinen da, die haben das aber gar nicht realisiert, dass sie da Teil einer demokratischen Institution sind. Und da habe ich gemerkt, [...] da muss man wirklich ganz an den Wurzeln anpacken, und das wirklich mit naja, teilweise 18-, 19- Jährigen. Für die halt Demokratie nur bedeutet: Ich gehe wählen und das mache ich eh nicht, weil wen soll ich denn wählen, ist eh alles *****. [...]und dann haben die auch ziemlich schnell verstanden: ‚Ah ok, ich kann halt über den Jugendfonds nicht einfach nur Barhocker für meinen Jugendclub kaufen. Aber ich könnte mir ja mal überlegen, ob ich einen coolen Workshop mach, wo wir zusammen Barhocker basteln zum Beispiel. Und dabei mal ins Gespräch darüber kommen, warum es uns eigentlich so wichtig ist, dass wir hier alle abends zusammenkommen, dass wir diesen Anlaufpunkt hier haben [...]. Überlegt euch mal, warum trifft ihr euch hier gerne? Was braucht es, wo fühlt ihr euch ein bisschen allein gelassen? ‘ Also da die richtigen Fragen zu stellen, hat glaube ich schon relativ viel gebracht.“ (MJV)*

Hierbei ist der gegenseitige Austausch wertvoll, weil er dabei hilft, sich zu vernetzen, zu bestärken und Bedarfe zu bündeln. Eine dezentrale Struktur ließe sich auf alle Engagierten ausweiten und ist bereits in den Handlungskonzepten vorgesehen (vgl. Denk bunt 2022, S.3). So gäbe es regionale Schwerpunkte in Kooperation mit einem Träger vor Ort an der Basis (siehe 6.1.2, S. 59 ; 6.3.4, S. 66). Das sind beispielsweise Vereine in Dörfern oder dem Quartier, in denen Jugendliche und Erwachsene ohnehin bereits engagiert seien (vgl. MBW). Diese sind eine wichtige Ressource.

Ressource: Demokratiebildung in Social Media

Eine weitere Möglichkeit, die räumlichen Distanzen im Landkreis zu überwinden, bieten digitale Medien. Die Partnerschaften für Demokratie sind hier bereits sehr aktiv. Zudem sind auf diversen Social Media Plattformen Diskursräume entstanden, in denen über Themen diskutiert wird, die im Zielkorridor der Partnerschaften liegen: die Vermittlung demokratischer Werte, Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen. Social Media ist damit eine große Ressource und ein relevantes Handlungsfeld für die Partnerschaften für Demokratie.

Insbesondere hinsichtlich Hassrede, Falschmeldungen und Hetze in digitalen Räumen wünscht sich ein Befragter, dass die Partnerschaften mehr Ressourcen erhalten, um dem „Angriff auf die Demokratie“ in den sozialen Medien etwas entgegenzusetzen. Hier finde er die meisten demokratiefeindlichen Inhalte, die vielfach unwidersprochen blieben. Genau hier sollten die Partnerschaften für Demokratie (mit entsprechenden finanziellen Ressourcen ausgestattet) verschiedene Schaltstellen in sozialen Netzwerken übernehmen und "einfach mal diesem ganzen Populismus die Stirn bieten". Hier könne man mit Fact Sheets oder kleinen Videos mit bekannten Personen klar und verständlich falsche Aussagen entkräften, gesicherte Informationen verbreiten und populistischen wie rechtsextremen Inhalten oder Verschwörungserzählungen entgegentreten. (vgl. LST)

Dies ist bereits in den Handlungskonzepten der Partnerschaft für Demokratie „Denkbunt“ als Aufgabe identifiziert (vgl. 2022) (siehe 6.3.3, S. 65).

5.1.3 Angebote kultureller und politischer Bildung

Erklärtes Ziel der Partnerschaften für Demokratie (vgl. Denk bunt im Wartburgkreis, 2022, Mittlerziel II.II) ist die Erprobung innovativer Formate, um Bewohner*innen des Landkreises politisch zu beteiligen. Dafür sollen Informationsangebote bereitgestellt und gefördert werden, die der Demokratiebildung und Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen dienen. Hierzu gehört auch die Aktivierung der oben beschriebenen abwägenden Mitte (vgl. 5.1.1, S. 23). Allerdings zeigen die Befragungen, dass Veranstaltungen mit einer klar kommunizierten, (bildungs-)politischen Ausrichtung oder mit dem Label „Demokratieförderung“ den immer gleichen, kleinen Kreis von Menschen ansprechen, der sich womöglich ohnehin bereits engagiert (vgl. FTW, LST, VVV, MWA). Auch bezüglich der Bündnisarbeit gegen Rechtsextremismus schaffe man es nicht, den kleinen Personenkreis auf alle großen zivilgesellschaftlichen Akteure und Parteien zu erweitern. Manchmal habe man das Gefühl, es sei gar nicht so viel engagierte Zivilgesellschaft da (vgl. MWA). In diesem Kontext liegt die Vermutung nahe, dass politische Veranstaltungen aufgrund der oben genannten Befürchtungen bei der „abwägenden Mitte“ auf Desinteresse und Ablehnung stoßen könnten. Daher ist die konzentrierte Ansprache besonderer Zielgruppen eine weitere wichtige Ressource.

Ressource: Refokussierung der Zielgruppen

Konkret wurde eine Ausrichtung der Angebote auf die folgenden Zielgruppen vorgeschlagen:

1. Menschen, die auf der "demokratieabgewandten Seite" (LST) stehen. Die Zielgruppe charakterisiere sich dadurch, dass sie eine Abneigung gegen das Parteiensystem und/oder keinen Zugang zu bzw. Interesse an Themen der Demokratie und Politik habe (vgl. ebd.).
2. Lehrer*innen als Multiplikator*innen sowie Schüler*innen. Für Demokratiebildung und Beteiligung sei das Erlernen von Grundwerten für ein tolerantes, respektvolles Miteinander essenziell (vgl. SSE). Schulen fungierten hier als ein exponierter Ort, denn dort lerne man die Grundwerte, die nicht immer zuhause mitgegeben würden und die eine wichtige Grundlage für tolerantes Miteinander im gesamten Leben seien (vgl. ebd.). Daher seien die Lehrkräfte eine wichtige Ressource, auch wenn sie nur einen kleinen Teil der Gesellschaft abbildeten (vgl. LST). Auch die Schüler*innen selbst seien eine wichtige Zielgruppe, denn sie könne man oft im Gegensatz zu ihren Eltern über Projekte erreichen (vgl. MWC). Dies ist bereits im Handlungskonzept von Denk bunt verankert (vgl. u.a. MZI.I, Punkt c).
3. Breit in die Gesellschaft wirkende und lokal verankerte Institutionen wie Kirche, Sportvereine oder Feuerwehr (siehe 6.3.4, S. 66).

Ressource: Angebote politischer und kultureller Bildung

Vor dem Hintergrund des Wunsches, mehr und diversere Menschen zu erreichen, sind veranstaltungsbasierte Angebote politischer und kultureller Bildung eine gute Möglichkeit.

Das folgende Kapitel fokussiert darauf, wie die Veranstaltungen ausgerichtet sein müssten¹⁷, damit sie Resonanzräume für die beschriebene abwägende Mitte herstellen können. Kombiniert wird dies mit Best-Practice-Beispielen lokaler Veranstaltungen. Dabei gibt es bereits erfolgreiche und erprobte Formate im Wartburgkreis, die es zu adaptieren und auszubauen gilt. Hinsichtlich der beschriebenen Entfremdung zu politischen Entscheidungsfindungsprozessen empfiehlt sich eine „Eventisierung“ von Bildungsangeboten, mehr Angebote zur Qualifizierung und Orientierung sowie Partizipationsprozesse, die Gedanken und Bedarfe ermitteln, zum Handeln motivieren und ergebnisoffene Selbstwirksamkeitserfahrungen zulassen. Eine mögliche Antwort auf die Polarisierung des Diskurses sind niedrigschwellige Begegnungsformate und öffentliche Interventionen, die Gespräche außerhalb des eigenen Bezugskreises anregen, ein Zuhören und Eintauchen in andere Lebenswelten stimulieren und womöglich auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen.

Aus der Befragung ergeben sich folgende Strategien und Best-Practice-Ansätze:

1. „Eventisierung“ der Bildungsangebote

- Der Leiter einer Stiftung schildert, dass an einer Abendveranstaltung zum Thema Klimapolitik oder Kultur 14 Leute teilnehmen. Organisiere er eine Veranstaltung, z.B. über das Bruce Springsteen Konzert in der ehemaligen DDR, die damit stark an der Lebenswelt der Zielgruppe anknüpfe, komme das Zehnfache an Besucher*innen zusammen (vgl. LST). Sein Schluss: „Wir müssen eigentlich Bildungsveranstaltung machen, die bloß nicht wie Bildungsveranstaltungen wirken dürfen. [...] Da muss ein Bildungsteil hinten dranhängen, der den Leuten auch irgendwie was vermittelt, aber sonst muss es irgendwas sein, was sie fetzig finden.“ Das „Fetzige“ könnte ein „Door Opener“ sein für die Menschen, die „sich gewöhnlicherweise bei dem Wort „Demokratie“ oder „Demokratieförderung“ oder „Extremismusprävention“ sofort schon sozusagen auf ihrer Couch verkriechen möchten“ (ebd.). Das könne eine überregional bekannte Persönlichkeit sein, an der Menschen vor Ort interessiert sind und der sie gern zuhören würden.
- *Gutes Beispiel vor Ort: Rock am Berg.* Das langjährige, anfänglich durch die Partnerschaften für Demokratie geförderte Projekt ist ein gutes Beispiel für das Zusammenbringen eines attraktiven Events mit Bildungsangeboten. Über 30 überregional bekannte Bands spielen an drei Tagen. Umrahmt wird dies mit Vorträgen von bekannten Politiker*innen und Aktivist*innen sowie mit Workshops: „Also da erreichst du wirklich mal 400 Leute, die dann still vor so einer Festivalbühne sitzen und halt den Referentinnen da auch zuhören“ (PLF). Im Publikum sind, auch uneingeladen, Landtags- und Bundestagsabgeordnete sowie Staatssekretär*innen von (fast) allen Parteien.

2. Veranstaltungen mit Orientierungscharakter

- Es fehle an Formate zu den großen gesamtgesellschaftlichen Themen, die alle betreffen. Die demokratischen Parteien konzentrieren sich immer mehr auf den politischen Wettstreit. Darüber verlören sie den Zusammenhalt in den großen gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen. Dies führe zu keiner klaren Linie und damit zu Desorientierung vieler. Bei großen Fragen wie Zuwanderung, Demokratie oder Extremismus, die natürlich auch Auswirkungen auf den Kreis haben, fehle die lokale Übersetzung und Anbindung (vgl. LST): Was hat das mit mir zu tun? Wie können wir lokal darauf reagieren?

¹⁷ Für weitere Inspiration siehe 6.2.3, S. 62.

Hier sollten Veranstaltungsformate ansetzen, entsprechende Fragestellungen aufgreifen und einen klaren lebensweltlichen Bezug herstellen.

- *Gute Formate vor Ort: Gaisaer Schlossgespräche*. In diesem Informationsformat werden gesamtgesellschaftlich relevante Themen lokal übersetzt, z.B. durch Fragestellungen wie: Was hat der Ukraine-Krieg mit uns hier vor Ort zu tun? (vgl. Redaktion Rhönkanal, 2022). Namenhafte bundesdeutsche Expert*innen, wie die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth oder der F.A.Z.-Herausgeber Jürgen Kaube führten ein moderiertes Gespräch (vgl. o.A., 2021).

3. Niedrigschwellige, lokale Begegnungsorte

Eine Lösung sind in den Augen der Befragten organisierte, niedrigschwellige Begegnungen; Räume und Formate, wo Menschen außerhalb ihrer Bezugskreise in den Austausch miteinander kommen und Toleranz üben können (vgl. JAW, FTW, KE, EKE). Menschen möchten das Gefühl bekommen, ihnen wende sich jemand zu, es kümmere sich jemand um sie (vgl. FTW), man höre ihnen zu (vgl. KE). Begegnungsorte zeichnet aus, dass man niedrigschwellig miteinander in Kontakt kommen kann, ohne thematische Vorgaben.

Gute Formate vor Ort: Demokratiewerkstatt, Nachbarschaftstreff und Café der Herzen. Im Café der Herzen bekommen alle Besucher*innen ein kostenloses Essen (vgl. Müller, 2023). Dort könne man außerhalb der eigenen Blase ins Gespräch kommen (vgl. VVV). Auch beim *Nachbarschaftstreff* in Wutha funktioniere die Begegnung inmitten eines sozialen Brennpunkts, einer Plattenbausiedlung. Ein Bürgermeister betont, dass es ein ganz wichtiges Projekt für die Gemeinde sei (vgl. BMW). Es sei der einzige Raum dieses Wohngebiets, in dem doch viele Menschen auf sehr engem Raum wohnen, um sich zu treffen und sich auszutauschen. Dadurch gebe es ein Miteinander und die Chance, moderiert den Abbau von Vorurteilen anzustoßen (vgl. MVV). Dort kämen Senior*innen mit Menschen mit Migrationsgeschichte zusammen. Dort gäbe es Nachbarschaftshilfe, die Möglichkeiten zur Betätigung im Garten, Angebote zum Sprachlernen (vgl. MFTE). Ein Beispiel, das aus diesem Ort heraus entstand: Als die Wohnungen über die Corona-Pandemie zu klein zu werden drohten, kam die Idee auf, ein gemeinsam erstelltes Buch herauszubringen, in dem unterschiedliche Rezepte der Bewohner*innen des Wohngebiets zusammengetragen wurden. Diese haben sich sehr gefreut, in Begegnung zu kommen und die eigenen Lebenswelt dann in einem Buch wiederzufinden (vgl. MVV).

4. Partizipationsveranstaltungen

- *Gute Formate vor Ort*: Hier werden die *Demokratiekonferenzen* genannt oder auch *Pimp your town* in Bad Salzungen (vgl. KSB, FTW). Die *Demokratiekonferenzen* sind Momente, in denen Bedarfe und Ideen entwickelt werden, aber auch ein wichtiger Ort zur Sichtbarmachung des Netzwerks. Die Konferenzen werden als eine gute Möglichkeit gesehen, die Vernetzung weiter voranzutreiben (vgl. JAW).

- *Pimp your town* (vgl. o.A., 2023) war ein mehrtägiges Planspiel, in dem Schüler*innen in die Rolle von Kommunalpolitiker*innen schlüpfen. Sie bereiteten ihre eigene Stadtratssitzung vor, berieten Anträge, trafen Entscheidungen und legten sie schlussendlich auch der lokalen Politik vor. Daraus ergibt sich ein Mehrverständnis, wie Lokalpolitik funktioniert, eine Sammlung von jugendlichen Bedarfen samt Projektideen sowie zukünftige Anknüpfungspunkte für Beteiligung (vgl. FTW).

5. Öffentliche Interventionen

- *Gute Beispiele vor Ort: ToleranzRäume, Marktgespräche, Videoinstallation in der Karlstrasse von Hans Ferenz.* Auf dem Marktplatz in Eisenach fand eine Ausstellung zum Thema *ToleranzRäume* (vgl. Anduschus, 2023) statt. Im Rahmenprogramm gab es eine Veranstaltung namens "Im Gespräch mit..." (o.A., 16.10.2023). Dort berichteten engagierte Menschen aus den verschiedensten Bereichen über ihre Erfahrungen und Herausforderungen mit Vielfalt und Toleranz und äußerten ihre Wünsche für einen respektvollen Umgang miteinander. Die *Marktgespräche* sind eine andere Form der öffentlichen Intervention. Mithilfe einer Moderation werden bestimmte Fragen gestellt, zu der sich die Menschen je nach Antwort an eine bestimmte Position stellen sollten. Die sich daraus ergebenden, bunt gemischten Grüppchen redeten dann weiter. Die Fragen changierten zwischen lebensweltlichen (Trinkst du morgens am liebsten Kaffee oder Tee?) bis hin zu politischen (vgl. MSE).

Die Wichtigkeit von Bildungsangeboten und niedrigschwelligen Begegnungsformaten für die Stärkung der Demokratie und das gesellschaftliche Miteinander ist unumstritten. Vorgestellte Veranstaltungen sind erfolgreich, weil sie an den Lebenswelten der Menschen anknüpfen. Dies kann durch unterschiedliche Wege geschehen, wie durch die "Eventisierung" von Bildungsinhalten, die dadurch ein breites Publikum anspricht und zur politischen Teilhabe motiviert. Beispiele wie *Pimp your town* und "Rock am Berg" verdeutlichen, dass kreative und inklusive Ansätze ein tieferes Verständnis für politische Prozesse fördern. Zudem ist eine Fokussierung auf bestimmte Zielgruppen, wie etwa auf demokratieskeptische Personen oder Bildungseinrichtungen, um spezifische Herausforderungen anzugehen, sinnvoll. Die Rolle lokal verankerter Institutionen und die Gestaltung resonanzfähiger Bildungsangebote sind zentral, um Desorientierung zu bekämpfen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu schaffen. Folgendes Kapitel knüpft mit der speziellen Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen an diese Thematik an.

5.2 Kinder- und Jugendbeteiligung

Kinder und Jugendliche sind für die Partnerschaften für Demokratie im Rahmen ihrer Demokratie- und Engagementförderung eine zentrale Zielgruppe. Ihre Beteiligung zu verankern und zu befördern, ist eines der Hauptanliegen von „Demokratie leben“ (vgl. Denk bunt, 2022, MZII.I; Vielfalt tut gut, 2022, MZ2). Im Folgenden werfen wir einen genaueren Blick auf die Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendbeteiligung vor Ort, angefangen beim Verständnis relevanter Akteur*innen von Partizipation, über die Implementierung von Kinder- und Jugendbeteiligung in kommunalen Strukturen, bis hin zur Frage, wie Beteiligungsmöglichkeiten in der Praxis von jungen Menschen wahrgenommen werden.

In der folgenden Analyse zeigt sich, dass sich der überwiegende Teil der gemeinsamen Gespräche auf die Beteiligung von Jugendlichen konzentriert. Es liegt in der Natur der Sache, dass Jugendliche sowohl in Hinblick auf die Altersspanne als auch hinsichtlich der Intensität der Auseinandersetzung mit Partizipation deutlicher zu Tage treten. Gut gemachte Kinderbeteiligung ist grundsätzlicher und findet in den Institutionen frühkindlicher und kindlicher Bildung statt, während Jugendliche und junge Erwachsene sprechfähiger sind und einen Organisationsgrad erlangen können, der sie und ihre Interessen im öffentlichen Diskurs sichtbar macht. Auch wenn sich die methodischen Zugänge voneinander unterscheiden:

Rechtlich definiert die UN-Kinderrechtskonvention genau wie unser nationales Kinder- und Jugendhilfegesetz Beteiligung als ein Grundrecht junger Menschen (Kinder und Jugendliche) gleichermaßen. Aus diesem Grund schreiben wir stets von Kinder- und Jugendbeteiligung, auch wenn in den Gesprächen häufiger Jugendliche im Fokus stehen.

5.2.1 Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung

Ressource: Gemeinsam geteiltes Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung

Alle Befragten im Wartburgkreis erkennen an, wie wichtig Kinder- und Jugendbeteiligung ist und sein wird (siehe 5.1.2., S. 26). Die tiefergehende Befragung offenbart allerdings ein vielschichtiges Spektrum an Verständnissen und Praktiken zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Einordnung der Verständnisse ist entscheidend, um die Nuancen und Herausforderungen in der Förderung einer authentischen Partizipation junger Menschen zu verstehen. Für diese Einordnung beziehen wir uns auf die Partizipationsleiter von Hart (1997). Dieses anerkannte Modell bietet eine Verortung verschiedener Qualitätsstufen von Partizipation, welche von Fremdbestimmung bis hin zu Selbstverwaltung reicht. Diese Leiter ist ein hilfreiches Instrument der (Selbst)einschätzung des Partizipationsverständnisses. Es hilft Organisationen dabei einzuschätzen, inwieweit Beteiligung bei ihnen strukturell und situativ bereits implementiert ist. Grundsätzlich sollten hohe Stufen gestärkt und ausgebaut werden. Die niedrigen Stufen bieten Anlass über Verbesserung nachzudenken (siehe Abbildung 14).

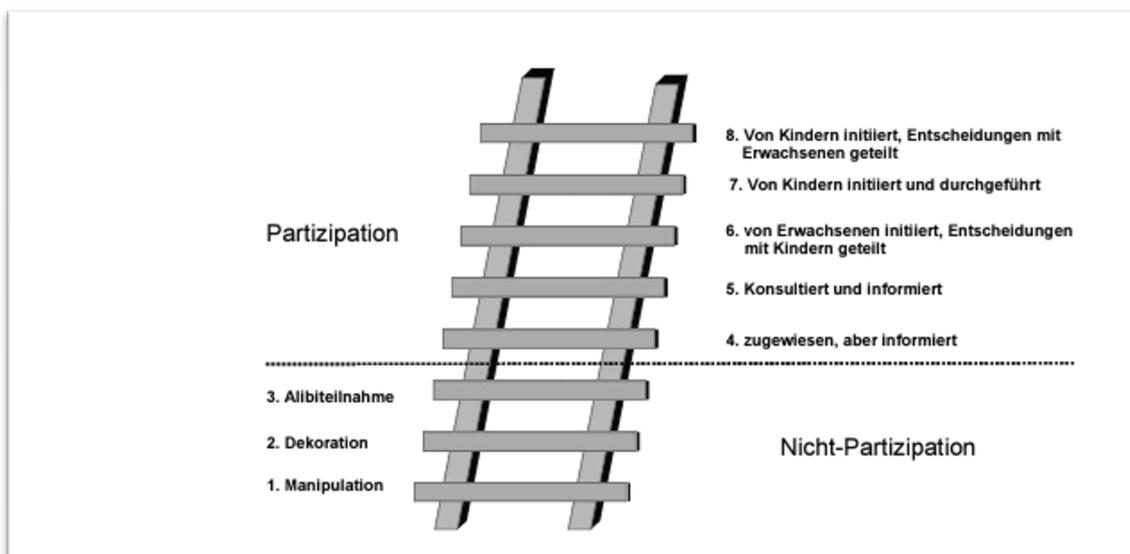


Abbildung 14: Stufen der Partizipation nach Hart (Bertelsmann Stiftung, 2008, S. 10)

Auf der untersten Ebene der Mitbestimmung befinden sich Fremdbestimmung, Dekoration und Alibi-Beteiligung. Bei den ersten drei Stufen handelt es sich um Nicht-Partizipation. Bei der *Fremdbestimmung* und der *Dekoration* werden Kinder und Jugendlichen zu einem Prozess eingeladen, ohne Einblick zu bekommen, wieso bzw. wozu sie etwas tun. Sie haben keinen Einfluss auf die Entscheidungen oder die Ergebnisse. Ihr Handeln ist fremdbestimmt, im schlimmsten Fall werden sie gar instrumentalisiert. Bei der *Alibi-Beteiligung* nehmen Kinder und Jugendliche zwar freiwillig an einer Aktivität teil, haben aber nur scheinbar eine Stimme mit Wirkung. Ihre Teilnahme beschränkt sich also auf das Anwesend-Sein. (vgl. Stange et. al., 2020, S. 47)

Diese untersten Stufen der Partizipationsleiter begegneten uns oft in der Befragung. Eine leitende Mitarbeiterin eines freien Trägers (vgl. MFT) antwortet auf die Frage, wie Kinder und

Jugendliche bei ihr partizipieren können, dass sie bei ihr vor Ort ein Angebot vorstellen, woran dann teilgenommen werden könne. Dadurch praktizieren Kinder und Jugendliche Partizipation, aber es sei nicht so, dass sie sich gemeinsam hinsetzen und zusammen demokratisch entscheiden würden. Ihre Aussage unterstreicht, dass selbst in einer Organisation, die professionell mit jungen Menschen arbeitet, nur begrenzte, vordefinierte Verfahren stattfinden können, die kaum Raum für echte Mitgestaltung lassen.

Einen anderen Aspekt führt eine leitende Mitarbeiterin eines Jugendhauses aus (vgl. JHE): Partizipation habe ihrer Erfahrung nach Zugangshürden. Kinder und Jugendliche müssen erst bestimmte Bedingungen erfüllen, damit Beteiligung vor Ort möglich wird. Sie schildert, dass Beteiligung im Kinder- und Jugendclub wichtig sei und auch bei den Kindern „mitlaufe“ (ebd.). Allerdings wären viele Jugendliche männlich mit Migrationshintergrund, da halte sie es aufgrund der Sprachbarriere für schwierig. Aber zu erlernen, sich an die bestehenden Regeln halten, befähige die jungen Männer. Auch hier würde Demokratieverständnis mitschwingen. Selbst aktiv zu werden und oder gar eigene Ideen oder Projekte zu verwirklichen, geschehe gerade eher weniger und wird als besonders herausforderungsvoll beschrieben. Die Kinder in ihrem Jugendhaus wiederum seien nicht alt genug und nehmen gern angebotene Aktivitäten an, wollen aber lieber spielen und „keine Bildungsaufträge erfüllen“. Allerdings versuchen sie ihnen partizipative Angebote „unterzujubeln“ (ebd.).

Hier drängt sich der Eindruck auf, dass Kinder und Jugendliche ein bestimmtes Alter, Sprachfähigkeit und Kulturverständnis mitbringen müssen, um sich beteiligen zu dürfen. Aus Sicht dieser Befragten muss sich das Recht auf Beteiligung erst durch bestimmte Eigenschaften erarbeitet werden. Aus ihrer Perspektive wollen junge Menschen lieber konsumieren.

Den Eindruck, dass manche Träger der örtlichen Jugendarbeit Empowerment als Haltung noch nicht verinnerlicht haben, bestätigte Befragte (vgl. WBD). Diese Nicht-Partizipation steht im Widerspruch zu angesprochenem Willen junger Menschen mitzugestalten (siehe 5.1.2, S. 26). Ihre Befähigung sowie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen sind eine zentrale und gesetzlich verankerte Aufgabe der Jugendhilfe. Dies macht die Jugendclubs und -häuser zu wichtigen Institutionen, in denen erste, wichtige Beteiligungserfahrungen erworben werden. Daran schließt die Aussage einer anderen Befragten an, die konstatiert, dass der Grund, warum viele Jugendliche den Jugendhäusern fernblieben, eben jener sei, dass Erwachsene überlegen, was Jugendlichen gefallen könne (vgl. MJV).

Auf der nächsten Ebene befinden sich Stufe vier *Teilhabe*, fünf *Zugewiesen*, *Informiert* und sechs *Mitwirkung*. Dies sind Formen der Partizipation, in denen Erwachsene zwar selbst noch zum Beispiel Aktivitäten und Projekte vorbereiten, bei denen Kinder und Jugendlichen aber darüber informiert werden und verstehen, worum es geht bzw. wissen, was das Vorhaben bewirken soll. Auf der Stufe der *Mitwirkung* können Kinder und Jugendlichen im Vorfeld eines Projekts indirekte Einflussnahme üben. Sie werden beispielsweise vorher nach ihren Wünschen und Bedarfen befragt, haben dann aber keine Entscheidungskraft oder Einflussnahme bei der Umsetzung. (vgl. Stange et. al., 2020, S. 46)

In der Befragung antwortete eine Mitarbeiterin beim Kreisportbund (vgl. KSE) auf die Frage, wie Beteiligung in ihrem Träger umgesetzt wird, dass sie sich im Rahmen von Ferienfreizeiten Bedarfe junger Menschen anhöre, versuche ihre Sichtweisen und Ideen miteinzubeziehen.

Oder ein Schulsozialarbeiter (vgl. SSE) schildert, dass Jugendbeteiligung in Schulen aus seiner Sicht nicht den notwendigen Stellenwert bekäme.¹⁸ Er berichtet, dass das Treffen der Klassensprecher vom Vormittag auf den Nachmittag verlegt werden sollte.

Dabei sei er der Meinung, dass Schule ein Ort sein solle, der Demokratie fördern sollte und es damit auch in die Lernzeit gehöre. Auch weil am Nachmittag nicht mehr alle Klassensprecher erreicht werden könnten und andere Freizeitaktivitäten und Verabredungen damit im Konflikt gerieten (vgl. ebd.). Die Aussagen beschreiben hier ein Verständnis von Jugendbeteiligung als Top-Down-Prozess, in dem die Jugendlichen innerhalb eines Sets an von Erwachsenen vorgegebene Möglichkeiten und Rahmenbedingungen eine begrenzte Wahl haben.

Echte Partizipation beginnt erst ab Stufe sieben *Mitbestimmung*. Hier werden die Partizipationsmaßnahmen zwar immer noch von Erwachsenen initiiert, aber alle Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. Auf Stufe acht, der *Selbstbestimmung* werden Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen selbst initiiert. Diese Eigeninitiative wird von engagierten Erwachsenen unterstützt oder gefördert. Die Entscheidungen treffen die Kinder und Jugendlichen selbst; Erwachsene werden gegebenenfalls beteiligt und tragen die Entscheidungen mit. Auf der Stufe neun, der *Selbstverwaltung*, organisieren sich Kinder und Jugendlichen selbst. Sie haben völlige Entscheidungsfreiheit über das Ob und Wie und handeln aus eigener Motivation. Entscheidungen werden den Erwachsenen lediglich mitgeteilt. (vgl. Stange et. al., 2020, S. 46)

Ein Beispiel aus der Verbandsarbeit zeigt, welche Ebenen der *Mitbestimmung* der Sport anbietet. Diese Praxis fördert nicht nur das Engagement, sondern auch das Verständnis für demokratische Prozesse und soziale Integration. Eine Mitarbeiterin eines Kreissportbunds erläutert (vgl. MKB2), dass Sport strukturell schon auf Beteiligung angelegt sei. Junge Menschen würden sehr unerschrocken herangeführt werden. Einmal beim Sport und in der Sportgruppe, wo sie lernen Verantwortung zu übernehmen. Stück für Stück würden Inhalte und Werte vermittelt, die sie dann nach und nach auch mitübertragen bekämen, z.B. indem die Älteren dann selbst einen Aufbau machen, Hilfestellung geben, Jüngere mit heranzuführen. Neben dieser natürlichen, dem Sport inhärenten Partizipation befähige der Kreissportbund seine Vereine darin, dass sie den Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben, einen gewählten Vertreter bestimmen, der ihre Interessen gegenüber dem Vorstand durchbringe. Außerdem seien sie von der Vereinsstruktur her angehalten eigene Unterorganisationen mit einer Sportjugend zu bilden. Ein ähnliches Bild schildern auch Vertreter der Kirche (vgl. EKE), die davon erzählen, dass die Bildung von Unterorganisationen in Form einer jungen Gemeinde angeregt werden. Sport und Kirche, beides sind stark hierarchische Organisationen, die Mitbestimmung vor Ort strukturell verankert haben. Hier gibt es fest vorgegebene Verfahren in deren Rahmen sich beteiligt werden darf.

Auch im politischen Bereich gibt es Möglichkeiten mitzubestimmen. Allerdings bedauert ein befragter Kreispolitiker, dass die vorgegebenen Formate – im Gegensatz zu Schüler*innenvertreter - nicht immer von Jugendlichen genutzt würden (vgl. WBD). Ihre regelmäßigen Einladungen „verpufften“ seiner Vermutung aufgrund des Formats, der (Un)Kenntnis darüber, aber auch dass „eine gewisse Generation von Entscheidungsträgern damit noch nicht so viel anfangen kann, junge Leute selber mitzunehmen“ (ebd.).

Gleichzeitig berichten Jugendliche, dass sie sich in kommunalen Arbeitsgruppen einbringen. Eine Jugendliche (vgl. MJV) nahm bei einer Arbeitsgruppe für den neuen Jugendhilfeplan teil.

¹⁸ Derselbe meint, dass in der von ihm betreuten Schule noch bis vor kurzem Klassensprecher nicht gewählt, sondern vom Lehrer bestimmt wurden (was der Stufe eins der Beteiligungsleiter zuzuordnen ist) (vgl. SSE).

Als sie forderte, dort auch Jugendbeteiligung zu verankern und dies personell abzusichern, stieß sie bei den anderen Teilnehmer*innen auf Widerstand, weil diese nicht bereit waren, dafür Ressourcen einzusetzen: "Ja, aber das müssten wir an anderer Stelle bei uns kürzen". Sie resignierte und blieb den Treffen fern, weil sie keine Bereitschaft zur Veränderung sah. An anderer Stelle berichtete sie, dass sie und andere Jugendliche andere Angebote nicht als ernstgemeinte Einladung zur Mitgestaltung verstehen, sondern als halbherzige Verpflichtung. (MJV)

Die Befragungen machen auch klar, dass wer Jugend-Partizipation will, relevante Kanäle und die richtige Ansprache einsetzen muss. Oft gaben Befragte, auch in anderen Kontexten, an, dass sie zwar Angebote der Mitgestaltung machen, sich aber wunderten, warum sie nicht angenommen würden. Hier braucht es also eine Übersetzungsleistung, damit Mitwirkungsmöglichkeiten bei der entsprechenden Zielgruppe auch ankommen. Genauso wichtig ist aber auch, dass das Wissen um die Relevanz von Jugendbeteiligung für die eigene Zukunft in eine entsprechende Haltung (handelnder) Erwachsener mündet.

Auch die Ebenen der *Selbstbestimmung – bzw. verwaltung* finden laut Befragten im Wartburgkreis in Form von Jugendforen und Jugendkonferenzen statt.¹⁹ Das Jugendforum wird als selbstorganisierte Plattform beschrieben. Es sei ein Anlaufpunkt und eine offene Gruppe, durch Jugendliche auf einer Zukunftswerkstatt initiiert, in der sie selbst Struktur und Inhalte definieren (vgl. FSJE2). Es wurde bewusst als Anlaufpunkt für Engagierte geschaffen, damit Jugendlichen in einem Umfeld, das von starken rechtsextremen Strömungen geprägt ist, eigene Strukturen und Inhalte definieren und somit aktiv zur Stärkung von Demokratie beitragen (vgl. MVJ). Das Forum sei der niedrighschwellige Ort, um sich zu beteiligen, spontan Ideen zu verwirklichen und dafür auch Geld vom Jugendfonds zu bekommen (vgl. FSJE2).

Die Schaffung eines gemeinsam geteilten Verständnisses von Jugendbeteiligung ist eine wichtige Grundlage, damit Jugendliche als Teil engagierter Zivilgesellschaft wirken können. Diese Ressource wird noch nicht vollumfänglich gehoben, da das Verständnis darüber, was Kinder- und Jugendbeteiligung ist, bei den Befragten sehr stark auseinandergeht. Es bildet das gesamte Spektrum von Fremd- bis hin zu Selbstbestimmung ab. Die Analyse verschiedener Blickwinkel auf Jugendbeteiligung zeigt, dass zum Teil ein tiefgreifendes Verständnis und die Förderung von echter Partizipation fehlen. Die Herausforderung besteht darin, Strukturen zu schaffen, die von Fremdbestimmung und Alibi-Teilnahme zu echter Mit- und Selbstbestimmung übergehen.

Dies erfordert zum einen ein Umdenken bei vielen Beteiligten und natürlich auch die Bereitschaft, Macht zu teilen und junge Menschen als gleichberechtigte Partner*innen in Entscheidungsprozessen zu sehen. Diese Haltung muss man sich durch intensive thematische Auseinandersetzung erarbeiten.

Zum anderen brauche es ein gemeinsames verpflichtendes Verständnis von Partizipation für alle Beteiligten, am besten von Seiten der Entscheidungsträger aus initiiert (vgl. MJV). Qualifizierende Maßnahmen können diese beiden Ansätze und den Prozess unterstützen und in der Trägerlandschaft verankern (siehe 6.1.3, S. 60). Hier empfiehlt es besonders den Blick auf Schulen und Jugendhäuser- bzw. clubs zu richten. Sie stellen aufgrund ihres Bildungsauftrags für die Zielgruppe eine wichtige Ressource dar. Gleichzeitig haben sie womöglich noch eine große Entwicklungsmöglichkeit hinsichtlich des Verständnisses und der Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligung.

¹⁹ Für eine genauere Beschreibung und Informationen siehe 5.2.2, S. 34.

5.2.2 Strukturelle Implementierung von Jugendbeteiligung

Aufbauend auf dem Verständnis von Jugendbeteiligung richtet die Analyse ihren Blick auf die tatsächliche strukturelle Integration von Jugendbeteiligung in relevanten Stellen. Dazu gehören der Aufbau von Beteiligungsinstanzen für junge Menschen sowie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für Partizipation seitens der Verwaltung und Politik.

Ressource: Strukturen der Jugendbeteiligung

Im Kreis haben sich mit dem Jugendforum, dem Jugendbeirat sowie den Jugendkonferenzen zentrale Strukturen und Anlaufpunkte für Jugendbeteiligung etabliert. Das ist eine wesentliche Ressource und ein lobenswerter Umstand – auch im Vergleich zu anderen Landkreisen, die nicht über solche Strukturen verfügen. Dabei gibt es zwischen den Partnerschaften für Demokratie in Eisenach/Wutha-Farnroda und im Wartburgkreis Unterschiede.

Jugendforum

Mit mehr als zehn sich konstant engagierenden Jugendlichen ist das Jugendforum in Eisenach etabliert. Mittlerweile differenziert es sich in verschiedene Untergruppen aus, z.B. in eine queere Jugendgruppe. Es finden regelmäßige Treffen statt. Es gibt eine Öffentlichkeitsarbeit, eigene Aktionen und Veranstaltungen wie z.B. die Jugendkulturnacht (siehe 5.2.3, S. 42). Durch den eigenen Jugendfonds kann das Forum eingereichte Projektideen niedrigschwellig finanzieren (vgl. FJE2).

Das Jugendforum im Wartburgkreis befindet sich im Aufbau. Langjährige Versuche der Etablierung liefen u.a. wegen mehrfachen Träger- und Personalwechsels „sehr schleppend“ (PGK). Mittlerweile hat sich aber eine aktive Kerngruppe im Wartburgkreis gebildet, die im letzten halben Jahr viel umsetzen konnten und auch für 2024 viel geplant haben. Zum Zeitpunkt der Befragung waren mindestens drei Jugendliche regelmäßig aktiv, wobei noch Projektpartner hinzukommen, die über den Jugendfond bei ihren Vorhaben unterstützt werden konnten.

Befragte betonen, dass es durch die große Fläche des Kreises sehr viel schwieriger sei, jugendliches Engagement zu bündeln und zu verstetigen (vgl. MJVJ).²⁰ Die Treffen finden in der Demokratiewerkstatt Bad Salzungen und hybrid per Videokonferenz statt, um so die geographischen Distanzen zu überwinden.

Jugendbeirat

Auf Drängen der Jugendlichen ist in Eisenach ein Jugendbeirat entstanden (vgl. MFTE), um in kommunalpolitischen Prozess ihre Stimme einzubringen. Als politisches Gremium nimmt es Stellung zu kommunalpolitischen Prozessen und bringt Vorschläge durch Anträge ein. Der Jugendbeirat bestehe nun aus gewählten Schüler*innen-Vertretern. Anfangs wären nur Stadträt*innen vertreten. Auf Anfrage der Jugendlichen dürften sie hier nun auch an Sitzungen als Mitglieder teilnehmen (vgl. MFTE)²¹. Offenkundig gehen hier Wahrnehmung und rechtliche Implementierung auseinander. Der Fakt, dass Lokalpolitiker in diesem Beirat vertreten sind, ist aber ein klares Bekenntnis für die Relevanz dieses Themas und eine wertvolle Ressource.

²⁰ Außerdem orientieren sich befragte Jugendliche aufgrund ihrer Lebensumstände eher auf das Eisenacher Jugendforum. Mehr zur Frage von Mobilität und Beteiligung im Kreis und insbesondere bei Jugendlichen siehe S. 28.

²¹ Mit Beschluss vom 10.12.2019 wurde der Jugendbeirat implementiert und in der Hauptsatzung der Stadt Eisenach verankert. Ihm gehören satzungsgemäß 10 stimmberechtigte Mitglieder, Jugendliche aus weiterführenden Schulen, dem Jugendforum und den Jugendverbänden, und 5 beratende Mitglieder aus Stadtrat, -jugendring und -verwaltung an.

Damit zeigen sie Interesse an den Belangen von Jugendlichen, nehmen an deren Diskursen teil und können potenziell die Bedarfe und Perspektiven intern an die relevanten Stellen kommunizieren. Auf der anderen Seite deutet die zumindest anfänglich fehlende Einbindung (nicht organisierter) Jugendlicher in einem Gremium, das ihren Namen trägt, auf eine Diskrepanz zwischen Anspruch und der praktischen Implementierung hin.

Einen Jugendbeirat besitzt der Wartburgkreis bisher nicht. Eine Vorstufe ist die offene Jugendgruppe, um fehlende Möglichkeiten, sich in kommunalpolitische Prozesse einzubringen, zu kompensieren (vgl. MJV). Sie ist als Vernetzungsplattform zwischen Schulsprecher*innen, Vertreter*innen von Jugendvereinen- und verbänden gedacht. Initiiert wurde sie von Jugendlichen in Absprache mit dem Jugendamt, um eine „Ersatzplattform“ zu schaffen, durch die sie mitreden und -entscheiden dürfen.

Jugendkonferenzen

Als dritte Instanz gibt es noch die Jugendkonferenzen. Hier konnten sich interessierte Jugendliche aus dem Kreis beim Jugendforum melden. Jenes hat die Konferenz dann initiiert, inhaltlich vorbereitet und als Zukunftswerkstätten vor Ort eingeladen. Dies ist eine niedrigschwellige Veranstaltung damit Jugendliche ins Gespräch darüber zu kommen, was ihnen vor Ort fehlt, welche Bedarfe sie haben, welche Unterstützung sie brauchen und wie man sie vielleicht motivieren kann, selbst mitzuwirken (beim Jugendforum z.B.) (vgl. ebd.).

Ressource: Verankerung von kommunaler Seite

Die Befragung ergibt ein lokal uneinheitliches Bild über den Stand der Implementierung von Jugendbeteiligung in Politik und Verwaltung: Eisenach sei weiter als der Wartburgkreis, weil es da einen Beirat gebe (vgl. WBD). Im Wartburgkreis laufe es an (vgl. BME). Wutha-Farnroda wiederum gehe vorneweg, dort passiere „richtig Gutes, um Jugendliche mitzunehmen“ (vgl. WBD).

Eine Zäsur in diesem Implementierungsprozess bildete die Einkreisung Eisenachs in den Wartburgkreis, durch die viele Strukturen und Ansprechpartner*innen für Jugendliche Belange weggebrochen seien (vgl. MJV). Das Jugendamt und der Jugendhilfeausschuss Eisenach wurden aufgelöst. Ehemalige Ansprechpartner seien nun weg. Dies hat für die von uns befragten Jugendlichen ein Vakuum hinterlassen, das gerade hinsichtlich der Organisation der Jugendkulturnacht (siehe 5.2.3, S. 42) sichtbar wurde und kulminierte:

„Vertrauensperson beziehungsweise die Entscheidungsträger, die man bisher halt so kannte, waren plötzlich für den Bereich nicht mehr zuständig. Also ich glaub das war ein Problem. Und wo wir es jetzt eben gerade aktiv noch ziemlich stark merken, ist in dieser Vorbereitung dieser Jugendkulturnacht, wo eben permanent Verantwortlichkeiten hin und her geschoben werden, weil, [...] die Verwaltung unter sich auch noch gar nicht klar hat, wer eigentlich für was verantwortlich ist und es schon sehr auf Lasten dann von Jugendengagement geht, wenn die eben fünfmal hin und her telefonieren müssen, [um] endlich mal die richtige Person am Telefon zu haben.“ (ebd.)

Selbstkritisch schätzt ein Kreispolitiker den Status der Implementierung von Jugendbeteiligung im gesamten Wartburgkreis ein. Der Kreis sei bereit einen Schritt weiterzugehen, aber der Stand sei „verbesserungswürdig“ und dass da „noch eine Menge Arbeit“ sei, um „das Thema Jugendbeteiligung erstens zu verstehen und zweitens auch mitzunehmen. Das ist noch nicht fertig gedacht und da sind einige Kommunen aus meiner Sicht schon deutlich weiter als wir es

auf der [Ebene der, Anmerk. d. Autoren] Landkreise“ (WBD). Dennoch nehme das Thema „Fahrt auf“ (ebd.).

Eine Mitarbeiterin vom Jugendamt konstatiert, dass sie der gesetzlichen Verpflichtung aktuell noch nicht nachkommen.

Es gäbe Leitlinien, eine integrierte Sozialplanung des Wartburgkreises und die Jugendförderplanung – bislang sei Jugendbeteiligung zwar theoretisch verankert, aber Rahmenbedingungen noch nicht praktisch umgesetzt. Vor zwei Jahren habe sich der Landrat auf der Demokratiekonferenz zu Jugendbeteiligung bekannt. Die Umsetzung verlaufe zu schleppend, wenn man bedenke, dass sich seit mehreren Jahren nichts spürbar verbessere und Jugendliche dann einfach weiter abwandern. Aber erste Schritte werden getan.

Kürzlich habe sich eine Arbeitsgemeinschaft aus freien Trägern der Jugendhilfe nach § 78 SGB VIII²² gegründet. (vgl. JAW)

Konkret sei von Seiten der zuständigen Verwaltung geplant, die Vernetzung voranzutreiben, Parallelaktivitäten zu vereinfachen und in eine verbesserte Struktur zu überführen. Dafür müsse es auf administrativer Ebene eine Gesamtkonzeption geben. (vgl. ebd.)

Sie schlage eine Struktur vor, bestehend aus 1. einer personell verankerten Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene und 2. einer Stelle, die die Jugendverbände (wie z.B. die Feuerwehren) vernetzt, die bisher parallel laufen, und 3. dem Jugendforum als kurzfristige und niedrigschwellige Förderung Jugendlicher. Die Mitarbeiterin selbst sitze auch im Begleitausschuss, um einen besseren Überblick zu bekommen und sei erstaunt wieviel „zusätzlich zur Jugendarbeit laufe“. Sie betont das Potential, dass sich entfacht, wenn dieses Engagement gebündelt, zusammengedacht und sichtbarer für die Zielgruppe gemacht wird. Daneben betonte sie noch die Attraktivität der Fördermöglichkeiten der Partnerschaften für Demokratie, die aufgrund der eigenen starren Förderstrukturen eine gute Ergänzung zur bestehenden Förderlandschaft seien. (JAW)

Als ein positives Beispiel wurde das Interessensbekundungsverfahren für die offene Jugendarbeit angeführt. Neben den zuständigen Behörden waren dort auch Jugendliche eingeladen, über die eingereichten Konzepte zu diskutieren und diese zu bewerten. Dies sei „bemerkenswert“ und „aner kennenswert“ gewesen. (FTW)

Selbstverwaltete Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung sind mit der offenen Jugendgruppe und dem Jugendforum im Wartburgkreis im Aufbau und in Eisenach mit dem Jugendforum und -beirat schon voll etabliert.

Die Implementierung von Jugendbeteiligung in den kommunalen Strukturen ist noch nicht zufriedenstellend. Die Daten legen nahe, dass trotz der gesetzlichen Verpflichtung und der theoretischen Verankerung in verschiedenen Planungen, die praktische Umsetzung der Jugendbeteiligung noch Wünsche offenlässt. Gleichzeitig gibt es bereits wichtige Fürsprecher, die als Schlüsselpersonen in die Verwaltung agieren (siehe 5.1.2, S. 45). Diese wollen das Thema verwaltungsintern voranbringen. Hierfür suchen sie aktiv den Austausch und die Zusammenarbeit mit jungen Menschen.

Gleichzeitig gibt es im Jugendforum organisierte, aktive und sprechfähige Jugendliche. Diese einzubinden stellt eine wichtige Ressource für die weitere Etablierung von Beteiligungsstrukturen dar.

²² Diese Arbeitsgemeinschaft dient der Koordination von Angeboten und der Vernetzung der institutionellen Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit.

5.2.3 Anerkennung und Unterstützung für jugendliches Engagement

Im Folgenden führen wir anhand von zwei konkreten Beispielen an, wie von Jugendlichen organisierte Großveranstaltungen auf die Sichtbarkeit jugendlichen Engagements einzahlen, wo sich gleichzeitig aber auch Jugendliche in der Umsetzung ihres Engagements in jüngster Vergangenheit behindert gefühlt haben. Vor dem Hintergrund des bisher von allen Seiten belegten Willens, Jugendbeteiligung im Landkreis voranzutreiben, lassen sich aus der Analyse dieser Beispiele Anknüpfungspunkte für Handlungsempfehlungen bzw. eine zielgenauere Implementierung ableiten.

Jugendkulturnacht

Analog zur etablierten und breit unterstützten *Kinderkulturnacht* wollten engagierte Jugendliche im Sommer 2023 selbst eine *Jugendkulturnacht* initiieren. Diese partizipativ organisierte Veranstaltung hatte zum Ziel, Jugendliche und ihr Engagement sichtbar zu machen sowie ihnen einen Ort zum Treffen und zum Feiern zu geben, da es in der Stadt zu wenig Räume für sie gebe (vgl. FJE1). Alle Anlaufstellen für Jugendliche waren eingeladen, sich, ihr Angebot und ihre Möglichkeiten der Beteiligung vorzustellen sowie sich miteinander zu vernetzen (vgl. ebd.). Am Abend gab es ein musikalisches Rahmenprogramm. Tatsächlich kann die Veranstaltung als ein großer Erfolg beschrieben werden, mit mehreren hundert Jugendlichen, die daran teilnahmen.

Allerdings entstand bei dem größten Teil der von uns Befragten der Eindruck, dass die (organisierenden) Jugendlichen im Vorfeld in der Umsetzung von Seiten der Verwaltung behindert wurden (vgl. MJV, KE, MFT, KSE, FTW). Nach mehrmaligen Absagen zu Terminanfragen und Verlegungen des Ortes war der letzte von der Stadt vorgeschlagene Ort aufgrund der damit verbundenen Auflagen für die jugendlichen Organisator*innen nicht annehmbar. Neben Einschränkungen²³ wäre der erhebliche finanzielle Aufwand aufgrund der Auflagen²⁴ nicht umsetzbar gewesen (vgl. FJE2). Schlussendlich konnte die *Jugendkulturnacht* nur als angemeldete Kundgebung auf dem Marktplatz von Eisenach durchgeführt werden.

Dabei gestaltete sich die Kommunikation mit der Verwaltung aus Sicht der befragten Jugendlichen kompliziert. Ihr Eindruck: Ohne eine entsprechende, von Seiten der Verwaltung auch anerkannte Ansprechpartner*in hätten sie niemals Gesprächstermine bekommen. Kam es dazu, „haben [sie, Anmerkung der Aut.] mit uns geredet, als wenn sie uns nicht ernst nehmen“. (ebd.)

Befragte Akteur*innen der Zivilgesellschaft, von Kirchen, von Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe bestätigen den Eindruck der Jugendlichen. Hier seien „Steine in den Weg gelegt worden“ (KE, SSE), „Verwaltung hat ausgebremst“, „klar war, die Stadt Eisenach hätte besser begleiten können“ (MFT) und „Strukturen in der Verwaltung lassen es nicht zu, dass es so viel Beteiligung gibt“ (KSE). Die für Jugend verantwortliche Mitarbeiterin beim Kreissportbund musste bei vielen Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit, unter anderem ihrem Vorgesetzten, dafür Rechenschaft ablegen, warum sie sich an den Vorbereitungen und der *Jugendkulturnacht* beteilige.

²³ Der Zutritt zum Innenraum des Gebäudes wurde untersagt mit der Begründung, es könnte Wein verschüttet werden und dann Flecken geben - obwohl der Ausschank von Alkohol bei dieser Art von Veranstaltung untersagt war (vgl. FJE2).

²⁴ Zum einen sollten Bauzäunen im Wert von mehreren Tausend Euro aufgestellt werden, um das Areal abzusperren und den angrenzenden Park abzuschirmen, zum anderen eine Security-Firma engagiert werden, um die als links wahrgenommene Veranstaltung vor Angriffen schützen zu können (vgl. ebd.).

Sie fragt sich, wenn sie sich schon als Hauptamtliche mit beruflichem Auftrag rechtfertigen und Rückgrat beweisen muss, wie es dann den Jugendlichen dabei gehen müsse?

Die Schilderungen beschreiben mindestens die Wahrnehmung, dass sowohl die städtische Verwaltung als auch Träger der Kinder- und Jugendarbeit - beide haben auch den Auftrag, Prozesse der Jugendbeteiligung zu begleiten - dem Vorhaben die Unterstützung entzogen.

Befragte schildern uns, dass Jugendhäuser im Planungsprozess abgesprungen seien (vgl. KSE) oder zwar teilnahmen, aber sich nicht mehr aktiv (an der Planung) beteiligten. Laut einiger Befragter hatten sie auch Probleme damit, dass Jugendliche sämtliche Entscheidungsprozesse steuern und gar „große Angst bisher davor gehabt [...]. Die können sich nicht vorstellen, warum eine Jugendkulturnacht von Jugendlichen vorbereitet wird und nicht von einem Planungskomitee, in dem jeweils eine erwachsene Person aus jedem Jugendhaus drinsitzt“ (MJV). Andere Mutmaßungen waren, dass der Aufwand nicht als Arbeitszeit abrechenbar gewesen wäre (vgl. FJE1) oder der Vorbereitungsprozess und die Durchführung zu chaotisch gewesen seien (vgl. JHE).

Aus Sicht der Verwaltung stellt sich der Sachverhalt rund um die *Jugendkulturnacht* anders dar: Die Jugendlichen wären auf die Verwaltung mit Wünschen zugekommen und hätten erwartet, dass sich die Stadtverwaltung federführend in die Organisation einbringe. Die städtische Verwaltung hätte die Engagierten dann über die notwendigen Rahmenbedingungen hingewiesen und deutlich gemacht, dass sich auch die Jugendlichen einbringen und ihren Widerstand ein Stück weit aufgeben müssen (vgl. BME). Zwar räumte jene Mitarbeiterin der Verwaltung ein, dass es aus Perspektive der Jugendlichen sicherlich hinderlich war, so viele verschiedene Ansprechpartner in den verschiedenen Ämtern zu haben und dass eine Ansprechperson günstiger gewesen sei. Schlussendlich entstand laut ihrer Einschätzung der Eindruck, die Stadtverwaltung sei angeblich dagegen (vgl. ebd.).

Mit dieser Veranstaltung lässt sich eine typische kommunikative Konfliktlage zwischen der Art und Weise, wie Jugendliche (sich) organisieren, den verwaltungstechnischen und rechtlichen Anforderungen im Speziellen und den Erwartungshaltungen Erwachsener im Allgemeinen erkennen. Viele Befragte sehen hierbei den Mangel an einer dezidierten Ansprechpartner*in in der hiesigen Verwaltungsstruktur als Schlüsselmoment (vgl. MJV, BME). Zum einen könne es daran liegen, dass mit der Einkreisung Vertrauenspersonen für Kinder- und Jugendbelange weggefallen seien und zumindest nach außen nicht (mehr) klar ist, wer nun zuständig ist (vgl. MJV). Zum anderen seien es aufgrund der vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten zu viele Ansprechpartner*innen gewesen, die am Prozess beteiligt waren (vgl. BME). Viele der von uns Befragten schlossen daraus, dass es eine*n Ansprechpartner*in brauche (vgl. WBD, JUW), die zwischen Verwaltungs- und Kinder-/Jugendlogik übersetzt, Grenzen von Verwaltungshandeln aufzeigt und Kinder und Jugendlichen in Kontakt mit der Verwaltung lotst, ihre Belange in die Verwaltung kommuniziert (vgl. MBW3).

Ein zweites, in unserer Befragung präsent Beispiel soll hier zur Illustration der These dienen:

WAKE up!

Im Mai 2022 wurde ein Jugendbeteiligungsfestival im Gerstunger Freibad unter anderem von beiden Jugendforen und den Partnerschaften für Demokratie organisiert (vgl. E., 12.04.2022). Zwei Tage diskutierten Jugendliche aus dem gesamten Landkreis darüber, wie Jugendbeteiligung im Wartburgkreis funktionieren kann. Dort fanden Workshops und eine Zukunftswerkstatt statt, wo sie sich Gedanken machten, wie sich die theoretischen Grundlagen bei ihnen vor Ort umsetzen lassen können (vgl. MJV).

Heraus kam ein Forderungskatalog (vgl. o.A., 2022), der dann an den Landrat übergeben werden sollte. Dieser erschien trotz Einladung leider nicht zum Termin - eine offizielle Vertretung konnte nicht ausgemacht werden. Das Jugendamt wäre nur kurz präsent gewesen, habe sich aber den Jugendlichen nicht offiziell zu erkennen gegeben (vgl. JAW). Danach ließen die Jugendlichen nicht locker und versuchten, ihr Forderungspapier anders einzureichen: Bei der folgenden Demokratiekonferenz zum Thema Jugendbeteiligung saßen sie im Juni 2022 auf dem Podium, um das Gespräch mit dem Landrat zu führen, dass sie zuvor nicht bekamen:

"Also wir hatten dann auf einer Demokratiekonferenz danach eine Podiumsdiskussion mit dem Landrat (...). Und auch da gab es kein wirkliches Verständnis dafür, dass Jugendliche mehr Partizipation wollen, sondern eher, ich glaub eher so ne Aussage von: Na ja, die können mir ja ne E-Mail schreiben, wenn sie partizipieren wollen." (MJV)

Eine andere von uns befragte Jugendliche schilderte, dass es sie wirklich erschrocken habe, dass er denke, Jugendbeteiligung sei eine E-Mail schreiben (vgl. FJE2). Auf die Bitte, den erarbeiteten Forderungskatalog in einer Sitzung des Kreistags präsentieren zu dürfen, wurde den Jugendlichen kein Rederecht eingeräumt. Laut Befragten erklärte das Büro des Landrats, dass er nicht möchte, dass die Jugendlichen da sprechen (vgl. MVJ). Behelfsmäßig wurde die Bürgersprechstunde bemüht, um mit der Vorstellung des Forderungskatalogs einen separaten Tagesordnungspunkt zu generieren. Weder Verwaltung noch eine Fraktion wären bereit dazu gewesen, dies zu beantragen (vgl. ebd.).

Ein von uns befragter Politiker aus dem Wartburgkreis schildert die Situation anders. Der Landrat finde Jugendbeteiligung sehr wichtig. Er erlebe ihn sehr engagiert und interessiert an den Meinungen von jungen Leuten. Er gehe zu Demokratiekonferenzen oder auch *Pimp Your Town* (vgl. WBD).

Bei Jugendlichen könnte der Eindruck entstanden sein, dass sich öffentlichen Aussagen dazu, wie wichtig (Jugend-)Beteiligung sei, nicht in entsprechenden Handlungen widerspiegeln. Durch die geschilderten Ereignisse berichten uns die befragten Jugendlichen von einem Gefühl, a) nicht ernst genommen zu werden, b) immer unter Rechtfertigungsdruck für das eigene Engagement zu stehen und c) teilweise das Vertrauen in Erwachsene und politische Ämter, Verwaltung und Träger der freien Jugendhilfe zu verlieren.

„Wenn man jetzt auf so krassen Widerstand trifft und das vorher noch nie so erlebt hat, kann das eben auch sehr viel abverlangen. [...] Also es gab auch Momente, wo ich mir gesagt hab: Nee, da geh ich nicht mehr hin und ich mach das nicht mehr, weil mich da so manchmal persönlich geschockt hat, wie man mit uns umgegangen ist. Ich weiß nicht, ob das jemand der nicht so unempfindlich ist wie ich, ob der das so durchgestanden hätte [...]. Das muss man halt auch immer noch im Hinterkopf behalten, dass es Menschen gibt, die nicht solchen unmenschlichen Druck gewachsen sind. Vor allem weil wir Jugendarbeit machen und keine Politik im Sinne [...], sondern wir sind halt immer noch Jugendliche. Und ich finde halt manchmal wurden wir halt nicht so behandelt, als wenn wir Jugendliche wären und natürlich auch immer noch lernen würden." (FJE2)

Warum die Jugendlichen weitermachen? Sie spüren eine starke Verpflichtung ihrer Heimat gegenüber und dazu, sich gesellschaftlich zu engagieren. Gerade aufgrund der politischen Situation vor Ort und der als fehlend beschriebenen Zivilcourage Erwachsener.

Und diese Haltung verstärkte sich durch die benannten Ereignisse. Insofern hatten die Konflikte in zweierlei Hinsicht einen produktiven Charakter: Da sich einige Jugendliche ungleich behandelt fühlten²⁵, bildete sich bei ihnen ein demokratisches Problembewusstsein aus (vgl. MJV). Zum einen suchten sie gezielt externe Hilfe, weil sie vor Ort „gegen Wände laufen“ (ebd.).

Sie vernetzten und qualifizierten sich gezielt auf Landes-, nationaler und europäischer Ebene zum Thema Jugendbeteiligung. Außerdem legten sie beim Dachverband der Thüringer Kinder- und Jugendgremien Beschwerde ein, woraufhin dieser sich in den Prozess einschaltete, ihn beobachtete und begleitete (vgl. ebd.). Zum anderen trauen sich jetzt mehr Jugendliche, sich öffentlich für Vielfalt und Toleranz zu positionieren, da ihr Engagement auch politischen Charakter habe. Trotz aller Reibungen und möglicher generationaler Konflikte: Zivilgesellschaftlich, aber auch politisch engagierte Jugendliche tragen ihren Teil dazu bei, wichtige Alltagskompetenzen demokratischer Teilhabe im Wartburgkreis zu verankern und damit nicht zuletzt auch dazu, Rechtsextremismus präventiv und gestärkt zu begegnen (siehe 5.1.2, S. 26).

Die Jugendlichen erlebten also eine kommunikative Konfliktlage zwischen ihren Vorstellungen von partizipativer Organisation und den verwaltungstechnischen Anforderungen. Die Verwaltung wurde insbesondere mit Blick auf die Organisation der *Jugendkulturnacht* als hinderlich wahrgenommen und beschrieben. Die Jugendlichen fühlten sich nicht ernst genommen und sahen sich unter einem ständigen Rechtfertigungsdruck für ihr Engagement. Dies führte zu einem Gefühl des Misstrauens gegenüber Erwachsenen und auch politischen Ämtern. Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch, Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern, und den erfahrenen Hürden wiegt vor allem für aktive Jugendliche schwer. Dabei berühren die angeführten Beispiele sicherlich auch immer den fortwährenden Aushandlungsprozess der Generationen. Ehrliche und gute Jugendbeteiligung bedarf belastbarer Brücken, um die wahrgenommenen Gegensätze respektvoll und demokratisch überwinden zu können. Dabei ist entscheidend, dass die Stimmen der Jugendlichen gehört werden können, und dass es auch Strukturen gibt, die eine wirksame Partizipation ermöglichen und unterstützen und so die Grundlagen einer lebendigen und inklusiven Demokratie sicherstellen.

Ressource: Schlüsselpersonen

Nicht nur der Verlauf der *Jugendkulturnacht* (siehe 5.2.3, S. 42) zeigt, dass für das Gelingen und Implementieren von Jugendbeteiligung qualifizierte und kontinuierliche Ansprechpartner*innen und ein Netzwerk der Schlüsselakteur*innen notwendig sind. Es braucht Ansprechpartner*innen, die qualifizieren, vernetzen und übersetzen, um Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen (vgl. MWV). Hier seien die Partnerschaften für Demokratie bereits ein „Netzwerkknotenpunkt“, der die Bedarfe kenne und deswegen schon jetzt Leute miteinander verknüpfe (vgl. KE). Außerdem benötige es aktive Schlüsselpersonen, die von allen am Prozess beteiligten Akteuren akzeptiert würden.

Konkret wird von der Befragten beispielhaft eine Person erwähnt, die seitens der Partnerschaften für Demokratie für die Begleitung und Implementierung von Kinder- und Jugendbeteiligung

²⁵ Im Vergleich zur *Jugendkulturnacht* erfuhr die *Kinderkulturnacht* in den Augen der befragten Jugendlichen von Seiten der Stadtverwaltung die notwendige Unterstützung (vgl. SSE, FJE1).

zuständig war. Diese Ansprechperson war eine „Mutmacherin“ für die Jugendlichen, der sie vertrauten und die ihnen auf Augenhöhe begegnete (vgl. JUW).

Befragte Jugendliche versicherten, dass sie es ohne ihr Engagement nie geschafft hätten (vgl. FJE2), die *Jugendkulturnacht* zu veranstalten. Sie verstand ihre Bedarfe, sammelte sie ein und kommunizierte sie weiter. Sie fungierte als Scharnier und Knotenpunkt zu relevanten Stakeholdern, vernetzte, übersetzte, vermittelte und stellte im Falle hoher Hürden einen Erstkontakt her. Sie war Fürsprecherin und machte Lobbyarbeit für Kinder- und Jugendbeteiligung (vgl. KE). Aufgrund fehlender Strukturen vor Ort musste sie Netzwerke aufbauen, fand aber bei anderen relevanten Stellen in der Landschaft der freien Träger oder in Verwaltungsstrukturen kaum Netzwerkpartner. Für das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung hätten Zuständige gefehlt (vgl. MJV).

Aufgrund der Dezentralität des ländlichen Raums schien ihr Ansatz, Jugendliche aufsuchend vor Ort über Beteiligung(smöglichkeiten) zu informieren und zu animieren, in den Augen der Befragten sehr erfolgsversprechend. Allerdings waren die Aufgaben im Rahmen ihrer Ressourcen kaum allein zu bewältigen (vgl. SSE, MWJ2, FTW) (siehe 5.1.2, S. 28). Eine andere benannte Schlüsselperson war engagierter Mitarbeiter eines Jugendamtes, der ebenso ein sehr lebendiges Netzwerk für Jugendliche anstieß (vgl. MSE, SSE). Leider fiel er dauerhaft aus, ging dann in den Ruhestand. Dazu kam die Einkreisung und damit die Umstrukturierung des Jugendamtes in Eisenach. Hier brach quasi ein Netzwerk zusammen. Beider Rückzug führte dazu, dass die wichtigsten Informationsschnittstellen, die Knotenpunkte im Netzwerk, wegfielen. Dadurch entstanden Unsicherheiten auf allen Seiten, Informationskanäle waren unterbrochen (vgl. MWJ2, MSE).

Wie die Analyse zeigt, erkannten einige Stellen in der Verwaltung, dass es kommunal verankerte Anlaufstellen für Kinder- und Jugendbeteiligung geben müsse (vgl. JAW, WBD, BME). Zum einen sollen diese Anlaufstellen jugendliches Engagement mit Verwaltungshandeln ermöglichen und ihre Anforderungen und Bedarfe in die Ämter bis hin zum Bürgermeister kommunizieren (vgl. JUW). Zum anderen könnten sie intern die Anforderungen der verschiedenen Ämter für die Jugendlichen harmonisieren, bündeln und übersetzen (vgl. WBD). Ob das in jeder Kommune realisierbar ist, wird allerdings an einigen Stellen bezweifelt (vgl. FTW).²⁶ Darüber hinaus sollte eine institutionalisierte Vernetzung relevanter Akteur*innen (freie Träger, Verbände usw.) angestoßen werden (vgl. JAW) (siehe 6.1.4, S. 61).

Hier zeigt sich, wie elementar das persönliche Engagement von solchen Schlüsselpersonen ist. Gleichzeitig verdeutlicht ihr Weggang, wie vulnerabel die Fokussierung auf wenige Schultern ist. Hier stellt sich also aus Sichtweise der Befragten die Frage, wie man das wichtige persönliche Engagement solcher Schlüsselpersonen in fest verankerte, institutionalisierte Strukturen und/oder förderliche Rahmenbedingungen überführen kann. Anhand der Ergebnisse der Befragungen kristallisiert sich ein dezentraler Ansatz als Lösungsvorschlag heraus: Beteiligung kann nicht durch eine Stelle verantwortet, durch nur eine*n Ansprechpartner*in realisiert werden (siehe 6.3.4, S.66) Vielmehr braucht es die (Re-)Aktivierung eines Netzwerks

²⁶ Als Beispiel führt eine Mitarbeiterin eines freien Trägers an, dass es in der Kommune, in der sie tätig ist, einen jugendinteressierten Bürgermeister gebe, sie aufgrund der Größe aber trotzdem nicht sehr zuversichtlich sei, dass sich dort beschriebene Strukturen etablieren können (vgl. FTW). Das Rathaus habe nicht so viele Mitarbeiter*innen, um neben den Pflichtaufgaben auch noch eine weitere Aufgabe zu übernehmen und kaum finanzielle Ressourcen, um weitere Stellen zu schaffen. Zudem müssten sie auch noch über die Zeit verfügen, sich in Sachen Kinder- und Jugendbeteiligung zu professionalisieren (vgl. FTW).

und die Verankerung von Knotenpunkten in Form von Schlüsselpersonen an neuralgischen, relevanten Punkten in der Fläche (z.B. in Schulen, Verwaltung, freien Trägern, Sport und Kirche) (siehe 6.1.2, S. 59).

Ressource: Netzwerk Jugendbeteiligung

Durch die Partnerschaften für Demokratie haben sich Netzwerke (vgl. BO) und Strukturen aus Mitgliedern der Begleitausschüsse, der Projektträger und Verwaltung (neu) gebildet, die vorher zum Teil noch nicht in Austausch gekommen seien (vgl. KE).

Eine solche strukturelle Verankerung und die bessere Verzahnung brauche allerdings Zeit, so eine Mitarbeiterin des Jugendamtes Eisenachs (vgl. JAW). Sie nehme allerdings dieses Zusammenwachsen wahr und sehe die Vorteile von kürzeren Wegen und Vereinfachung von Strukturen (vgl. ebd.).

Insbesondere die regelmäßige Vernetzung von Anlaufstellen für (Jugend-)Beteiligung wäre essenziell, um Ressourcen und Knowhow zu binden. Die Partnerschaften für Demokratie wären auch hier ein qualifizierter und verlässlicher Knotenpunkt, der eine Verbindlichkeit herstellen könnte.

Dabei äußert eine Mitarbeiterin vom Jugendamt des Wartburgkreises die Hoffnung (vgl. ebd.), dass mit einer regelmäßigen Vernetzung Wissen gebündelt, Sichtbarkeit erhöht und damit neue Ressourcen (z.B. Koförderungen) und Kooperationen aufgeschlossen werden könnten. Als Beispiel nannte sie ein Theaterprojekt, über das freie Träger an Schulen angedockt waren. Da die Koordination der Schulsozialarbeit im Wartburgkreis auch zu ihrem Sachgebiet gehöre, hätten sie auch andere Schulen, die daran Bedarf haben, gekannt. Das gesamte Projekt hätte mit einer Absprache vorher auch flächendeckender aufgestellt, weitere Schulen daran teilnehmen und andere Budgets dafür freigemacht werden können. Diese Form von Kooperation wäre mit mehr Transparenz und Vernetzung untereinander möglich geworden. Sie wünsche sich eine bessere Verzahnung des Gesamtgerüsts, kurze Wege, eine Vereinfachung von Strukturen (vgl. ebd.). Hier könnte man an das oben beschriebene Netzwerk Jugend anknüpfen, dass sich quartalsweise, verbunden mit einer Fortbildungsveranstaltung, traf. Eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Eisenach (vgl. MSE) schlug gemeinsame trägerübergreifende Projekte als vertrauensbildende Maßnahme für das Netzwerk vor (siehe 6.1.2, S. 59). Ein wichtiges Element der Stärkung seien größere Veranstaltungen, in denen das Engagement und das Netzwerk sichtbar werden. Formate wie die Demokratiekonferenz seien niedrigschwellige Angebote, bei denen man sich vernetzen könne und gleichzeitig Interessierte andocken können (siehe 6.3.2, S. 64).

Die Befragung offenbart zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung eine kritische Lücke zwischen den Bestrebungen jugendlicher Engagierter und den strukturellen sowie kommunikativen Barrieren innerhalb der Verwaltung, die effektive Jugendbeteiligung erschweren. Die Diskrepanz zwischen dem Wunsch der Jugendlichen nach echter Partizipation und der Wahrnehmung ihrer Anliegen durch die Verwaltung als formale Anfragen verdeutlicht die Notwendigkeit einer zielgerichteten und authentischen Kommunikation und Organisation. Dieses Problem hat die Verwaltung erkannt und arbeitet an Lösungsansätzen. Gleichzeitig setzen sich Jugendliche trotz erlebter Hindernisse für ihre Gemeinschaft ein, zeigen ein starkes demokratisches Problembewusstsein und suchen aktiv nach Wegen, ihre Teilhabe zu verbessern und für Vielfalt und Toleranz einzustehen. Um diese wertvolle Ressource zu heben, gilt es ein gemeinsam geteiltes Verständnis aller Akteur*innen der Kinder- und Jugendbeteiligung zu erarbeiten und

ein Netzwerk von Unterstützer*innen von Kinder- und Jugendbeteiligung („Schlüsselpersonen“) zu etablieren.

5.3 Bekanntheit, Zugang und Verankerung der Partnerschaften für Demokratie

Folgendes Kapitel fokussiert auf die Partnerschaften für Demokratie, ihre Stellung innerhalb der (Zivil-)Gesellschaft, Verwaltung und Politik vor Ort und die Wahrnehmung ihrer Aktivitäten und Angebote.

Wie bekannt sind die Partnerschaften, deren Angebote und geförderten Projekte? Wie leicht gelingt die Beantragung einer Förderung? Wie gut sind die Partnerschaften an kommunale Entscheidungsstrukturen angebunden?

Antworten auf diese Fragen bieten Hinweise darauf, welche Ressourcen die Partnerschaften für Demokratie bereits jetzt nutzen und welche sie noch weiter ausbauen können, um den Kreis derjenigen, der von ihrer Förderung sowie ihren Projekten profitiert, zu vergrößern.

5.3.1 *Bekanntheit und Außenwahrnehmung der Partnerschaften für Demokratie*

Ressource: Wahrnehmung in der Bevölkerung

Die geförderten Projekte der Partnerschaften für Demokratie sind hinsichtlich ihrer Themen und Inhalte sehr vielfältig (siehe auch 4.2.3, S. 17) - von niedrigschwelligen Veranstaltungen für alle bis hin zu hochqualitativen Projekten mit spezieller Zielgruppe (vgl. JAW). Es habe sich eine große inhaltliche Diversität (vgl. BMW, JAW) entfaltet, die Befragte immer wieder überrasche (vgl. MKB2): eine öffentliche Ausstellung über persönliche Geschichten mit Portfolios von Migrant*innen, Seifenkistenrennen, das Dorffest zur lokalen Bedarfsermittlung, die tiefgründige Ausstellung zur NSU-Geschichte mit Zeitzeug*innen (vgl. JAW). Ein gutes Beispiel für ein wirkungsvolles Begegnungsformat ist der Nachbarschaftstreff in Wutha (vgl. MFTE), dessen Personal auch über eine Partnerschaft für Demokratie gefördert wird (vgl. MWV). Auch ein Bürgermeister betont, dass dies ein ganz wichtiges Projekt in der Gemeinde Wutha-Farnroda sei, ein niedrigschwelliger lokaler Treffpunkt für Bürger, hauptsächlich mit Migrationshintergrund (vgl. BMW).

Demgegenüber geben viele Befragte an, dass das Programm und dessen Wirken in der Allgemeinbevölkerung kaum bekannt sei (vgl. WBD, BME, BMW, MFTE, FTW). Die geförderten Aktivitäten sind kaum öffentlich sichtbar und wenn sie wahrgenommen werden, dann nicht im Kontext der Partnerschaften für Demokratie (vgl. MBW). Wenn man nicht direkt an die Strukturen angebunden sei, weil man z.B. im Begleitausschuss sitze, dann werde es schon schwieriger, über die Vielfalt der geförderten Projekte Bescheid zu wissen (vgl. JAW).

Das sei besonders schade, weil so viele Projekte dadurch unbekannt blieben (vgl. ebd.). Allerdings gebe es im Wartburgkreis eine positive Entwicklung, da durch die vielen umgesetzten, öffentlichkeitswirksamen Schulprojekte, die gesamte Partnerschaft bekannter geworden sei (vgl. MWA).

Einen anderen Aspekt betont die Mitarbeiterin eines freien Trägers für Bildende Kunst in Eisenach (Vgl. FTW). Sie nehme wahr, wenn Veranstaltungen durch die Partnerschaft für Demokratie gefördert sind, wenngleich sie sich wenig davon angesprochen fühle. Außerdem

verbinde man solche Programme automatisch mit den Extremen, denn das ist etwas, das sich gegen rechts richte. Das sei für Menschen, die einfach nur vor Ort leben nicht attraktiv (vgl. ebd.). Hinzu komme, dass für sie immer der Eindruck von einem elitären Kreis entstehe, der sich durch ein besonderes Engagement auszeichnet und für den diese Formate vorrangig umgesetzt werden (vgl. FTW, JUW).

Die Partnerschaften für Demokratie erleben also eine Diskrepanz zwischen der Außenwahrnehmung (als elitärer Kreis oder Special Interest Veranstaltungen) und dem tatsächlichen Output.

Die Außenwahrnehmung kann durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden (siehe 6.3.1, S. 63).

Dabei empfiehlt es sich, das Image der Partnerschaften für Demokratie in der breiten Bevölkerung zu analysieren und konsekutive Strategien zur Erreichung dieser breiten Gruppe zu entwickeln.

*Ressource: Bekanntheit bei potenziellen Fördermittelempfänger*innen*

Analog zur allgemeinen Bevölkerung stellt sich die Situation bei einer weiteren Zielgruppe der Partnerschaften dar: den potenziellen Fördermittelempfänger*innen. Von einigen Befragten wird hervorgehoben, dass durch die Projektförderung die Vorhaben Zugang zu einer Öffentlichkeit und zu Multiplikator*innen erhielten, den sie sonst nicht hätten (vgl. MKB2). Jenseits der Ermöglichung und Realisierung ihrer Ideen, werden sie sichtbarer und seien gleichzeitig Teil eines Netzwerkes und sehen: Ich bin nicht allein mit meinem Engagement (vgl. KE).

Demgegenüber beschreiben Einige, dass der Kreis derjenigen, die sich um eine Förderung bemühen, sehr klein und fest sei (vgl. MWB). Dieser besteht bisher vor allem aus jungen Menschen, Senior*innen und bereits Engagierten. Kaum jemand völlig fremdes komme mit einer Förderungsanfrage (vgl. MKN). Gewünscht seien mehr neue Projektträger, die bisher ungefähr 30% der Beantragungen ausmachen (vgl. KE). Allerdings erweitert sich der Kreis der Antragsstellenden sukzessive in einer Art Schneeballprinzip. Meist werden am Förderprogramm Interessierte von aktuellen oder ehemaligen Projektträgern empfohlen (vgl. MKN). Dies führt im Umkehrschluss dazu, dass man erst einmal den Zugang zu einem bestimmten Akteurskreis haben muss, um von der Förderung zu erfahren (vgl. MBW).²⁷

Als bisher noch nicht erreichte, aber potenzielle Zielgruppen werden der Sport und die Kirche genannt. Ein Vertreter der Kirche (vgl. EKE) hatte bis zum Interview noch nichts von den Partnerschaften für Demokratie gehört, war aber erstaunt, dass Kirche und Partnerschaften in Hinblick auf die Förderung von Demokratie die gleichen Ziele verfolgen würden. Befragte Vertreter*innen aus dem Bereich des Sports vermuten, dass Sportorganisationen sich nicht angesprochen fühlten, kein Potential in der Förderung sehen und grundsätzlich über eine große Lobby verfügen und sich anderweitig ihre Projekte finanzieren könnten (vgl. MKB2). Dabei wurde die These formuliert, dass potenzielle Zielgruppen die Ziele der Partnerschaften für Demokratie gar nicht genau kennen (vgl. KSE), bzw. sie denken könnten, dass ihre Aktivitäten nicht mit den Zielstellungen des Programms übereinstimmen (vgl. JAW).

²⁷ Ein Gegenbeispiel von Rock am Berg: Als der Träger des Festivals in den ersten Jahren noch ein Verein war und größere Fördersummen von den Partnerschaften erhielt, rief dies die Kritik anderer lokaler Verbände und Träger auf den Plan. Sie motivierte es eigene Projektvorhaben zu entwickeln, die sie dann auch tatsächlich beantragten (vgl. WBD). Hier zeigt sich, dass die Partnerschaften für Demokratie durch einen bekannten Fördermittelempfänger die Aufmerksamkeit von Initiativen außerhalb des Netzwerkes erhielten und dadurch ein regelrechter Wettbewerb der Ideen entstand.

Ressource: Identifikation (mit den Zielen) der Partnerschaften für Demokratie

Die externen Koordinierungsstellen definieren zusammen mit dem jeweiligen Begleitausschüssen ein jährliches Handlungskonzept²⁸ entlang der allgemeinen Anforderungen des Programms. Je näher die Befragten strukturell an die Partnerschaften angebunden waren, z.B. durch den Begleitausschuss oder die Jugendforen, desto klarer ist deren Vorstellung der lokalen Programmziele.

Eine fehlende oder zumindest nicht immer tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Zielen des Programms führt dazu, dass einige Antragsstellende sich nicht als Teil der Partnerschaft für Demokratie fühlen. Im Vordergrund steht der Erhalt der Förderung (vgl. KE).

Sie beteiligen sich nicht an anderen Angeboten und Veranstaltungen oder sind aktiver Teil des Netzwerks (vgl. MSE). Eine Vermutung ist, dass dann im Beantragungsprozess notwendige Korrekturen, die von den Koordinierungsstellen zurückgemeldet werden, als unnötig kompliziert und zusätzlicher Aufwand wahrgenommen werden.

Diese fehlende Identifikation wird auch auf anderen Ebenen sichtbar: Nicht alle Berufenen würden sich gleichermaßen regelmäßig im Begleitausschuss engagieren. Auch hier sei einigen nicht-ständigen Mitglieder nicht wirklich klar, wofür der Begleitausschuss da wäre (vgl. MKB2). Unregelmäßig Teilnehmende des Begleitausschusses würden sich weniger subjektive Meinungsäußerungen und Diskussionen wünschen, da es klare, öffentlich zugängliche Förderrichtlinien und jährliche Handlungskonzepte²⁹ gäbe (vgl. MKB2). Andere wiederum nehmen die intensive Aushandlung als Qualitätsmerkmal wahr (vgl. KSB).

In der Diskussion mit den Befragten war nicht immer klar, welchen Stellenwert das allgemeine Ziel, in den Dialog zu treten, Demokratie und Entscheidungen als Aushandlungsprozess zu begreifen, hat. Für viele sind die Partnerschaften für Demokratie sowohl in der breiten Bevölkerung als auch bei potenziellen Zielgruppen und Antragstellern nicht ausreichend bekannt. Die umgesetzten Projekte würden nicht genügend auf die Bekanntheit des Programms einzahlen. Nicht allen (potenziellen) Antragstellern wäre klar, welche Vorteile das Programm jenseits von einer Projektförderung bietet.

Diese Wahrnehmung steht jedoch in klarem Widerspruch zur Vielfalt geförderter Projekte und zu der einstimmigen Bekundung, wie wichtig dieses Demokratieförderprogramm für die Region sei.

Damit liegt die Vermutung nahe, dass eine große, bisher nicht zur Genüge ausgeschöpfte Ressource der Partnerschaften für Demokratie ihr Image und die Kommunikation nach außen ist. Grundsätzlich empfiehlt sich hier strategisch in die Beziehungsarbeit zu investieren. Da es sich im Kreis um eine überschaubare Grundgesamtheit an Projektmachenden handelt, ist es wichtig ihnen die Vorteile einer Mitwirkung am Programm kompakt und deutlich zu vermitteln. Darüber hinaus wäre gemeinsam zu überlegen, wie und mit welchen Mitteln die Sichtbarkeit der geförderten Projekte gesteigert werden kann.

Ein **gemeinsames** Toolkit für die Öffentlichkeitsarbeit, aufwandsarme Kommunikationskanäle und kreative, öffentlichkeitswirksame Ansätze versprechen eine Steigerung der Bekanntheit.

²⁸ Eisenach: <http://www.vielfalt-wartburgregion.de/engagieren/ziele/#prettyPhoto>

Wartburgkreis: chrome-extension://efaidnbmninnibpcajpcglclefindmkaj/https://www.denkbunt-wartburgkreis.de/fileadmin/files/Aktuelles/Handlungskonzept_2024.pdf

²⁹ Eisenach: <http://www.vielfalt-wartburgregion.de/engagieren/foerderrichtlinien/>

Wartburgkreis: https://www.denkbunt-wartburgkreis.de/fileadmin/files/Aktuelles/1.Ausschreibung_2023.pdf

Dabei sollten alle Überlegungen mit der Frage beginnen, ob die zu erreichende Zielgruppe eines Projekts versteht, auf welcher Grundlage und zu welchem Zweck das Projekt möglich wurde (siehe 6.3.1, S. 63).

5.3.2 *Niedrigschwelliger Zugang zur Förderung*

*Ressource: bekannte Antragssteller*innen*

Ein wichtiges Kernelement des Programms ist die Möglichkeit der Projektförderung. Diese ist häufig der erste Berührungspunkt mit den Partnerschaften. Wie zugänglich diese ist und welche Erfahrungen damit gemacht werden, trägt maßgeblich zu deren Image bei.

Ein niedrigschwelliger Zugang erhöht die Attraktivität am Programm teilzunehmen, was potenziell wiederum zu einer größeren Projektvielfalt beiträgt und den Kreis der Erreichten (von Projektnehmer bis hin zu Besucher*innen) erweitert.

Grundsätzlich sind sich die Befragten bei der Einschätzung, wie niedrigschwellig der Zugang zur Förderung sei, uneins.

Viele begrüßten die Verschlankung des Antrags auf nunmehr fünf DinA4-Seiten (vgl. MWV, KE), die nun für beide Partnerschaften gelten. Sie lobten die Betreuung der Partnerschaften für Demokratie im gesamten Prozess, von der Beantragung bis hin zu Abrechnung (vgl. MFT). Deren Mitarbeiter*innen seien verlässliche Begleiter*innen auf Augenhöhe, die Beratung bedarfsgerecht und kollegial (vgl. MFT, KSE, MFTB). Die Ansprache gelinge schnell, die Kommunikation sei unkompliziert, man sei im engen Kontakt (vgl. MWV2, SSE, PLF). Außerdem zähle zur Niedrigschwelligkeit auch, dass es keine Eigenmittelbindung und kaum inhaltlich begrenzende Vorgaben gäbe. Natürlich müsse sich aber der Träger mit den Zielen des Programms identifizieren (vgl. WBD). Gemessen an anderen Fördermittelgebern, wie beispielsweise Landesministerien, gebe es durch die Partnerschaften für Demokratie einen einfachen Zugang zur Förderung (vgl. KE, WBD).

Demgegenüber schilderten einige Träger, dass sie die Förderung für sich mittlerweile ausschließen, weil ihnen der Aufwand für die beantragte Summe als zu hoch erscheine. Eine erfahrene Antragsschreiberin meinte, dass sie sich deswegen nach zwei Projekten gegen eine erneute Beantragung und für die Akquise anderer Fördermittelgeber entschied (vgl. MKB2). Im Vergleich zu anderen Projektanträgen sei der Aufwand einfach unglaublich hoch, Anträge kämen immer wieder zurück, die Abrechnung sehr aufwendig (vgl. KSE). Andere betonten, dass die Zeit für lange Antragsstellungen fehle, man ins Tun kommen wolle und nicht im Vorfeld viele Arbeitsstunden in die Vorbereitung stecken möchte und könne (vgl. MWV2).

Aufgrund der Größe des Kreises ist die Zielgruppe der potenziell neuen Antragsstellenden endlich. Gleichzeitig erweckt die Befragung den Eindruck, dass es eine gewisse Menge an Beantragenden gab, die mittlerweile eine Förderung über die Partnerschaften für Demokratie ausschlossen. Hier steckt also ein Potential in der Aktivierung bestehender Engagierter. An dieser Stelle ließe sich diskutieren, woher die als zu hoch wahrgenommene Hürde der Beantragung rührt – auch wenn der Antrag nun vereinfacht wurde. Dies lässt drei mögliche Schlussfolgerungen zu:

A) die Befragten haben sich zu einem Zeitpunkt vor der Verschlankung des Antrags abgewendet und diesen Prozess folglich nicht wahrnehmen können. Hier empfiehlt sich eine erneute gezielte Kommunikation der Verfahrensvereinfachung (siehe 6.2.1, S. 61).

B) Der Aufwand steht tatsächlich nicht immer in einem gesunden Verhältnis zur beantragten Summe. Eine regelmäßige gemeinsame Diskussion dazu verspricht nicht nur einen

aktualisierten Einblick in die Bedürfnislage der zu erreichenden Akteur*innen, sie bildet zudem eine gute Basis für Teilhabe und Identifikation mit dem Programm.

C) Potenzielle Antragssteller haben einen Qualifizierungsbedarf, um sich weiter in ihrer Arbeit zu professionalisieren (siehe 6.2.2, S. 62).

Ressource: Erstbeantragende

In Bezug auf die Erweiterung des Kreises der Projektträger der Partnerschaften für Demokratie und damit auch die Steigerung des Bekanntheitsgrades der Förderung und der Projekte vor Ort, wurde neben der Reaktivierung abgewandter Trägerstrukturen auch Erstantragssteller*innen genannt (vgl. MKN). Dabei handele es sich meist um neue Initiativen, die erstmalig eine Förderung beantragen und ehrenamtlich arbeiten, aber bisher kaum von der Projektförderung profitieren können. Interessierte gebe es genug, nur sei die Hemmschwelle als neuer Projektträger auf die Partnerschaften für Demokratie zuzugehen, zu hoch (vgl. ebd.). Dies führe dazu, dass sich der Pool an Projektträger, die Anträge stellen, nicht maßgeblich um neue Interessent*innen erweitere (vgl. ebd.). Hierdurch ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

1. Übernahme der Trägerschaft durch etablierte Institutionen für neue Initiativen

Die Regelung, dass nur eingetragene Vereine und keine Privatpersonen beantragen können, schließe (noch) nicht professionelle Initiativen aus (vgl. KE). Hier greife allerdings ein Unterstützungssystem bereits etablierter Vereine, die ihre Trägerschaft anböten und formal die Projekte beantragen und abwickeln würden (vgl. VWV). Damit wird eine größere Vielfalt von Projektumsetzenden ermöglicht. Durch spezielle Anreize und Kontaktbörsen könnte man diesen Prozess weiter unterstützen. Außerdem wäre zu prüfen, ob nicht eine Veränderung der Förderbedingungen sinnvoll ist. Hier könnte diskutiert werden, ob bei Mikroförderung, z.B. unter 1.000€ auch Privatpersonen antragsberechtigt sind.

2. Professionelle Strukturen unterstützen Ehrenamtliche bei der Beantragung

Gerade Ehrenamtliche oder auch Freiberufliche haben meist nicht genug Zeit und Know-How das Antragsverfahren zu bewältigen (vgl. MWV, MFTB). Hier springen meist Hauptamtliche größerer Träger ein, die kurzfristig durch ihre Personalstruktur von der Beantragung bis zur Abrechnung unterstützen (vgl. MWV, JUW). Dieser Einsatz von Ressourcen könne aber langfristig nicht aufrechterhalten werden. Das wäre, im Sinne einer fähigen und innovativen Zivilgesellschaft, nicht nachhaltig (vgl. MWV). Daher wäre hier zu empfehlen, die Begleitung und Qualifizierung Ehrenamtlicher zu ermöglichen und zu verstärken. Denkbar sind sehr unterschiedliche Wege. Grundsätzlich ist dieser Aufwand jedoch eng mit finanziellen und personellen Ressourcen – ob nun direkt in der Verantwortung der Koordinierungsstellen, durch Kooperationen oder via Förderung durch Trägerstrukturen vor Ort – verknüpft.

3. Vereinfachtes Verfahren für niedrige Fördersummen

Gerade Menschen, die anfangen sich zu engagieren, probieren sich in kleinen, kurzfristigen Projekten aus. Positiv sei daher, dass unter 1.000€ beantragter Fördersumme der Antrag nicht vom Begleitausschuss beschieden werden muss (vgl. KE). Dadurch wäre man nicht von dessen Sitzungsturnus abhängig und zeitlich flexibler. Dennoch sei der Aufwand für die Beantragung, Durchführung und Abrechnung gemessen am Ertrag der Förderung zu hoch (vgl. KSE). Hier böte sich eine weitere Vereinfachung des Verfahrens für kleinere Projekte unter 1.000€ an, um (noch) nicht professionalisierte Akteur*innen in ihrem Engagement zu bestärken.

5.3.3 Qualifizierung der Akteur*innen

Insbesondere in der Diskussion um die Zugänglichkeit zu einer Förderung zeigte sich auch, dass eine gute inhaltliche Auseinandersetzung in konkreten Projekten der weiteren Sensibilisierung und Qualifizierung der Akteur*innen für ihre Antragstellung bedarf.

Ressource: Qualifizierungsbedarf

Diesen Eindruck bestätigen andere Befragte, die auch in anderen Kontexten mit professionellen und ehrenamtlichen Strukturen sprachen. Hier fehle es insbesondere im Kontext Projektmanagement, Antragsstellung und Fördermittelabrechnung an Knowhow – aber auch an der Zeit fehlendes Wissen aufzuholen (vgl. MWB). Man müsse genau sagen, welche Zielgruppe man anspreche, wie alt die seien, welche Bildungsschicht sie hätten, ob da Behinderte dabei seien und Menschen mit Migrationshintergrund, eine Aufzählung, welche die Befragte als Hürden in der Antragsstellung beschrieb (vgl. MFTB). Das würde ihr in einem offenen Format, wie einem Familienfest schwerfallen, zu beantworten. Fragestellungen werden immer komplexer, z.B. welche genderspezifischen Angebote man mache. Außerdem äußerte sie Unverständnis darüber, dies innerhalb des Antrags zu beantworten, wenn doch relevante Informationen auf z.B. auf der Homepage des Trägers zu finden seien (vgl. ebd.).

Neben der Zielgruppenbestimmung herrscht, nicht nur bei weniger organisierten Akteur*innen, Unverständnis über die Notwendigkeit der Definition von *S.M.A.R.T.en* Zielen, deren Wirkungsmessung und Evaluation (vgl. MFTB, MWV2). Sie bezweifeln, dass sich beispielsweise die Wirkung ihres Projektes einfach so messen ließe:

*„Die Ergebnisse sind ja nie wirklich greifbar, also am Ende des Tages geht [gemeint ist am Ende des Projekts, Anmerk. d. Autor*innen] man mit einem Gefühl mehr oder mit [...] einer Einstellung da raus, aber jetzt nicht, dass man sagt, gut, ich habe jetzt Ziel eins, zwei, drei, so wie es hier steht, im Buche, erreicht.“
(MWV2)*

Teilweise ist es Befragten gar unangenehm Evaluationen vorzunehmen. So schildert eine Mitarbeiterin eines freien Trägers, dass sie glücklich sei, z.B. Lehrer*innen überhaupt von der Teilnahme an ihrem Bildungsprogramm zu überzeugen. Denn für jene bedeute es heutzutage viel Organisation und Mühe einen außerschulischen Lernort aufzusuchen. Die Mitarbeiterin vermutet, dass sie die Lehrer*in im Nachhinein mit einem 20-Punkte-Fragebogen überfordern würde (vgl. MFTB).

Gleichzeitig melden einige Befragte Bedarf an Weiterbildung zu Finanzierungsmöglichkeiten an und wünschten sich eine verlässliche, mehrjährige (Bundes-) Förderung (vgl. KE). Jedoch muss vor dem Hintergrund der hier aufgeworfenen Fragen hinsichtlich guter Wirkungslogiken in Projekten auch betrachtet werden, ob die jeweiligen Strukturen überhaupt die notwendigen Kapazitäten hätten, solche Förderungen zu verwalten.

An dieser Stelle können die Partnerschaften für Demokratie ansetzen und ihre zum Teil bereits erfolgreichen Formate ausbauen. Das beliebte Angebot der Antrags- und Abrechnungswerkstätten ließe sich hinsichtlich folgender Themengebiete ausbauen:

- Ideen- und Projektentwicklung
- Ziel- und Zielgruppendefinition, sowie deren Ansprache
- Wirkungsmessung und Evaluation
- Fundraising und Fördermittelakquise

- Öffentlichkeitsarbeit

Aufgrund der knappen zeitlichen Kapazitäten der Engagierten, würde eine enge Abstimmung zu Rahmenbedingungen und Inhalten die Akzeptanz und Verbindlichkeit der Teilnahme erhöhen. Aus Sichtweise der Partnerschaften für Demokratie wäre eine programmatische Fokussierung auf die Qualifizierung ihrer Zielgruppen aus mehreren Gründen empfehlenswert:

1. Fehlende Grundlagen machen sich in Output und Qualität der Projekte bemerkbar. Wer nicht genau definiert, wer im Projekt zu erreichen ist, muss unter Umständen mehr Ressourcen für das Erreichen der Zielgruppe aufbringen. In jedem Fall wird es am Ende aber sehr schwer, zu überprüfen, ob und wie gut man die diese Gruppe erreicht hat. Die hier bereits diskutierte Wahrnehmung, dass sich viele Projekte um kleine eingeschlossene Kreise drehen, kann eine Folge sein. Durch eine gezielte(re) Ansprache könnten womöglich mehr Menschen an Projekten teilnehmen und von diesen profitieren. Das wäre also ein wichtiger Hebel, um Wirkkraft und das gesamte Image der Partnerschaften für Demokratie zu erhöhen.
2. Die Trägerlandschaft im Einzugsbereich der Partnerschaften für Demokratie ist und bleibt vermutlich auch überschaubar. Um Engagement zu stabilisieren, ist die Professionalisierung und ein Capacity Building der jeweiligen Strukturen hilfreich. Nur wenn Hauptamt stabil ermöglicht wird, kann es Ehrenamt unterstützen. Daher ist es notwendig, resiliente Strukturen aufzubauen. Außerdem könnte Ehrenamtliche und Neuantragsteller*innen so geholfen werden, erfolgreich erste und nächste Schritte zu gehen und ihr Engagement zu verstetigen. Dies ist im Interesse der Partnerschaften für Demokratie, um den Kreis der Antragsteller weiter auszubauen.
3. Für Erstantragsteller*innen wären Qualifizierungsangebote ein niedrigschwelliger Zugang zum Programm und eine Möglichkeit in einem überschaubaren Rahmen Projektideen zu entwickeln. Hierdurch könnte sich die Anzahl und die Vielfalt an Projekten vergrößern.
4. Hinsichtlich des Umgangs mit Fördermitteln, deren Erschließung und der Finanzierung eigener Vorhaben ist eine Qualifizierung hilfreich, um Engagement abzusichern. Dies würde womöglich auch den Zugang zu anderen Fördermitteln und Finanzierungen ermöglichen und damit insgesamt die zivilgesellschaftlichen Strukturen resilienter machen. Von einem breiteren Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten würden alle profitieren. Dies wäre ein gut kommunizierbarer Mehrwert am Programm teilzunehmen, der sowohl auf die Beziehungsarbeit als auch der Identifikation mit dem Programm einzahlt.

Mit der Erweiterung des Qualifizierungsangebots ergibt sich eine wertvolle Ressource für die Partnerschaften für Demokratie, die flexibel und bedarfsgerecht umgesetzt werden kann (siehe 6.2.2, S. 62). Vor allem böte es jenseits der eigentlichen Förderung einen gut kommunizierbaren Mehrwert, sich an das Programm zu binden. Für bisher noch nicht erreichte Zielgruppen könnte es einen niedrigschwelligen Zugang zum Kennenlernen des Programms bieten.

5.3.4 Verankerung der Partnerschaften für Demokratie

Nach der Analyse der Zugänglichkeit zur Förderung, des Images und der Bekanntheit sowie möglicher zusätzlicher Qualifizierungsangebote für die (Zivil-)Gesellschaft, widmet sich das nächste Kapitel der Frage, inwiefern die Partnerschaften für Demokratie in der Zivilgesellschaft und Verwaltung verankert sind.

Ressource: Klare Bekenntnisse zur Partnerschaft

Alle fänden, das Programm habe seine Daseinsberechtigung (vgl. MKB2) und sein Fortbestehen sei essenziell (vgl. JUW, VWV). Die Partnerschaften für Demokratie brauche es, da die geförderten Projekte Gemeinsinn stiften (vgl. KE). Insbesondere die Corona-Pandemie hätte Menschen vereinzelt und dazu geführt, dass sie sich ins Private zurückzogen. Die geförderten Projekte böten dahingegen Anlässe die vier Wände zu verlassen, zu konsumieren, zu partizipieren oder selbst aktiv zu werden (vgl. ebd.).

Zudem würden die geförderten Projekte dazu anregen, sich auf unterschiedliche Weise mit Demokratie, Toleranz und einem Miteinander auf Augenhöhe auseinanderzusetzen. Dies könne man im Kreis sehr gut gebrauchen (vgl. MFT). Drittens gebe es kaum alternative Förderstrukturen mit dem Gegenstand der niedrigschwelligen Stärkung von Demokratie und somit würde ein großes Feld an Aktivitäten ohne die Partnerschaften nicht stattfinden (vgl. MKB2).

Für viele der Befragten ist unklar, wie es mit den Partnerschaften für Demokratie als Programm in Zukunft weitergehe. Die Befürchtung stehe im Raum, dass der Ausgang der Kommunalwahlen und der Wahlen zum Thüringer Landtag im Frühjahr und Herbst 2024 signifikante Auswirkungen auf die Fortführung haben könnte (vgl. WBD). Einige gehen davon aus, dass die Kofinanzierung durch das Land eingestellt wird und damit die Bundesförderung nicht mehr möglich wäre. Dies würde nicht nur die Demokratieförderung und politische Bildung betreffen (vgl. LST), sondern hätte Auswirkungen auf den gesamten zivilgesellschaftlichen Sektor (z.B. Bibliotheken, Mehrgenerationenhäuser) (vgl. VWV, MWC).

Mit Blick auf dieses Szenario glauben Vertreter*innen von Politik und Verwaltung, dass die Kreisverwaltung selbst einen Antrag zur Kompensation eventuell wegfallender Landesmittel in den Kreistag einbringen würde (vgl. WBD, BME). Ob sich dafür politische Mehrheiten auf Kreisebene fänden, ist jedoch unklar und wird als kritisch eingeschätzt (vgl. BME). Ein möglicher Kompromiss könnte in einer deutlich reduzierten Förderung der Partnerschaften für Demokratie liegen (vgl. WBD). Es sei aber auch genauso möglich, dass dies nicht gelingt. Hier solle man Vertrauen in die wehrhafte Verwaltung haben, die andere Möglichkeiten finden wird, die Ziele der Partnerschaften zu erreichen (vgl. BME). Denn das Bekenntnis zur Förderung von Engagement und Demokratie im Wartburgkreis wäre grundlegend, auch wenn sich Förderinstrumente ändern oder wegfallen würde (vgl. WBD). Gerade die Übernahme der Kofinanzierung durch den Kreis wäre ein klares Bekenntnis, das sich befragte zivilgesellschaftliche Akteur*innen wünschen würden (vgl. MWA).

Es macht den Eindruck, dass sich Akteur*innen an sehr verschiedenen Stellen vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen Gedanken über die grundsätzliche Zukunft der Partnerschaften für Demokratie machen. Die in unseren Gesprächen geäußerten Hinweise, Wünsche und auch Strategien und Antworten scheinen weitestgehend konsistent, aber eben nicht miteinander geteilt und allgemein bekannt. Es macht sehr viel Sinn das allgemeine Interesse zu bündeln und zu organisieren.

Die Aufgabe besteht darin, eine Strategie zu entwickeln, wie sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen möglichst unabhängig, also resilient machen können, um Brüche in der Projektarbeit zu vermeiden und Sicherheit durch Kontinuität aufzubauen. Den Partnerschaften für Demokratie kommt als Netzwerkknoten und Moderator*innen dabei eine Schlüsselrolle zu.

Ressource: Strukturelle Verankerung in der Verwaltung

Die Partnerschaften für Demokratie werden im Rahmen politischer Auseinandersetzungen und in Social Media-Kanälen kritisch betrachtet (vgl. WBD). Hier würden sich Anfragen von AfD und NPD³⁰ im Kreistag mit Anfeindungen in Social Media verflechten. Dies sorgte nicht nur in der Verwaltung für Unruhe und Rechtfertigungsdruck. (vgl. MWA).

Zwar haben die handelnden Akteur*innen eine Linie gefunden, um mit dieser (offensichtlich auf Eskalation und Empörung angelegten, Anm. des Autors) Strategie umzugehen (vgl. MSE). Es schade aber langfristig dem Image der Partnerschaften, weil die Vorwürfe – wenn auch stets entkräftet – doch in den Köpfen der Rezipienten hängen blieben (vgl. MWA).

Grundsätzlich bringen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und einzelne Befragte in den Verwaltungsstrukturen einen spürbaren Rückgang des Rückhalts für die Partnerschaften für Demokratie durch Politik und Verwaltungsspitzen zur Sprache (vgl. MWA, BME, VVV). Dies zeige sich daran, dass die Verwaltungsspitze sich nicht klar positioniere, auf Neutralität poche (vgl. MWA).³¹ Für die von uns befragten Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik stellt sich dies anders dar (vgl. BMW, BME, WBD). Sie schildern starke persönliche Vernetzungen mit den Partnerschaften, den Begleitausschüssen und eine klare Verankerung durch die federführenden Ämter (vgl. WBD). Teilweise sitzen befragte Kreispolitiker selbst in Begleitausschüssen (vgl. WBD, BMW). Ein Bürgermeister antwortete:

„Von unserer Seite gibt's da überhaupt keine Frage. Wir unterstützen das von der Verwaltungsspitze auf allen Ebenen. Eben genauso die Mitarbeiter, die für dieses Projekt oder für in der lokalen Koordinierungsstelle mitarbeiten seitens der Gemeinde, die im Begleitausschuss sind [...]. Und ich denke, da gibt es bei uns in der Gemeinde überhaupt keine Probleme.“ (BMW)

Ein Kreispolitiker betonte, wie wichtig strukturelle Anbindung in der Verwaltung sei. Bei ihm sei das Programm an einer Stabsstelle angegliedert und erhalte damit als Querschnittsthema eine höhere Aufmerksamkeit. Das federführende Amt sei außerdem Teil der Struktur der integrierten Sozialplanung. Dadurch entstehe eine Verknüpfung zwischen Sozialplanung und Jugendplanung als ein großes Netzwerk Prävention. Zu dem Aufbau einer Präventionskette gehöre auch Partizipation und Demokratieförderung. Bei ihm zeige sich auch, wie viele Potentiale die Besetzung mit einer engagierten Schlüsselfigur freilege. Diese könne als Fürsprecher*in in alle Ämter wirken und verwaltungsintern für (mehr) Akzeptanz und Unterstützung sorgen. Denn durch die Anfragen der AfD (und die anschließende öffentliche Instrumentalisierung, Anm. d. Autoren) sei eine Verunsicherung zu spüren (vgl. WBD). Er räumt aber auch ein, dass die Anbindung und die Unterstützung verbessert werden könnten. Gerade die Akzeptanz in den Kreisgremien könnte besser sein (vgl. ebd.).

³⁰ Dabei ist festzuhalten, dass die NPD seit 2019 nicht mehr im Kreistag vertreten ist.

³¹ Als ein Beispiel wird eine von den Partnerschaften für Demokratie unterstützte Plakataktion angeführt, in der zum Wählen motiviert werden sollte (vgl. MWA). Diese wurde nicht von der Verwaltung unterstützt mit der Begründung neutral bleiben zu wollen. Dies stieß auf Unverständnis, da es hier nicht um eine politische Positionierung ging, sondern um den Aufruf der Ausübung eines demokratischen Grundrechts.

Der Rückhalt der Verwaltung ist eine wichtige Ressource. Vor dem Hintergrund, aber nicht ausschließlich aufgrund der Einkreisung, gilt es die Verankerung des Themengebiets Engagement- und Demokratieförderung zu überprüfen und ihren Stellenwert als Querschnittsthema – also als eines der Themen, die in nahezu allen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden – weiter zu stärken. Um aus der theoretischen Relevanz auch gelebtes Handeln zu machen, sind hier die wesentlichen Schlüsselpersonen in der Verwaltung mitzudenken und entsprechend wirksam anzubinden (siehe 6.1.4, S. 61). Diese sollten eine Schnittstelle zur Zivilgesellschaft, aber auch Kindern und Jugendlichen sein, übersetzen, vermitteln, lotsen und fürsprechen – und so der integrierten Planung auch ein integriertes Handeln gegenüberstellen.

Die Analyse zeigt, dass enge Verbindungen zu lokalen Institutionen und die Schaffung professioneller Strukturen essenziell für die erfolgreiche Umsetzung und Nachhaltigkeit der Partnerschaften für Demokratie sind. Zentral ist die Erkenntnis, dass die Verankerung von Demokratieförderung auf verschiedenen Verwaltungsebenen und die aktive Einbindung der Zivilgesellschaft notwendig sind, um eine breite und effektive Partizipation zu gewährleisten. Hilfreich wären hierfür die Stärkung von Schlüsselpersonen (siehe 6.3.4, S. 66; 6.1.2, S. 59), die Vereinfachung des Antragsprozesses (siehe 6.2.1, S. 61) ein Fokus auf die Qualifizierung (siehe 6.2.2, S. 62) sowie die Stärkung des Programmimages (siehe 6.3.1, S. 63)

6. Handlungsempfehlungen

Aus der Situations- und Ressourcenanalyse leiten wir die folgenden Handlungsempfehlungen ab. Diese teilen wir in vier Gruppen ein und folgen damit der Systematik, die sich durch die Analyse der Interviews ergab. Wie in der Analyse auch, sind die Handlungsempfehlungen nicht immer scharf voneinander abzugrenzen, da sich letztlich alle Aktivitäten einem Handlungsrahmen unterordnen lassen: Gemeinsam mit Menschen Demokratie fördern.

6.1 Kinder- und Jugendbeteiligung

6.1.1 Mehr Begegnungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche

Um Kinder und Jugendliche durch die Partnerschaften für Demokratie besser zu erreichen, braucht es mehr Begegnungsmöglichkeiten

- zur niedrighwelligen Kontaktaufnahme,
- um über Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte zu informieren,
- um Bedarfe zu ermitteln und zu bündeln sowie
- um Sichtbarkeit von jugendlichem Engagement herzustellen, es wertzuschätzen, aber auch, um zur (weiteren) Beteiligung zu motivieren.

Auf Basis der Ergebnisse der Ressourcenanalyse empfehlen wir, folgende Begegnungsmöglichkeiten zu erproben bzw. weiter auszubauen:

- 1) Öffentlichkeitswirksame, zentrale Großveranstaltungen
 - *Ressourcen vor Ort*. Ein gutes Beispiel, das auf alle oben genannten Ziele einzahlte und darüber hinauswirkte, war das *WAKE up!* (siehe 5.2.3, S. 42): Aus dieser

zweitägigen Veranstaltung entstand ein Forderungspapier, das Verantwortlichen überreicht wurde. Gleichzeitig aktivierte es Jugendliche nachhaltig zur Beteiligung im Jugendforum und stellte eine öffentliche Wahrnehmung für ihre Belange her.

- *Inspiration andernorts*. Die *Celebrache* war ein stadtteilbezogenes eintägiges Festival in Erfurt (vgl. Reiser-Fischer, 20.08.2012), das einen besonderen Fokus auf die Sichtbarkeit jugendlichen Engagements legte. Konkret wurde eine städtische Brachfläche wiederbelebt und geförderte Projekte aus dem damaligen Jugendfonds von Ladebalken (vgl. Plattform e.V., 2024a) interaktiv vorgestellt. Mit für Jugendliche attraktiven Angeboten (musikalisches Rahmenprogramm, Dekoration (Sofas, Möbel, Tische u.a.m. auf der Rasenfläche), Graffiti- und Upcycling-Workshops, interaktiver Stadtrundgang) konnte ein niedrigschwelliger, aber für mehrere hundert Menschen interessanter Rahmen geschaffen und die Sichtbarkeit jugendlichen Engagements, auch durch entsprechende Medien³², gestärkt werden.

2) Ein selbstorganisierter Ort als Anlaufpunkt jugendlichen Engagements

- *Ressourcen vor Ort*. Der Demokratieladen in Eisenach und die Demokratiewerkstatt in Bad Salzungen haben großes Potential, als Anlaufpunkt für Jugendliche zu wirken. Die Auslastung der Räume lässt sich durch den Aufbau einer Nutzer*innen-Community erreichen. Die Verantwortung für die Nutzung des Raumes während spezifischer Zeitslots kann miteinander geteilt und Koordination und Zugang elektronisch organisiert werden. Aktive Jugendliche profitieren dabei besonders von dem Vertrauen, das in sie gesetzt wird, und der daraus resultierenden Autarkie.
- *Inspiration andernorts*. Wie ein solcher Prozess aussehen kann, zeigt zum Beispiel die „Stube“³³, ein Ladenlokal und der damalige Ort des Erfurter Jugendfonds Ladebalken (vgl. Hackenberg et al., 29.05.2017). Die Stube war als das Wohnzimmer des Stadtteils konzipiert, als niedrigschwelliger Treffpunkt für Engagierte, als Ausstellungsfläche für die Jugendprojekte und Ort für Veranstaltungen für das Quartier. Ein weiteres Beispiel ist der Mitmachladen der Altenburger Farbküche.³⁴ Der Mitmachladen ist ein Laboratorium für niedrigschwellige Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen, aber auch für kreative und kulturelle Bildungsprojekte. Durch ein elektronisches Schließsystem erhalten auch betriebsfremde Personen die Möglichkeit, den Raum selbstständig zu nutzen. In beiden Fällen entstand eine Community, die das Projekt und den Raum aktiv trugen.

3) Dezentrale, kleine Veranstaltungen zur Vernetzung und Bedarfsermittlung

- *Gute Ideen vor Ort*. Die Angebote der Partnerschaften für Demokratie müssen sich am Wohnort von Kindern und Jugendlichen ausrichten. Wir empfehlen die Fortführung und Intensivierung kleiner Workshops mit Jugendlichen entweder in ihrem Heimatort oder im unmittelbaren Umfeld mit entsprechendem Mobilitätsangebot. In einem bereits durchgeführten Workshop wurde über Beteiligungsrechte und -möglichkeiten informiert, es wurden Probleme und Bedarfe ermittelt, Ideen entwickelt und Pläne für eine Lösung vor Ort geschmiedet.

Den Partnerschaften für Demokratie kann auch zukünftig eine aktivierende und begleitende Rolle zukommen. Hierzu bedarf es einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit lokalen Engagementstrukturen, die Zugang zu Jugendlichen haben. Dafür ist es

³² Wie das aussehen kann, zeigt das Dokumentationsvideo (vgl. Plattform e.V., 2019).

³³ Für mehr Informationen siehe: <https://www.deine-plattform.info/portfolio-item/ladebalken/>

³⁴ Für mehr Informationen siehe: <https://www.farbkueche.org/angebot/laden/>

zunächst notwendig, Schlüsselpersonen vor Ort zu identifizieren und zu gewinnen (siehe 6.1.2, S. 59). Sie könnten die Partnerschaften für Demokratie bei der Implementierung von Jugendpartizipation in die örtlichen Strukturen hinein unterstützen.

- *Inspiration andernorts.* Auf die Aktivierung folgt die notwendige Qualifizierung jugendlichen Engagements, um die Selbstwirksamkeitserfahrung Jugendlicher zu stärken. Im Mecklenburgischen Teterow können Interessierte aus Modulen für ihre Qualifizierung auswählen, die obendrein von Jugendlichen, also im Peer-to-Peer-Ansatz, vermittelt werden.³⁵ Die daraus resultierende Nahbarkeit und die programmatische Flexibilität sind wichtige Erfolgsfaktoren, um in einer Zielgruppe zu wirken, in der Jahr für Jahr neue Engagierte dazukommen.

4) Ausbau der Kommunikation über digitale Kanäle

Lebensweltlich angebundene Plattformen sind eine gute Möglichkeit, Distanzen im Landkreis zu überwinden. Hier könnte zeitnah und direkt mit Jugendlichen über ihre Probleme und Bedarfe via Chat, Sprachnachricht, Video usw. kommuniziert werden.

6.1.2 Netzwerke und Schlüsselpersonen für Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Analyse zeigt, wie wichtig die aktive Vernetzung aller Akteur*innen ist, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, um deren Beteiligung in der Fläche zu stärken. Der Anspruch, im ländlichen Raum an möglichst vielen Orten zu wirken, kommt mit eigenen Herausforderungen, die sich nur durch einen gemeinsamen, vernetzten Ansatz bewältigen lassen. Auch in unseren Befragungen wurde wiederholt Bezug zu bestehenden und/ oder eingeschlafenen Netzwerken genommen. Wir empfehlen in einem nächsten Schritt die ergebnisoffene Analyse der bereits bestehenden Netzwerkstrukturen. In welchen Themen- und Planungskorridoren unterstützen welche Akteur*innen Kinder- und Jugendbeteiligung direkt und indirekt? Gibt es systemische Lücken und bisher nicht erreichte Zielgruppen? Werden Informationen und auch Ressourcen gebündelt und miteinander geteilt? Dabei ist zu erwarten, dass sich Träger der Jugendarbeit, Schulen, die Partnerschaften für Demokratie, die Jugendforen und andere Sozial- und Bildungseinrichtung hier wiederfinden. Aber sind auch beispielsweise Akteur*innen der Kirchen, des Sports, der freiwilligen Feuerwehren oder der Heimatvereine ausreichend gut eingebunden?

Ein Netzwerk sollte wichtige Anlaufstellen der Kinder- und Jugendbeteiligung vereinen, die typischerweise viele Potenziale mitbringen, aber auch vor Herausforderungen stehen:

- **Partnerschaften für Demokratie:** Sie werden als qualifizierter und verlässlicher Ansprechpartner für Kinder- und Jugendbeteiligung von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Jugend angesehen - allerdings nur mit beschränkten Ressourcen. Eine Mitarbeiterin des Wartburgkreises nennt sie „erster Ansprechpartner“ (MWB), wenn es um Kinder und Jugendliche geht. Die Partnerschaften sollten weiterhin personelle Ressourcen dafür einsetzen und als Netzwerkknotenpunkte aktiv eine gezielte Vernetzung für Kinder- und Jugendbeteiligung vorantreiben. Das würde auch auf die Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Instanzen einzahlen.
- **Träger der Jugendhilfe:** Jugendhäuser und -clubs sind genuine Orte, um Beteiligung zu erlernen. In unserer Analyse zeigte sich, wie herausforderungsvoll eine wirkungsvolle und weitreichende Beteiligung sein kann. Wir empfehlen, das gemeinsame Bekenntnis der

³⁵ Für mehr Informationen siehe: <https://www.openion.de/projekt/konzept-jugend-aktiv/>

Akteur*innen zur Beteiligung mit gezielten, niedrighschwelligen und praktikablen Qualifizierungsangeboten zu untersetzen, um so einen Transfer in die alltägliche Praxis zu ermöglichen.

- **Schulen:** Schulen sind eine zentrale Sozialisationsinstanz für junge Menschen. Auch wenn sie vielfältige Herausforderungen in Hinblick auf originären Bildungsaufgaben zu bewältigen haben, müssen sie dennoch als Ort, an dem Partizipation und demokratisches Handeln erlernt werden, Stärkung erfahren. Partnerschaften mit freien Trägern ermöglichen Projektförderungen an Schulen, gemeinsame Entwicklungsprozesse stellen eine Wirkung auch in die Lehrer*innenschaft sicher. Schulfördervereine können den Brückenschlag zu den Eltern leisten. Wir empfehlen, Schulen und Lehrer*innen noch viel stärker in die Umsetzung der Partnerschaften für Demokratie einzubinden.

Darüber hinaus empfiehlt sich die systematische Erfassung und Ansprache von Organisationen, die junge Menschen vor allem in der Fläche erreichen (z.B. freie Träger im Bildungsbe- reich, Sport, Feuerwehr). Sie könnten den Partnerschaften für Demokratie Zugang zu jenen geben, die bisher nicht selbst aktiv geworden sind oder keinen Zugang zu Programm oder Thema gefunden haben.

Entwicklungen, die einer übergreifenden Zusammenarbeit bedürfen, sind ohne Schlüsselpersonen, die diese motiviert voranbringen, nicht möglich. Sie sind die „Mutmacher*innen“ für Kinder und Jugendliche, die ihre Bedarfe verstehen, einsammeln und weiterkommunizieren. Sie fungieren als Scharniere und Knotenpunkte zu relevanten Stakeholdern, vernetzen, übersetzen und vermitteln. Als Fürsprecher*innen betreiben sie politische und gesellschaftliche Lobbyarbeit für Kinder- und Jugendbeteiligung. Wir raten dazu, diese Schlüsselpersonen zu identifizieren und für Kinder und Jugendliche wie auch für alle anderen Beteiligten sichtbar(er) zu machen. Ein regelmäßiger Austausch auch über die formalen Anknüpfungspunkte hinweg hilft, einen aktuellen und tieferen Einblick in Beteiligungsprozesse vor Ort zu erlangen, stärkt die Motivation der Akteure und vermag längerfristig auch die fachliche Qualität, zum Beispiel über ein Zertifikatsprogramm zu verbessern.

Alle genannten Aspekte zahlen letztlich auch auf den wahrgenommenen Mehrwert der Partnerschaften für Demokratie ein und schließen damit unter Umständen neue Partner*innen und Antragsteller*innen auf.

*6.1.3 Zertifikatsprogramm für Projektakteur*innen*

Um zu einem gemeinsam geteilten, verbindlichen Verständnis von Kinder- und Jugendbeteiligung zu kommen, den Prozess der Implementierung von Kinder- und Jugendbeteiligung in den Organisationen im Landkreis anzustoßen oder zu beschleunigen und Schlüsselpersonen wirksam zu befähigen, empfiehlt sich ein zertifiziertes Qualifizierungsprogramm für alle, die in ihrer Profession oder im Ehrenamt schwerpunktmäßig mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Das Programm könnte in Kooperation mit einem erfahrenen Bildungsträger oder einer Thüringer Hochschule und den Planungsstellen des Landkreises entwickelt und realisiert werden. Aufgrund der Rückmeldungen in unseren Interviews raten wir dazu, die folgenden Aspekte besonders in den Blick zu nehmen:

- Aufklärung über Rechte der Kinder und Jugendlichen,
- Definition wirkungsvoller Kinder- und Jugendbeteiligung,
- Strategien zur Implementierung von Kinder- und Jugendbeteiligung in der eigenen Organisation und

- Qualitätsstandards in der Begleitung von Kinder- und Jugendbeteiligung.

Gelingt es, über die Jugendhilfeplanung Qualität und Schwerpunkte in der Förderung von Kinder- und Jugendbeteiligung klar zu definieren, steigt auch die Verbindlichkeit, mit der die Mitarbeiter*innen aus entsprechenden Einrichtungen an einem Fortbildungsangebot teilnehmen. Im Sinne einer guten Verankerung könnten die Partnerschaften für Demokratie auch prüfen, ob und wie sich ein hier beschriebenes Zertifikat vorteilhaft auf die Projektförderung auswirkt.

6.1.4 Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema

Um Kinder- und Jugendbeteiligung im Wartburgkreis wirkungsvoll weiterzuentwickeln, empfehlen wir, das Thema in den verschiedenen Planungskorridoren als Querschnittsthema aufzustellen, entsprechend personell zu untersetzen und in der Verwaltungshierarchie zum Beispiel im Rahmen einer Stabstelle anzusiedeln. Auf diese Weise ließen sich, auch nach Aussage der Studienteilnehmer*innen, Kommunikations- und Planungsprozesse zwischen interessierten Kindern und Jugendlichen, Mitarbeitenden der relevanten Ämter einer Verwaltung und den Verwaltungsspitzen besser gestalten.

Vor allem die sich beteiligenden Kinder und Jugendlichen hätten eine Ansprechperson und Übersetzer*in gegenüber den Verwaltungsstrukturen. In unserer Befragung zeigten Verwaltungsmitglieder auf, dass es kommunal verankerte Anlaufstellen für Kinder- und Jugendbeteiligung geben müsse (vgl. JAW, WBD, BME). Die Partnerschaften für Demokratie und ihre Jugendforen können und müssen hier als zentrale Schnittstelle mitgedacht werden.

Inspiration andernorts. Das Projekt „mitWirkung!“ in Saalfeld ist ein sehr gutes Beispiel für einen integrierten und gleichwohl lebendigen Prozess der Implementierung von Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema in der Stadt (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2008, S. 44-57).

6.2 Qualität und Innovation

6.2.1 Verbesserung der Zugänglichkeit zur Projektförderung

Ein vereinfachtes Antragsverfahren, insbesondere bei niedrigen Fördersummen, könnte das Programm für neue Projektmacher*innen oder zur Erprobung neuer, innovativer Formate attraktiver machen. Besonderes Augenmerk kann auf die folgenden Aspekte gelegt werden:

- Wie lassen sich die Anforderungen bei Kleinstprojekten mit einem Fördervolumen von bis 500 Euro auf ein denkbare Minimum reduzieren?
- Wie können Privatpersonen aufwandsarm Projekte mit einem Budget von bis 1.000 Euro beantragen und umsetzen?
- Welche Anreize lassen sich etablierten (Träger-)Strukturen bieten, um eine kontinuierliche und verbindliche Unterstützung für (nicht organisierte) Ehrenamtliche bei der Beantragung und Umsetzung ihrer Projekte zu erreichen?
- Wie lassen sich die Anforderungen so weit reduzieren, dass für erprobte Projekte mit Förderung durch eine Partnerschaft möglichst reibungsarm eine Skalierung oder ein Transfer in das Zielgebiet der anderen Partnerschaft verwirklicht werden kann?
- Unter welchen Bedingungen lassen sich Projekte durch beide Partnerschaften für Demokratie fördern, so dass die theoretische Grenze der Zuständigkeiten bei Projektumsetzung

und in der Wahrnehmung der Nutznießenden (vor allem Teilnehmer*innen, aber auch Antragsteller*innen und Partner*innen) verschwindet?

Wir empfehlen weiterhin gemeinsam im Netzwerk der Partnerschaften zu analysieren und zu diskutieren, welche konkreten Bedarfe für ehrenamtliches Engagement bisher nicht bedacht wurden und wie sich mögliche Barrieren für eine Teilnahme am Programm abbauen lassen.

6.2.2 Ausbau eines kooperativen Qualifizierungsangebots

Die Begleitung durch die Partnerschaften für Demokratie wurde einstimmig als gut, unkompliziert und belastbar beschrieben. Besonders erfolgreich waren bisher qualifizierende Maßnahmen mit Workshopcharakter, wie eine Antrags- und Abrechnungswerkstatt. Hier empfiehlt sich die Weiterführung und der Ausbau der Qualifizierungsmodule³⁶ durch strategische Kooperationen mit etablierten Anbieter*innen wie Hochschulen oder regionalen Bildungsträgern, um so das Angebotsspektrum zu erweitern und die Wirksamkeit der Qualifizierungsmodule zu verstärken.

Die Befragung ergab Bedarfe in folgenden Themengebiete:

- Ideen- und Projektentwicklung,
- Ziel- und Zielgruppendefinition,
- Ansprache der Zielgruppen,
- Wirkungsmessung und Evaluation,
- Finanzierungsmöglichkeiten und Fundraising sowie
- Öffentlichkeitsarbeit.

Neben Auswirkungen auf die Qualität der Anträge, Projekte und deren Abrechnung würde damit auch die regionale Akteurslandschaft gestärkt und diejenigen unterstützt, die sich zum ersten Mal für ein Projekt im Rahmen des Programms entscheiden. Da es sich bei den aufgelisteten Bedarfen um Schlüsselqualifikationen handelt, die auch für andere Förderprogramme nützlich sind, ließen sich auf diese Weise unter Umständen mehr Ressourcen zur Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte im Landkreis aufschließen. Durch die Verbreiterung des Angebots wäre eine engmaschigere Begleitung an wichtigen Meilensteinen des Projekts in einer Gruppe möglich, die sich gleichzeitig unterstützen und vernetzen kann (siehe 6.3.4, S.66; 6.1.2, S. 59). Aufgrund knapper zeitlicher Ressourcen empfiehlt sich eine bedarfsorientierte Umsetzung in enger Absprache mit der Zielgruppe.

6.2.3 Ermöglichung von experimentellen und innovativen Formaten

Um Beteiligung, auch bei Personen, die bisher nicht durch die Partnerschaften für Demokratie erreicht werden, zu stimulieren, empfiehlt es sich, verschiedene, auch innovative Formate zu testen. Dafür wäre eine spezielle Ausschreibung im Rahmen der Projektförderung denkbar.

Ein ermutigendes Beispiel (das eine eigene lokale Interpretation benötigt) kommt von den *Stadtmenschen* aus Altenburg. Sie suchten nach Wegen zur Aktivierung der lokalen Bevölkerung und kamen auf eine innovative Idee: Sie warfen einen Dartpfeil auf den Stadtplan. An der jeweiligen Adresse wurde geklingelt: „Das Angebot an diejenigen, die ihre Türen öffneten: 1.000 EUR für eine gemeinwohlorientierte Idee, die sie in Altenburg selbst umsetzen. Durch die zufällige Auswahl von Akteuren sollte die Aktivität zur Gestaltung des täglich gemeinsam

³⁶ Dies ist bereits im Handlungskonzept verankert (vgl. Denk bunt, 2022, MZIII.I).

genutzten öffentlichen Raums dort angekurbelt werden, wo zuvor mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum Aktivität vorhanden war“ (Fehre, 2022, S. 65). Für die Realisierung der Idee sind Bundesmittel zum Einsatz gekommen. Wir empfehlen einen Erfahrungsaustausch mit den *Stadtmenschen*.

6.3 Sichtbarkeit und Wirkräume

6.3.1 *Verbesserung der Sichtbarkeit und des Images der Partnerschaften für Demokratie*

Die Aussagen der Befragten legen nahe, dass ein vorhandenes Potential an Projektmacher*innen bisher nicht ausgeschöpft wurde, was mit der eigenen Außendarstellung der Partnerschaften für Demokratie verbunden ist. Die Ziele des Programms und dessen Mehrwert sind vielen Befragten kaum bekannt. Spitzgesagt denken manche, dass elitäre Projekte von einem überschaubaren Kreis an Antragsteller*innen und ein Nischenpublikum gefördert werden. Genau an diesem Image lohnt es sich durch gezielte Kommunikationsmaßnahmen zu arbeiten, um neue, aber auch „abgewandte“ Projektmacher*innen zu gewinnen. Aufgrund der überschaubaren Anzahl an Engagierten im Landkreis sind deren Bindung und Identifikation dabei eine sehr wertvolle Ressource. Die folgenden Maßnahmen für die Öffentlichkeitsarbeit können wir empfehlen:

1) Analyse und Strategie

- Durchführung einer Zielgruppenanalyse mit folgenden Fragen: Welche Zielgruppen wollen die Partnerschaften für Demokratie zu welchem Zweck erreichen? Welche Ansprachen und Kanäle sind für wen geeignet? Was sind Bedarfe der Zielgruppen und was brauchen sie, um aktiv zu werden (z.B. um eine geförderte Veranstaltung zu besuchen, ein Angebot der Partnerschaften zu nutzen, einen Projektantrag zu stellen)?
- In den Befragungen wurden insbesondere die Schulprojekte genannt, die zur Verbesserung der Sichtbarkeit der Partnerschaften für Demokratie beitragen (siehe 5.3.1, S. 48). Hier lohnt es sich zu überlegen, wie dieser Effekt verstärkt werden kann.
- Definition der Mehrwerte des Programms und der Angebote der Partnerschaften (z.B. Qualifizierung, Bereitstellung von Begegnungsorten wie dem Demokratieladen oder der Demokratiewerkstatt, Förderung) und deren Übersetzung in klare und einfache Sprache
- Eine Analyse des Images: Warum werden die Partnerschaften für Demokratie politisch links verortet? Wie entstehen solche Zuschreibungen? Wie kann hier gezielt aufgeklärt werden?
- Erarbeitung einer Strategie mit konkreten Zielen zur besseren Erreichung der Zielgruppen und zur Etablierung des gewünschten Images.

2) Vereinfachte Kommunikation über das Programm

- Alle Öffentlichkeitsmittel und die Homepage (siehe 6.3.1, S. 63) sowie der Antrag und weitere förderrelevanten Unterlagen sollten mit Unterstützung der Zielgruppen der Partnerschaften auf einfache und zielgruppenentsprechende Sprache hin überprüft werden
- Verfahrensvereinfachung kommunizieren: Eine Ressource sind ehemalige Antragsteller*innen, die sich aufgrund des Aufwandes zurückgezogen haben. Die Vermutung liegt nahe, dass sie ihre Erfahrungen mit den Partnerschaften für Demokratie gemacht haben, bevor der Antragsprozess vereinfacht wurde. Ihnen scheint die Vereinfachung des Verfahrens

nicht bekannt. Durch eine gezielte Ansprache könnte ihnen der aktuelle Antrag vorgestellt und die Erleichterungen und Unterstützungsangebote kommuniziert werden. Dies könnte auch auf die Außenwahrnehmung und das Image der Partnerschaften für Demokratie einwirken (siehe 5.3.1, S. 48).

- 3) Verstärkung der öffentlichen Sichtbarkeit der Maßnahmen der Partnerschaften für Demokratie und der geförderten Projekte
 - Eigene Ressourcen für die Dokumentation von Projekten und eigene Veranstaltungen einstellen
 - o Die Erstellung von Dokumentationsmaterial mit zum Beispiel professionellen Fotografien und Videos zählt auf eine qualitativ hochwertige, wiedererkennbare Außendarstellung der Partnerschaften für Demokratie und auf mehr Sichtbarkeit der Projekte ein. Gleichzeitig ist das Dokumentationsmaterial ein Mehrwert für die Geförderten und steigert die Identifikation mit dem Programm.
 - o Eine stärkere Sichtbarmachung bereits geförderter Aktivitäten lässt sich zentral (z.B. durch Veranstaltungen, siehe Celebrache in 6.1.1, S. 57), aber auch dezentral durch Kampagnen vor Ort (z.B. Plakataktionen von geförderten Projekten oder Engagierter an zentralen Orten und Laufwegen) erreichen. Insbesondere Projekte, die über weniger Ressourcen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verfügen, profitieren hiervon. Auf anderer Ebene zahlen solche Aktivitäten auf die Wertschätzung und Anerkennung von Engagement ein. Es fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identifikation mit den Partnerschaften für Demokratie.
 - Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Geförderten, indem die Partnerschaften sichtbare Instrumente zur Verfügung stellen
 - o Erstellung eines digitalen und analogen Werkzeugkoffers der Öffentlichkeitsarbeit mit Vorlagen für Print- und Online-Medien, aber auch Merchandise-Produkte sowie wertvollen Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort (z.B. Beispiel-Pressemitteilungen, Liste über Auslageorte von Öffentlichkeitsmaterial, Presseliste usw.)
 - o Mehr Qualifizierungsangebote zum Thema Öffentlichkeitsarbeit

6.3.2 Begegnungsformate

Viele der von uns befragten Personen stellen einen Mangel an gesellschaftlichen Begegnungen fest und verknüpfen diesen Mangel mit einer aufgeladenen Stimmung in der Gesellschaft und dem vermeintlich vorherrschenden Gefühl, nicht gehört zu werden. Wir empfehlen grundsätzlich, also im Kontext der Partnerschaften für Demokratie, aber auch darüber hinaus, möglichst niedrigschwellige Begegnungsformate durchzuführen, über die Bürger*innen miteinander in Austausch kommen, sowie Formate, über die Bürger*innen mit Entscheidungsträger*innen in einen strukturierten und respektvollen Dialog kommen, um Entscheidungen nachvollziehen zu können, am Diskurs teilzunehmen und die eigenen Sichtweisen in ein Gespräch einzubringen. Solche Formate sollten lokal gedacht und mit Partner*innen vor Ort realisiert werden, um lebensweltliche Erfahrungsräume zu schaffen. Erfolgreiche Formate könnten z.B. durch eine Veranstaltungsreihe Verstetigung finden.

Im Wartburgkreis gab es bereits einige erfolgreiche Formate, auf die zurückgegriffen werden kann. Auch andernorts gibt es Inspirierendes, das jeweils auf die örtlichen Gegebenheiten übersetzt werden müsste. Beispiele:

- Veranstaltungen mit Orientierungscharakter, bei denen über die großen Fragestellungen der heutigen Zeit diskutiert und gleichzeitig ein klarer lebensweltlicher Bezug hergestellt wird, wie

z.B. bei den *Gaisaer Schlossgesprächen* oder dem *Meininger Stadtgespräch*. Letzteres ist eine Veranstaltungsreihe, in der Bürger*innen eingeladen sind, wieder miteinander in Dialog zu treten. Dabei werden Plätze an verschiedenen Tischen zugelost, quasi ein „Blind-Date für die Demokratie“, an der jüngst auch der Bundespräsident teilnahm (vgl. Gammel, 17.10.2023).

- Niedrigschwellige Begegnungsorte und -anlässe für den Alltag. Gute Formate sind die *Demokratiewerkstatt* sowie das *Café der Herzen* in Bad Salzungen und der *Nachbarschaftstreff* in Wutha-Farnroda. Darüber hinaus haben die *Dorfkümmere*³⁷ einen spannenden Ansatz. Das Konzept kommt aus Mecklenburg-Vorpommern und gibt es seit 2022 auch in Bad Langensalza. Mit den *Dorfkümmern* sind Personen gemeint, die für Probleme, Alltagsfragen oder die Vermittlung von Hilfsdiensten ansprechbar sind. Sie organisieren (generationsübergreifende) Anlässe zum Zusammensein und versuchen, bürgerliches Engagement zu stärken und aufrecht zu erhalten - vor allem an Orten, die drohen, an Attraktivität einzubüßen.
- Partizipations- und Problemlösungsveranstaltungen. Erfolgreich sind hier die *Demokratiekonferenzen* oder *Pimp your town* in Bad Salzungen. Inspirierend ist auch das Begegnungsformat der *mobilen Dorfmitte* in Oechsen (vgl. Redaktion Rhönkanal, 11.07.2022). Andernorts bietet die *Brandenburger Dorfbewegung* (vgl. Dopheide, 2024) einen wirkungsvollen Ansatz, in Dörfern wieder über Bedarfe und das Miteinander ins Sprechen zu kommen. Sie sind interessiert an einer Skalierung nach Thüringen.
- Öffentliche Interventionen, wie z.B. *ToleranzRäume*, *Marktgespräche* oder die *Videoinstallation in der Karlstrasse von Hans Fehrenz*, die die Sichtbarkeit erhöhen und Gelegenheiten bieten, Diskurse zu starten.

Darüber hinaus empfiehlt es sich dringend, die Mobilisierung durch die „Nie wieder ist jetzt“-Demonstrationen aufzugreifen. Die Partnerschaften für Demokratie sollten gut sichtbar, niedrigschwellig und zeitnah weitere Möglichkeiten und konkrete Angebote zum Engagement für eine weltoffene, demokratische Gesellschaft jenseits der Demonstrationen kommunizieren. Auch, dass die dafür notwendigen Ressourcen (Raum, Förderung, Expertise), um anschlussfähige Angebote zu schaffen, durch die Partnerschaften bereitgestellt werden, sind gute Gelegenheiten, die Sichtbarkeit zu erhöhen und deren Image zu justieren (siehe 5.3.1, S. 48).

6.3.3 Intervention auf Social Media

Mitunter verbreiten sich in sozialen Medien Falschinformationen und Ressentiments, die einen offenen Diskurs miteinander hemmen. Wir empfehlen den Partnerschaften für Demokratie, Social Media nicht nur als diffuse Werbetafel für die eigenen Aktivitäten zu begreifen, sondern aktiv an den Diskursen teilzunehmen.

Mithilfe aufmerksamer Intervention in Feeds und Chatgruppen kann und sollte man auch im Wartburgkreis bewusster Manipulation und Hetze entgegenwirken, Falschinformationen korrigieren und Lesenden aufzeigen, dass ein, möglicherweise tendenziöser, Blick auf die Welt nicht die gesamte Wirklichkeit abbilden kann. Dabei erfordert ein gutes und kontinuierliches Wirken personelle Verbindlichkeit. Das Projekt *Faktenforschen.de* zeigt, wie dies auch mit Einsatz überschaubarer Ressourcen gelingen kann (vgl. Landeshauptstadt Erfurt, 2024; Mit Medien e.V., 2024).

³⁷ Gefördert vom Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis über das Landesprogramm Familie/Solidarisches Zusammenleben der Generationen. Siehe hierzu: vgl. Stadt Bad Langensalza, o.D.

6.3.4 Lokale Kooperationen

Um demokratie- und menschenfeindlichen Phänomene entgegenzuwirken, halten viele der Befragten die Mobilisierung der „abwägenden Mitte“ für unerlässlich. Die damit gemeinte Gruppe ist allerdings sehr heterogen und gleichzeitig braucht es für die Mobilisierung eine gezielte Ansprache. Dafür ist es unerlässlich, vorab Zielgruppen zu definieren, um eine passgenaue Ansprache zu konzipieren. Um die Erreichbarkeit zu steigern, empfiehlt sich die Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen (siehe analog zu 6.1.2, S. 59). Dafür ist eine Erfassung des eigenen Netzwerks und dessen Lücken notwendig, um diese systematisch und durch strategische Partnerschaften schließen zu können. Besonders Organisationen, die lokal wirken und in der Fläche agieren, wie die Kreissportbünde, die Kirchen, die freiwilligen Feuerwehren, aber auch lokale Wirtschaftsunternehmen, könnten dafür interessant sein. Hier liegt großes Potential, auch über den Mechanismus der Projektförderungen hinaus Gesellschaft zusammenzubringen und gemeinsam demokratische Werte zu verankern.

6.4 Zusammenarbeit der Partnerschaften für Demokratie und Verankerung der Demokratieförderung im Wartburgkreis

Mit der Einkreisung Eisenachs in den Wartburgkreis hat ein Prozess der strukturellen Integration begonnen, der nicht vor den beiden Partnerschaften für Demokratie halt machen wird. Vor dem Hintergrund der Situationsanalyse und der starken rechtsextremen Strukturen in der Region, aber auch der Größe des Landkreises, empfehlen wir dringend, das derzeitige Niveau der Förderung und des damit verbundenen personellen Aufwands mindestens beizubehalten. Keinesfalls sollte die aktuelle Lokalisierung mit zwei Partnerschaften für Demokratie als Einsparpotential missverstanden werden. Die Schwerpunktsetzung auf einen südlichen und einen nördlichen Teil des Landkreises ergibt mit Blick auf die geografische und teilweise kulturelle Teilung des Kreises durch den Rennsteig Sinn.

Wir empfehlen, die Zusammenarbeit beider Partnerschaften fortzusetzen und weiter zu intensivieren, um die Grundlagen für die nächste Programmgeneration zur Demokratieförderung zu legen. Hierbei handelt es sich um einen Prozess mit vielen, zum Teil kleinen Schritten. Mit der Harmonisierung der Projektanträge, den gemeinsamen Aktivitäten zur Förderung von Jugendbeteiligung und nicht zuletzt einer gemeinsam beauftragten Situations- und Ressourcenanalyse lassen sich die gemeinsamen Handlungsfelder bereits gut ausmachen. In jedem Fall sollten die folgenden Fragen bei der gemeinsamen Ausrichtung bearbeitet werden:

- Welche Vision und welche konkreten Ziele verfolgen wir gemeinsam?
- Wie können wir Engagement erleichtern?
- Wie können wir lokal präsent sein, ohne dabei künstliche Grenzen über Zuständigkeiten aufzubauen?
- Welche inhaltlichen Schwerpunkte wollen wir wo verfolgen?
- Wie können wir unsere Verfahren für Antragsteller*innen und Partner*innen weiter vereinfachen?
- Wie können wir Ressourcen sinnvoll teilen?
- Auf welchen gemeinsamen Qualitätsstandards bauen wir auf und wie lassen sich diese im Wartburgkreis verankern?

Grundsätzlich empfehlen wir, Demokratieförderung als Querschnittsaufgabe zu begreifen und damit auch die strukturellen Bedingungen dafür zu schaffen, diese verbindlich und kontinuierlich fortführen zu können. Viele der Befragten, die Projekte im Rahmen der Partnerschaften für Demokratie umsetzen, sich in den Begleitausschüssen engagieren oder als Partner*innen an den Schnittstellen aktiv sind, haben den Wunsch deutlich gemacht, den aktuellen Unsicherheiten hinsichtlich der Frage, ob und wie lang der Freistaat Thüringen noch die notwendige Kofinanzierung sicherstellen wird, mit klaren Aussagen und einem Bekenntnis für das fortgesetzte Engagement des Wartburgkreises hinsichtlich seiner Förderung von Demokratie zu begegnen. Die demokratischen Parteien und die Verwaltungsspitze sind gefordert, mit diesem Wunsch umzugehen.

Die Partnerschaften für Demokratie können auf einen Prozess hinwirken, der den Themen Demokratieförderung und Kinder- und Jugendbeteiligung einen hohen Stellenwert in bestehenden Strukturen (wie dem Netzwerk Prävention) einräumt und die Zivilgesellschaft bündelt, um darüber zu diskutieren, wie sie resilienter werden. Dazu zählen auch Akteur*innen, deren Engagement mit dem Wechsel politischer Mehrheitsverhältnisse beeinflusst werden könnte. Gemeinsam könnte eine Strategie entwickelt werden, wie sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen zusammen gegen Veränderungen, die von einem größeren politischen Einfluss rechter und rechtsextremer Kräfte ausgehen, absichern können.

7. Quellen

Anduschus, M. (2023): *Die Ausstellung ToleranzRäume in...EISENACH*. Toleranzraeume.org. Online verfügbar unter: <https://www.toleranzraeume.org/eisenach/> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

Bertelsmann Stiftung (2008a). „mitWirkung!“ in der Praxis Erfahrungen – Ergebnisse – Erfolge. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_mitWirkung_in_der_Praxis.pdf (letzter Zugriff am 05.02.2024).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008b): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Befunde zur Mitwirkung junger Menschen in Familie, Schule und Kommune*. Online verfügbar unter: www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-4EF62685-00171863/bst/xcms_bst_dms_25162_25163_2.pdf (letzter Zugriff am 29.02.2024).

Budler, K. (2021): *NPD verzichtet zugunsten der AfD*. Portal Endstation Rechts des Instituts für Information und Dokumentation e.V. URL: <https://www.endstation-rechts.de/news/npd-verzichtet-zugunsten-der-afd> (letzter Zugriff am 08.02.2024).

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2024): *Deutschlandatlas: Verfügbares Einkommen privater Haushalte*. Online verfügbar unter: https://www.deutschlandatlas.bund.de/DE/Karten/Wie-wir-arbeiten/071-Verfuegbares-Einkommen-privater-Haushalte.html#_uaayhp1hn (letzter Zugriff am 08.02.2024).

Demografieportal (2024): *Fakten: Regionale Bevölkerungsdichte*. Online verfügbar unter: <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerungsdichte.html> (letzter Zugriff am 08.02.2024).

Denk bunt im Wartburgkreis (2022): *Handlungskonzept für das Förderjahr 2022*. Online verfügbar unter: https://www.denkbunt-wartburgkreis.de/fileadmin/files/Aktuelles/Handlungskonzept_2022.pdf (letzter Zugriff am 05.02.2024).

Die Heimat-Fraktion Eisenach (2021): *NPD verzichtet auf Antritt zur Kreistagswahl und ruft zur Wahl der AfD auf*. Online verfügbar unter: <https://www.npd-fraktion-eisenach.de/?p=3224> (letzter Zugriff am 08.02.2024).

Dopheide, Esther (2024): *Dorfbewegung Brandenburg – Netzwerk lebendige Dörfer e. V.* www.demografie-portal.de. Online verfügbar unter: <https://www.demografie-portal.de/DE/Gute-Praxis/dorfbewegung-brandenburg-netzwerk-lebendige-doerfer.html> (letzter Zugriff am 01.02.2024).

E., S. (12.04.2022). „WAKe up!“ – *Das Jugendbeteiligungsfestival für Eisenach und den Wartburgkreis*. www.eisenachonline.de. Online verfügbar unter: <https://www.eisenachonline.de/veranstaltungen/wake-up-das-jugendbeteiligungsfestival-fuer-eisenach-und-den-wartburgkreis-113311> (letzter Zugriff am 31.01.2024).

Fehre, A. (2022): Stadtmensch – Ko-Entwicklung von Stadt und Gesellschaft. In: Fehre, Anja & Susann Seifert (Hrsg.), *R A D I K A L SUBJEKTIV. Rückblick auf drei Jahre »Stadtmensch« in Altenburg. Vier Erzählungen*, S. 45-69. Online verfügbar unter https://www.stadtmensch-altenburg.org/app/download/13348156531/Publ_160x230_low.pdf?t=1665388801 (letzter Zugriff am 02.02.2024).

Gammelmin, Cerstin (17.10.2023): "Ortszeit Meiningen"– Reise mit Zeit nach Thüringen. bundespraesident.de. Online verfügbar unter: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2023/10/231017-19-Ortszeit-Meiningen.html> (letzter Zugriff am 31.01.2024).

Hackenberg, K., Jonas, A. & Stockdreher, B. et al. (29.05.2017). Erfurt „Ladebalken“. nationale-stadtentwicklungspolitik.de. Online verfügbar unter: https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSP/SharedDocs/Projekte/WSProjekte_DE/Erfurt_Ladebalken.html (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Hart, Roger (1997): *Children's Participation. The Theory and Practice of Involving Young Citizens in Community Development and Environmental Care*. London, New York: Routledge.

Landeshauptstadt Erfurt (2024): Projekt "faktenforschen.de". Erfurt.de. Online verfügbar unter: <https://www.erfurt.de/ef/de/leben/bildung/sturb/service/veranstaltungsreihen/138595.html> (letzter Zugriff am 02.02.2024).

Mit Medien e.V. (2024): *faktenforschen.de*. Online verfügbar unter: <https://faktenforschen.de/> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

Müller, Anja (14.12.2023): „Restaurant der Herzen“ öffnet nochmals in Bad Salzungen. *Thüringer Allgemeine*. Online verfügbar unter: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/eisenach/article240816560/Restaurant-der-Herzen-oeffnet-nochmals-in-Bad-Salzungen.html> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

o.A. (05.02.2024): Warum die AfD in Thüringen mit mehr Macht rechnen kann. *Zeit*. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2024-02/05/warum-die-afd-in-thueringen-mit-mehr-macht-rechnen-kann> (letzter Zugriff am 27.02.2024).

o.A. (16.10.2023): *Toleranzräume: Im Gespräch mit* www.wartburgradio.org. Online verfügbar unter: <https://www.wartburgradio.org/toleranzraeume/> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

o.A. (2023): *Pimp Your Town! Bad Salzungen*. Pimpyourtown.de. Online verfügbar unter: <https://www.pimpyourtown.de/bad-salzungen/> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

o.A. (2022): *Ergbenissicherung_WAKE_up*. Online verfügbar unter: https://www.denkbunt-wartburgkreis.de/fileadmin/files/Informieren/Ergbenissicherung_WAKE_up_.pdf (letzter Zugriff am 31.01.2024).

o.A. (15.11.2021): Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth schonungslos in der EU-Bestandsaufnahme. *Fuldaer Zeitung*. Online verfügbar unter:

<https://www.fuldaerzeitung.de/huenfelder-land/thueringen-schlossgesprach-eu-point-alpha-stiftung-geisa-rita-suessmuth-91115725.html> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

Plattform e.V. (2024a): *Ladebalken*. Deine-plattform.info. Online verfügbar unter: <https://www.deine-plattform.info/portfolio-item/ladebalken/> (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Plattform e.V. (2024b): *Stz. Stadtteilzentrum*. stz-herrenberg.de. Online verfügbar unter: <https://www.stz-herrenberg.de/> (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Plattform e.V. (22.07.2019): *#celeBRACHE 2013 [Video]*. Youtube.com. Online verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=U1uxqF1_XLQ (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Plattform e.V. (2014): *AKTIVIEREN. STÄRKEN. BETEILIGEN. Konzeptvorschlag zum Interessenbekundungsverfahren Stadtteilzentrum am Herrenberg*. Online verfügbar unter: https://www.stz-herrenberg.de/wp-content/uploads/2019/07/Plattform_Interessenbekundung_Herrenberg.pdf (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Redaktion Rhönkanal (17.11.2022): *Schlossgespräch In Geisa – Was in der Ukraine passiert, geht uns alle an*. Rhönkanal.de, Online verfügbar unter: <https://rhoenkanal.de/2022/11/schlossgesprach-in-geisa-was-in-der-ukraine-auf-dem-spiel-steht-geht-uns-alle-an/> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

Redaktion Rhönkanal (11.07.2022): *Blicke in die Zukunft wagen – Miteinander reden bei der mobilen Dorfmitte in Oechsen*. Rhönkanal.de, Online verfügbar unter: <https://rhoenkanal.de/2022/07/blicke-in-die-zukunft-wagen-miteinander-reden-bei-der-mobilen-dorfmitte-in-oechsen/> (letzter Zugriff am 30.01.2024).

Reiser, M., Küppers, A., Brandy, V., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2022): *Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2022*. Jena: KOMREX, Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Reiser-Fischer, Angelika (20.08.2012). Projekt „Ladebalken“ lud zum 1. „Celebrache“-Festival. *Thüringer Allgemeine*. Online verfügbar unter: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article218806969/Projekt-Ladebalken-lud-zum-1-Celebrache-Festival.html> (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Salheiser, A. (2021): *Rechtsextremismus in Eisenach: Kritische Bestandsaufnahme und Analyse*. Unter Mitarbeit von Jennifer Joyce Rieck. Forschungsbericht des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/Forschungsbericht_Rechtsextremismus_in_Eisenach_Institut_für_Demokratie_und_Zivilgesellschaft.pdf (letzter Zugriff am 08.02.2024).

Stadt Bad Langensalza (o.D.): *Dorfkümmerer*. badlangensalza.de. Online verfügbar unter: <https://badlangensalza.de/die-stadt/leben/dorfkummerer/> (letzter Zugriff am 01.02.2024).

Stange, W., Hrynova, M., Popova, A. & Tavshavadze, Tsira (2020): *Handbuch Partizipation. Grundlagen, Methoden und Praxisbeispiele für eine starke Jugendbeteiligung in Osteuropa!*. Online verfügbar unter: [https://www.austausch.org/files/DRA/Fotos/Projekte/Mitgestalten!/DRA-Participation_German%20\(1\).pdf](https://www.austausch.org/files/DRA/Fotos/Projekte/Mitgestalten!/DRA-Participation_German%20(1).pdf) (letzter Zugriff am 08.02.2024).

statista (2024): *Arbeitslosenquote in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 2005 bis 2024*. Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1224/umfrage/arbeitslosenquote-in-deutschland-seit-1995/> (letzter Zugriff am 08.02.2024).

Sternberg, J. (06.11.2023): *Deutschland, eine gespaltene Gesellschaft? Ein Soziologe bestreitet das. Steffen Maus neues Buch „Triggerpunkte“*. Redaktionsnetzwerk Deutschland. Online verfügbar: <https://www.rnd.de/politik/ist-deutschland-eine-gespaltene-gesellschaft-das-sagt-soziologe-steffen-mau-6Q65YIAGMFDV7ONOG5DSOQZDYU.html> (letzter Zugriff am 26.02.2024).

Thüringer Landesamt für Statistik (2024): *Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA*. Online verfügbar unter: <https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/SSDstart.php> (letzter Zugriff am 15.02.2024).

Thüringer Landesamt für Statistik (2023): *Gemeinden eines Landkreises, Landkreis Wartburgkreis*. Online verfügbar unter: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/gemauswahl.asp?krs=63> (letzter Zugriff am 28.08.2023).

Thüringer Landesamt für Statistik (2022): *Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ThOnSA*. Online verfügbar unter: <https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/SSDstart.php> (letzter Zugriff am 15.02.2024).

Vielfalt tut gut (2022): *Ziele 2022*. Vielfalt-wartburgregion.de. Online verfügbar unter: <http://www.vielfalt-wartburgregion.de/engagieren/ziele/> (letzter Zugriff am 06.02.2024).

Weil, T. & Koch, H. (2012): *Situations- und Ressourcenanalyse zum Rechtsextremismus: Wissenschaftlicher Bericht für den Lokalen Aktionsplan des Wartburgkreises*.

Zlotowicz, J. (30.11.2023): Politisch motivierte Kriminalität drastisch gestiegen: Das erhärten Zahlen für den Wartburgkreis. *Thüringer Allgemeine Zeitung*.

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gemeinden des Wartburgkreises, geordnet nach Anzahl der Einwohner*innen (eigene Darstellung auf Basis von Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik, 2023)	8
Abbildung 2: Zusammenfassende Gegenüberstellung ausgewählter Indikatoren aus Demografie und Sozioökonomie für den Wartburgkreis und Eisenach (eigene Darstellung auf Basis von Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik, 2022)	10
Abbildung 3: Wahlergebnisse der AfD und NPD bei den Wahlen 2021 und 2017 bzw. 2019 im Wartburgkreis (Fortschreibung von Salheiser, 2021, S. 48-49; eigene Darstellung auf Basis von Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik, 2024)	11
Abbildung 4: Einstellungswerte und Befragtenmerkmale des Thüringen-Monitors 2012-2018 (Quelle: Salheiser, 2021, S. 57)	12
Abbildung 5: Durchführungsorte der Projekte der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda (eigene Berechnung) * ohne Kleinstprojekte bis zu einer Fördersumme von 500 Euro	17
Abbildung 6: Durchführungsorte der Projekte der Pfd Wartburgkreis (eigene Berechnung) ..	18
Abbildung 7: Verteilung der Projekte auf Projektträger (eigene Berechnung).....	18
Abbildung 8: Konzentration der Projekte und Fördermittel in der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda (eigene Berechnung)	19
Abbildung 9: Konzentration der Projekte und Fördermittel in der Pfd Wartburgkreis (eigene Berechnung).....	19
Abbildung 10: Projekte der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda nach Maßnahmenarten (eigene Berechnung).....	19
Abbildung 11: Projekte der Pfd Wartburgkreis nach Maßnahmenarten (eigene Berechnung)	20
Abbildung 12: Projekte der Pfd Eisenach und Wutha-Farnroda nach Themenbereichen (eigene Berechnung).....	21
Abbildung 13: Projekte der Pfd Wartburgkreis nach Themenbereichen (eigene Berechnung)	21
Abbildung 14: Stufen der Partizipation nach Hart (Bertelsmann Stiftung, 2008, S. 10)	35

9. Anhang

9.1 Fragebogen Expert*inneninterviews

Fragestellungen für die Benennung von Schlüsselpersonen für Impulsgebende Einzelgespräche

Block1:

Bitte benennen Sie 3 Personen aus der hiesigen Verwaltungsstruktur, die in der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie beteiligt sind. Und warum?

Bitte benennen Sie 3 Personen der hiesigen Verwaltungsstruktur, die an der Umsetzung nicht beteiligt sind, aber gehört werden müssten. Und warum?

Block 2:

Bitte benennen Sie 3 Personen, die zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten, die für die Programmumsetzung sehr wichtig sind. Und warum?

Bitte benennen Sie 3 Personen, die zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten, die für die Programmumsetzung wichtig sein könnten, aber bisher nicht eingebunden waren. Und warum?

Block 3:

Bitte benennen Sie 3 Personen, die mit ihren Bildungsinstitutionen, Jugendfreizeiteinrichtungen o.ä. an der Programmumsetzung mitwirken bzw. davon profitiert haben. Und warum?

Bitte benennen Sie 3 Personen, die mit ihren Bildungsinstitutionen, Jugendfreizeiteinrichtungen o.ä. bisher an der Programmumsetzung nicht mitwirken bzw. nicht davon profitiert haben. Und warum?

Block 4:

Bitte benennen Sie 3 Personen, die öffentliche Fürsprecher für das Programm sind. Und warum?

Bitte benennen Sie 3 Personen, die sich öffentlich gegen dieses Programm aussprechen. Und warum?

Block 5:

Bitte benennen Sie 3 Personen, die unbedingt dabei sein sollten und die bisher noch nicht genannt wurden. Und warum?

9.2 Fragebogen Fokusgruppeninterviews

LEITFADEN

0. Intro

Herzlich Willkommen + technische Fragen
Kurze Erläuterung zum Auftrag an die Wandelwerft GmbH
Erklärung zur Vorgehensweise
Einwilligung in Aufzeichnung und Transkription

1. Kurze Vorstellungsrunde: Wer sind Sie? Von welcher Organisation kommen Sie? Warum haben Sie zugesagt?
2. Pfd konkret

Partnerschaft für Demokratie - **Kennen Sie das? Wenn ja, woher, wie lange und welche Bedeutung** hat das für Sie?

Welche Ziele hat Ihre Partnerschaft für Demokratie?

Welche Rolle spielen diese Ziele **für Sie, Ihren Träger und ggf. Ihr Projekt?**

Welche Projekte, die im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie gefördert wurden, **kennen Sie?** Wie schätzen Sie diese ein?

Wie schwer oder leicht ist es

- a) Einen **Antrag zu stellen**,
- b) Eine **Förderung zu erhalten** und
- c) Das **Projekt abzurechnen?**

Wie wirkungsvoll ist das Programm für

- a) **Jugendliche**,
- b) **Erwachsene** und
- c) **Träger** im Einzugsbereich?

Wie schätzen Sie die **Rolle des Jugendforums**, des **Jugendfonds** und der sich **engagierenden Jugendlichen** ein? (*Geschichten von Widerständen, Generationenkonflikte, Gegenteil von Partizipation*)

Wo sind insgesamt **die großen Baustellen?**

Was läuft nicht gut? Was muss anders gemacht werden?

3. Zukunft

Wo sehen Sie **die Herausforderung(en) für die kommenden Jahre?**

Für Eisenach? Für den Landkreis?

Für das Thema Demokratie?

Für junge Menschen?

Für die Umsetzung des Programms?

Was befürchten Sie?

Worauf blicken Sie erwartungsfroh?